

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1.10 Mark pro Monat, 1.10 Mark pro Quartal, 3.30 Mark pro Semester, 6.60 Mark pro Jahr. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, 3.30 Mark pro Quartal, 6.60 Mark pro Semester, 13.20 Mark pro Jahr. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die lechgebaltene Kolonette über drei Zeilen 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile 20 Pf. (zwei Zeilen 40 Pf. und so weiter). Jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenbesetzungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 5. Januar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Das Zentrum und die Arbeiterklasse.

### I. Wie das Zentrum für die politische Gleichberechtigung des Arbeiters kämpft.

In seinen massenhaft in die katholische Arbeiterbevölkerung geworfenen Wahlflugblätter und Broschüren behauptet das Zentrum immer wieder mit der ihm eigenen bekannten Bescheidenheit, nicht nur diejenige Partei zu sein, auf deren Drängen und Wirken die ganze heutige sozialpolitische Gesetzgebung beruht, sondern auch mehr als irgendeine andere Partei für die politische Gleichberechtigung der Arbeiter, für die gesetzliche Anerkennung des Koalitionsrechts und die Berücksichtigung wirtschaftlicher Arbeiterinteressen geleistet zu haben. Als Beweis für diese angeblichen Verdienste wird fast stets darauf verwiesen, daß schon vor fast vierzig Jahren das Zentrum für die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen gekämpft und bereits 1873 Windthorst als Führer der Zentrumsfraktion einen darauf bezüglichen Antrag im preussischen Abgeordnetenhaus gestellt habe. Und des weiteren wird versichert, daß alle jene Gewerkschaftsbewegungen, die nicht im sozialdemokratischen Sinne auf den Umsturz der heutigen Gesellschaftsordnung gerichtet seien, sondern im Rahmen des heutigen Staates die Verbesserung des Loses der Arbeiter und die Vertretung ihrer besonderen Berufsinteressen bezweckten, stets die eifrigste Unterstützung und Förderung der Zentrumspartei gefunden hätten — wären doch die christlichen Gewerkschaften unter dem Schutz der Zentrumspartei gegründet worden und hätten sie doch stets in ihrem Kampfe gegen die übermütige Unternehmerrschafft die willige Unterstützung der Zentrumsfraktion des Reichstages und der Zentrumspresse gefunden.

Wie gewöhnlich, mischen auch in diesen, auf die Einfachheit der „Armen im Geiste“ berechneten Breherzeugnissen die abgefeimten Wahlmacher des Zentrums noch altbewährtem Rezept etwas Wahres mit vielem Unrichtigen und Gefälschten zusammen. Wichtig ist, daß Windthorst 1873 im preussischen Abgeordnetenhaus einen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen gestellt hat; durchaus falsch aber ist es, daß dieser Antrag von einer demokratischen, die politische Gleichberechtigung der Arbeiter anerkennenden Auffassung ausging und daß er bezweckte, den Arbeitern eine bessere Vertretung ihrer Lohn- und Arbeitsinteressen zu ermöglichen. Die Zentrumspartei hat nie die Arbeiter als völlig gleichberechtigte Mitglieder ihres sogenannten „Christlichen Staates“ anerkannt und durfte das auch nicht, wollte sie sich nicht mit der Moral- und Staatslehre der katholischen Kirche in offenen Widerspruch setzen.

Das gilt nicht nur für die feudale Richtung im Zentrum, sondern auch für die sogenannten „liberal-katholischen“ und „klerikal-demokratischen“ Richtungen. Schon seit dem Beginn eines eigentlichen parlamentarischen Lebens in Deutschland, seit dem Revolutionsjahr 1848, finden wir die klerikale Partei als Bekämpferin des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts. Schon in der Frankfurter Nationalversammlung bekämpften die beiden Führer des damaligen „liberalen Katholizismus“, die späteren Hauptgründer der Zentrumspartei, August und Peter Reichensperger, auf das gefährlichste das gleiche Wahlrecht, das „nur die Stimmen zählt, nicht wiegt“. August Reichensperger nannte das allgemeine, unbeschränkte Wahlrecht „eines der gefährlichsten Experimente“ und warnte davor, die Arbeiterklasse in die politische Agitation hineinzuziehen, indem er pathetisch ausrief: „Wehe dem Volke, das Seyern und Rhetoren in die Hände fällt!“

Der Arbeiterklasse sollte ihre politische Einfachheit erhalten bleiben, damit sie willig ohne Nachdenken den Weisungen des katholischen Klerus folgte.

Ebenso sprachen die Gebrüder Reichensperger sich wiederholt in der Zweiten preussischen Kammer gegen das allgemeine Wahlrecht aus. Als im März 1873 die Regierung einen Gesetzentwurf einbrachte, nach dem die Bildung der Ersten Kammer, der Volkskammer, allein der Krone überlassen bleiben sollte, traten die Brüder Reichensperger entschieden für die sogenannte „Adelskammer“ ein, indem Peter erklärte, „der deutsche Boden ist von jeher für den Adel gedeihlich und fruchtbar gewesen“. Dagegen wollte er von einer Wahl der Zweiten Kammer durch das allgemeine Wahlrecht durchaus nichts wissen und meinte: „Was bietet sich naturgemäßer auf dem Standpunkt des vulgären Rationalismus dar, als das System des allgemeinen Wahlrechts aller großjährigen Staatsbürger, wenn denn einmal ein Volk vertreten sein soll? Und dennoch, was ist in Wirklichkeit lügenhafter, tyrannischer, verwerflicher, als gerade jenes allgemeine Wahlrecht, das unter dem Eindruck einer Leidenschaft in einer Stunde die mühsamen Errungenschaften von Jahrhunderten mit einem Atemzuge von sich wirft und vernichtet?“

Und genau dieselbe Haltung nahm später (nachdem aus der „katholischen Fraktion“ der preussischen Zweiten Kammer 1858 die „Fraktion des Zentrums“ und ebenso aus dem „Bundesstaatlich-konstitutionellen Verein“ des Norddeutschen Reichstages durch Zusammenschluß der klerikalen Elemente im neuen Deutschen Reichstag die heutige Zentrumspartei hervorgegangen war) das Zentrum im preussischen Abgeordnetenhaus und im Reichstag ein. In der Sitzung des Norddeutschen Reichstages vom 28. März 1867 sagte Windthorst im Namen seiner Fraktion: „Wahlen und Wahlssysteme kann man in abstracto nicht begründen; das sind recht eigentlich Gegenstände der Erfahrung und im wesentlichen nur nach den Resultaten der Erfahrung lassen sich dieselben beurteilen. Wenn wir aber die Erfahrungen, die mit dem allgemeinen Wahlrecht gemacht sind, zu Rate ziehen, dann glaube ich, sind wir doch wohl zu einigem Nachdenken aufgefordert.“

Windthorst vertwarf also das allgemeine Wahlrecht; dagegen trat er, damit die Stimmenabgabe der wirtschaftlich Abhängigen vom Klerus und den Behörden kontrolliert werden könne, für die öffentliche Abstimmung ein.

Auch verlangte Windthorst, um das politische Gewicht des Reichstages herabzudrücken, die Errichtung eines dem Adel vorbehaltenen Oberhauses. Als im März 1869 das Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes beraten wurde, meinte er:

„Zweitens müssen nach meinem Dafürhalten in dem Oberhaus die aristokratischen Elemente des Staates eine dauernde sichere Vertretung finden. . . Ich halte dafür, daß sie (die Adligen), als die Repräsentanten der Stabilität und des konservativen Elements im Staate notwendig da sein müssen; sie müssen deshalb in einem Oberhaus einen sicheren und dauernden Platz haben, damit sie nicht etwa gezwungen sind, um ihre Wiederwahl zu sichern, augenblicklichen Zeitströmungen über das richtige Maß hin zu huldigen.“

Dann entspann sich nach der Gründung des neuen Deutschen Reiches der sogenannte Kulturkampf. Das Zentrum sah sich in eine scharfe Opposition gegen das herrschende gemäßigt-liberale Regiment gedrängt; es sah sich ferner genötigt, um den Kampf mit Aussicht auf Erfolg durchführen zu können, seine politische Basis zu verbreitern, die Massen des katholischen Volkes zur politischen Heresfolge hinter den Zentrumskäse zu sammeln. Der Erreichung dieses Zweckes aber dienten gewisse Zugeständnisse an die demokratischen Wünsche und Instinkte der katholischen Bevölkerung der Rheinlande und Süddeutschlands. Die Zentrumleiter entdeckten nun, daß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, wenn auch kein ideales Wahlrecht, doch immerhin entschieden besser sei als sein Ruf, zumal sich die katholische Kleinbürger-, Bauern- und Arbeiterklasse viel weniger durch liberale Anschauungen beeinflusst erwies, als die großbürgerlichen katholischen Schichten, und unter der Führerschaft des Klerus bei den Wahlen fast geschlossen für die Zentrumskandidaten stimmte, so daß das Zentrum — während die „Bundesstaatlich-konstitutionelle Vereinigung“ im Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867 zuerst nur 18 Sitze innegehabt hatte — bei den Reichstagswahlen 1871 58 Mandate und 1874 gar 91 Mandate eroberte.

Das Zentrum hatte also mit dem allgemeinen Wahlrecht recht gute Resultate erzielt, und so stellte denn derselbe Windthorst, der bisher das allgemeine Wahlrecht heftig bekämpft und sich noch im April 1871, um das „konservative Prinzip“ zu wahren, gegen die Einführung von Reichstagsdiäten ausgesprochen hatte, 1872 im preussischen Abgeordnetenhaus den Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts für die preussischen Landtagswahlen.

Dieser Antrag ist es, der noch heute in der Wahlagitation als Beweis dafür herhalten muß, daß stets das Zentrum darum bemüht gewesen sei, das allgemeine, gleiche Wahlrecht durchzusetzen und der Arbeiterklasse die politische Gleichberechtigung zu erringen. In Wahrheit handelte es sich für Windthorst und seine Fraktionsgenossen keineswegs darum, den katholischen Arbeitern die politische Gleichberechtigung zu beschaffen, sondern mit Hilfe des Wahlrechts der damals noch mehr als heute vom Klerus beherrschten katholischen Arbeiter konservativ gefärbte Zentrumsmänner in den Reichstag zu bringen, um sich dort der liberalen Entwicklung entgegenzusetzen und die mittelalterlichen Lebensformen möglichst zu erhalten.

Das ergibt sich schlagend aus den eigenen Worten Windthorsts, mit denen er seinen Antrag begründete. Er sagte nämlich:

„Die Angehörigen der dritten Klasse halten mehr als die anderen Klassen fest an den überlieferten geschichtlichen Verhältnissen, und sie sind nach meiner Ueberzeugung im großen und ganzen konservativer als die Männer des Geldes. Das destruktive Element der Welt ist das Geld, und der Versuch, das allgemeine Wahlrecht durch den Geldbeutel zu korrigieren, ist der allerbedenklichste, den man machen kann. Die Klassen, bei denen dieses destruktive Element vorzugsweise zu Hause ist, sind am meisten angegriffen von den Ideen des modernen heidnischen Staates, und ich kann es weder klug, noch konservativ, noch überhaupt verständlich politisch halten, den Schwerpunkt der staatlichen Verhältnisse in diese Klassen zu legen.“

Nicht, weil er die politische Gleichberechtigung der Arbeiter erstrebte, stellte also 1873 im preussischen Abgeordnetenhaus Windthorst den Antrag, das Reichstagswahlrecht auf Preußen zu übertragen, sondern, weil er glaubte, mit Hilfe der politisch rückständigen, von der Geistlichkeit beherrschten katholischen Arbeiterklasse die halbfeudalen Zustände Preußens konservieren zu können. Es ist genau dasselbe Motiv, das zu jener Zeit auch viele konservative Bewegungen öffentlich das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu fordern. Bekanntlich schwärmte auch einst das Blatt der Straußdritterepigon, die „Kreuz-Zeitung“, die heute das „demagogische“ Reichstagswahlrecht auf das gefährlichste bekämpft, im Sinne Windthorsts für das allgemeine, gleiche Wahlrecht.

Obgleich die Zentrumsführer nie das Reichstagswahlrecht als ihrem Staatsideal entsprechend betrachtet haben, fanden sie sich doch zunächst mit diesem Wahlrecht ab, da es ihnen eine steigende Zahl von Reichstagsmandaten eintrug und das Zentrum zur stärksten aller Reichsparteien machte. Das konnte man sich schon gefallen lassen. Als aber die Sozialdemokratie immer mehr anwuchs und auch in der katholischen Arbeiterklasse viele Anhänger gewann, hörte bei den Wortführern des Zentrums die Vorliebe für das allgemeine, gleiche Wahlrecht auf. Das Zentrum unternahm, obgleich es zur Stellung einer ausschlaggebenden Partei, im gewissen Sinne kann man sagen zur Regierungspartei, aufzurücken, nicht den geringsten Versuch, das allgemeine, gleiche Wahlrecht in Preußen einzuführen; im Gegenteil, als 1893 infolge der preussischen Steuerreform eine Änderung des Wahlrechts notwendig wurde, erklärte der Zentrumsabgeordnete Herold, daß seine Partei die äußerste Selbstbeschränkung üben und bei dieser Gelegenheit „an den Hauptgrundrissen des Dreiklassenwahlrechts“ nicht rütteln wolle.

Noch einmal bot sich dem Zentrum 1908 die günstige Gelegenheit, seine Kraft für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen einzusetzen, nämlich als am 10. Januar 1908 im preussischen Abgeordnetenhaus ein freisinniger Antrag zur Veratung stand, der das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sowie eine Neueinteilung der Wahlkreise nach der Bevölkerungsgröße verlangte. Die Zentrumsführer des Abgeordnetenhauses befanden sich zunächst in einiger Verlegenheit. Obgleich sie von einer Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nichts wissen wollten und um die Gunst der Konservativen und der Regierung buhlten, wollten sie doch die Arbeiter und den demokratischen Teil der katholischen Kleinbürgerschaft nicht durch eine offene Ablehnung des freisinnigen Antrages vor den Kopf stoßen. So verfielen sie auf einen perfiden Täuschungsstrick. Sie stimmten zunächst mit den Freisinnigen und Polen für den ersten und dann mit den Konservativen und National-liberalen gegen den zweiten Teil des freisinnigen Antrages. Auf diese Weise erhielt kein Teil des Antrages die Mehrheit. Er fiel völlig unter den Tisch.

Das ist der große Kampf des Zentrums für die politische Gleichberechtigung der katholischen Arbeiter! Nichts als ein fortgesetzter Volksbetrug!

## Bismarcks Staatsreichsplan.

Schon 1906, zehn Jahre nach dem Tode des Reichsgründers, hatte der Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“, Hans Delbrück, Staatsreichspläne entworfen, die Kaiser Bismarck 1890 gelehrt hatte, als eine Reichstagsmehrheit gewählt wurde, die keine Aussicht auf Beschließung weiterer Ausnahmegesetze gab. Es war die Zeit, da die Mehrheit aus Zentrum, Freisinnigen und Sozialdemokraten der Bismarckischen Politik einen Damm entgegensetzte, dieselbe Mehrheit, die einige Jahre nach dem Sturze des Kanzlers den Antrag des Reichstagspräsidenten Levetzow auf Beglückwünschung Bismarcks zu seinem 80. Geburtstag ablehnte. An dem doppelten Widerstande der damaligen Reichstagsmehrheit und Wilhelms II., der zu jener Zeit noch nicht die Anschauungen hatte, die später in der Reichshausvorlage und in den bekannten Reden von Bielefeld, Bad Nenndorf, später von Breslau u. s. f. zum Ausdruck kamen, ist ja auch Bismarck gelehrt. 1906 wurden nun die Enthüllungen Delbrücks heftig bestritten, und die konservativen suchten die Wahrheit der Enthüllungen insbesondere dadurch zu erschüttern, daß sie auf den Mangel näherer Angaben über den Inhalt der Bismarckischen Pläne hinwiesen. In der neuesten Nummer der „Preussischen Jahrbücher“ kommt nun Professor Delbrück auf die Angelegenheit zurück, die neuerdings durch eine Unterredung des Prof. Heinrich Ullmann im Dezemberheft der „Internationalen Monatschrift“ aufgerollt worden ist. Danach steht nunmehr fest, daß Bismarck sich zunächst mit dem Gedanken beschäftigte, den Reichstag durch „Aus-hungerung“ mattzusetzen. Da der Kanzler nicht als solcher, sondern nur als Vertreter Preußens im Bundesrat das formelle Recht hat, im Reichstage zu erscheinen, war es Bismarcks Idee, sich diese Vertretung entziehen zu lassen, also nur Vorübergehend ohne Wahlrecht im Bundesrat zu bleiben, damit die Verhandlungen im Reichstage auf unverbindliche Diskussionen mit den Bundesratsmitgliedern einzuschränken und sich die Mittel für die Reichszwecke von den Einzellandtagen, namentlich dem preussischen, be-

willigen zu lassen. Durch wiederholte Aufstufungen wollte er die Wähler zur Besinnung bringen. . . . Diesen lächerlichen Gedanken, dessen Ausführung wohl schon an den süd-deutschen Landtagen ein Seminum gefunden hätte, ließ der eiserne Kanzler aber bald fallen, um sich um so eifriger einer Aenderung des Reichstagswahlrechts zuzuwenden, die folgendermaßen ausliehe sollte:

Weder ein Rekrut noch eine Klassenwahl, noch händliche Erdrungen, noch Delegationen aus den Landtagen sollten das wahlrecht, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht ersetzen. Aber ein Ausnahmengesetz sollte allen historischen Sozialdemokraten, die, wie es im Sozialistengesetz formuliert war, den Amtszug der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bewahren, das aktive und passive Wahlrecht entziehen, und, um das durchzuführen zu können und die gegebenen sozialen Abhängigkeiten voll zur Wirksamkeit kommen zu lassen, sollte an die Stelle der geheimen Abstimmung die öffentliche treten.

Die Durchführung eines solchen Gesetzes hätte nach Meinung so zu geschehen, daß die Behörden Listen der notorischen sozialdemokratischen Revolutionäre anlegen, diese unparteiische richterliche Behörde etwaige Beschwerden entscheiden und dafür bürgen, daß das Gesetz nicht auf andere Parteien ausgedehnt wird. Wenn allen in dieser Art Gedächtnis die politischen Rechte aberkannt sind, läge es in der Hand der Regierung, ob sie die sozialdemokratische Partei ganz aus dem Reichstage verschwinden lassen oder sie auf eine kleine Gruppe von Harmlosen reduzieren will.

In diese Mitteilungen knüpft Delbrück eine längere Betrachtung, die er um so mehr für rein theoretisch und historisch erklärt, als ja nach der ganzen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, namentlich auch der Sozialdemokratie selbst, heute niemand mehr im Ernst an derartige Pläne denken könne. Er begrüßt es, daß es zur Ausführung des Bismarckschen Planes — die der Kanzler selbst nur auf gewaltthätigen Wege, etwa nach militärischer Niederwerfung der Arbeiterpartei für möglich hielt — nicht gekommen ist; denn er hätte die Zusammensetzung des Parlaments völlig in die Hand der Regierung gegeben und dadurch den Absolutismus in seiner ganzen Macht eingeseht. Endlich gehöre in jedes Parlament unbedingt auch die im Volke lebende Opposition.

Wenn man sich nur einige der hervorragendsten Kennerungen aus den Kreisen der das Deutsche Reich beherrschenden preussischen Junkerschaft ins Gedächtnis zurückruft, wenn man aus diesen unbedachten Offenherzigkeiten mit vollem Recht auf das schließt, was die Junker wollen und heimlich anstreben, so wird man Herrn Delbrück nicht darin zustimmen können, daß es sich hierbei nur um historische Erörterungen handelt. Hat nicht Jordan v. Röcher nach dem starken Mann gerufen, der nur wenig Gehirn zu haben brauche, aber keine Nerven haben dürfe? Hat nicht Eard v. Oldenburg auf Januschau dem versammelten Reichstage den Junkerhohn ins Gesicht geschleudert, es wäre noch schöner, wenn der Kaiser nicht zu jedem preussischen Rentnant sagen dürfte: „Nehmen Sie zehn Mann und lösen Sie den Reichstag auf!“ Und hat nicht noch in diesem Wahlkampf der anerkannte Führer der konservativen Partei, Dr. von Seydebrand, auf dem österreichischen konservativen Parteitag in Königsberg ausdrücklich die Zustimmung zu Ausnahmegeetzen gegen die Sozialdemokratie als eine Bedingung bezeichnet, die die Konservativen jedem von ihnen in den Stichwahlen zu unterstützenden liberalen Kandidaten stellen würden? Und wer hätte es vergessen, daß nach konservativen Parteierklärungen die Sozialdemokratie nur Objekt, niemals aber Subjekt der Gesetzgebung sein sollte?

Was Bismarck plante, planen die Junker heute noch, vielleicht in anderer Form, aber das gewaltige Wachstum der Arbeiterbewegung und ihrer politischen Ausdrucksform, der Sozialdemokratie, läßt die um ihre Herrschaft zitternden Junker immer ausschließlicher die Rettung allein von Ausnahmegeetzen erwarten. Aber aber die Einwickelung der Zentrumspartei verfolgt, ihr immer festeres Bündnis mit den ostelbischen Großgrundbesitzern, ihre völlige Abkehr von ihrer demokratischen Vergangenheit, ihren Ansturm gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahner und Staatsarbeiter in dem bisher vom Zentrum beherrschten Bayern und endlich die Enthüllung des „Spektator novus“, aus denen sich ergibt, daß die Zentrumsführer bereit und entschlossen sind, die christlichen Gewerkschaften auf dem Altar der Scharfmacher und der preussischen Reaktion hinzuzupferen, der wird in dem Zentrumsturm nicht mehr das feste Bollwerk der Rechtsgleichheit des deutschen Volkes sehen können, wie einst, zu Bismarcks Zeiten. Und daß auch unter den Nationalliberalen, namentlich unter den westdeutschen, weite Kreise für Schandgeetze gegen die Arbeiter zu haben sind, ist ebensowenig zu bezweifeln, als die Stellung der Reichspartei, deren Führer der Oberscharfmacher Freiherr Octavio v. Seckitz ist.

Gewiß kann heute die deutsche Arbeiterbewegung nicht mehr zerbrochen werden. Das einzige Mittel wäre, alle denkenden deutschen Arbeiter des Landes zu verweisen. Und da hätte des deutschen Kapitalismus Herrlichkeit ihr Ende erreicht. Nicht aus Furcht also, sondern im Interesse einer normalen und gesunden inneren Entwicklung muß das deutsche Volk am 12. Januar sich radikal davor schützen, daß die Bismarckschen Staatsstreichpläne in dieser oder jener Form jemals wieder ernstlich erörtert werden können.

Nieder mit den staatsreichthümlichen Junkern und all ihren Bundesgenossen!

### Die Not der Unterbeamten.

Aus Postbeamtenkreisen werden wir um die Aufnahme folgender Aufsätze ersucht:  
Verschiedenen Behörden, Verwaltungen und fast alle Privatbetriebe geben ihren Angestellten zu Weihnachten eine Gratifikation (sei dieselbe durch stärkere Heranziehung zur Arbeit verdient oder nicht); eine leider traurige Ausnahme macht die Reichspostverwaltung. Trotzdem hier jeder einzelne, der im Reichsdienst tätig ist, seine ganze Kraft, namentlich zu Weihnachten und den anderen Festen, bis aufs äußerste anspannen muß und durch seine Tätigkeit dem Staate Millionen verdient, sieht sich die Postverwaltung nicht veranlaßt, ihrem Personal, trotz der sonst schlechten Bezahlung eine Weihnachtsgratifikation zu geben!  
Daß die Entlohnung bei der Post, namentlich bei den unteren Beamten, auch jetzt noch nach der Besoldungsreform, die in keinem Verhältnis zu dem Aufschwollen der Preise für Lebensmittel steht, eine lässliche ist, und viele Beamte jetzt durch den

Fortfall der Teuerungszulagen usw. weniger Einkommen als früher haben, mögen folgende Zahlen lehren. Früher wurden die unteren Postbeamten mit 900 M. jährlich angestellt und erhielten außer dem Gehalt eine Teuerungszulage von 150 M. jährlich, diese noch besondere Stellenzulagen, Sortiereregelner usw. von wenigstens 48 M., 96 M., 108 M. usw., die Bahnhofsbedienten der Fern- und Reichspost eine Postbeamten eine Begleiterzulage von 150 M. jährlich. Alle diese Stellenzulagen existieren jetzt nach der Besoldungsreform nicht mehr; wir werden jetzt mit 1100 M. nach ungefähr einer 12jährigen Dienstzeit als Briefträger oder Postfachhüter hier in Berlin angestellt. Wühlin hat die große Mehrheit der unteren Postbeamten nur eine lässliche Gehaltsaufbesserung von 50 M. erhalten; diejenigen aber, die eine Stellenzulage hatten, haben jetzt weniger Einkommen als früher, und die Begleiter des Postbeamten haben jetzt sogar 130 M. im Jahre weniger als vor der Besoldungsreform!

In einem der letzten Amtsblätter des Reichs-Postamts drückt der Kaiser dem Staatssekretär der Post und Telegraphie seine Zufriedenheit für die Leistungen der Postverwaltung und besonders seine Genugtuung darüber aus, daß es dem Staatssekretär gelungen sei, trotz der durchgeführten Besoldungsreform, die den Beamten ein höheres Einkommen bringen sollte (was aber, wie obige Zahlen beweisen, bei vielen nicht der Fall war), einen so großen Hebereschuß an das Reich einzuführen, wie er in keinem früheren Jahre erreicht worden sei. Daß solche großen Hebereschüsse erzielt werden konnten, liegt wohl zum großen Teile daran, daß trotz der großen Zunahme des Verkehrs kein weiteres Personal eingestellt wurde und die bedeutenden Mehrleistungen von den im Dienste Tätigen mitgeliefert werden mußten, so daß das Pöschleinstundenmaß, wöchentlich 60 bis 65 Stunden, voll ausgefüllt werden mußte! Gewiß freut sich jeder Unterbeamte, daß seine Tätigkeit aufbringend für die Allgemeinheit ist — leider nur befindet sich der Kaiser bei seinen Ausführungen über erhöhte Einnahmen der Beamten, namentlich in Bezug

### Die frommen Expropriateure.

Im Rheinland führt das Zentrum im Namen der katholischen Kirche das große Wort als Volksfreundin. In der Praxis sieht es mit der Liebe zum Volke allerdings recht windig aus. Adel und Klerus haben sich gerade hier als Expropriateure der Bauern bewährt.

Nach einer gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts erfolgten Katasteraufnahme, deren Ergebnisse sich gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts noch viel mehr zugunsten von Adel und Kirche gestalteten, fielen von dem Grundeigentum im Kurfürstentum Köln auf

	Kölnischer Morgen
Kurfürstliche Zehntgüter	5 050
Güter des Klerus	90 758
Güter des Domkapitels	7 570
Gräflche und adlige Ländereien	59 875
Ländereien gräflicher und adliger Sige	82 516
Städtische und bürgerliche Ländereien	21 122
Hausmanns- und Bauernländereien	131 144

Von dem insgesamt 348 015 kölnischer Morgen Land fielen also 159 749 Morgen, das sind 46 Proz., auf Adel und Geistlichkeit; für die Bauern blieben 33 Proz. und für die Städte 6 Proz. In manchen Kreisen und Dörfern war das Verhältnis noch schlimmer, da fielen auf Adel und Klerus drei Viertel und darüber vom ganzen Grundeigentum.

Unersättlich war die Kirche in ihrer Gier nach der Bauern Gut und Habe. Ein kurfürstliches Gesetz verpflichtete die Notare, Pfarrer und Schöffen, von denen Testamente gemacht wurden, den Testator daran zu erinnern, daß er in erster Linie des Erzbischofs und der Domkirche in Köln zu gedenken habe.

Zum Dank dafür, daß es Adel und Kirche so gut verstanden haben, die bäuerliche Bevölkerung auszusaugen, wählen heute die rheinischen Bauern die Junker und deren Handlanger, die Zentrumsdoktoren, als ihre Vertreter in den Reichstag.

Und die Arbeiter sollen der angeblich bedrohten Religion wegen nicht gegen die Lebensmittelwucherer opponieren, die den Großgrundbesitzern ungezählte Millionen in den Schoß wirft!

auf das große Herz der unteren Postbeamten, im Tertium! Bei der Beratung und Verabschiedung der Besoldungsreform wurde von den Regierungsvertretern und der jetzt gewesenen Mehrheit des Reichstages (die heilloslich niemals wiederkehrt!), erklärt, wir könnten nur darum nicht 1200 M. Anfangsgehalt im Jahr bekommen, weil das Reich sich damals in großer finanzieller Bedrängnis befand und kein Geld vorhanden war. Jetzt am Schluß der Reichstagsstagnation erklärte der Herr Staatssekretär, daß wir beinahe im Gelde schwimmen — warum gibt man nun nicht den unteren Postbeamten das damals nicht bewilligte Anfangsgehalt? Warum gibt man uns jetzt, wo Geld vorhanden ist, das damals vorerhaltene Anfangsgehalt nicht wenigstens in Gestalt einer ansehnlichen Teuerungszulage oder einer Weihnachtsgratifikation?

Als es vor Weihnachten hier, die Schulleute sollten in diesem Jahre die übliche Weihnachtsgratifikation nicht erhalten, legten sich viele Zeitungen für die Schulleute ins Zeug, und die Schulleute reklamieren dann auch ihr Weihnachten. Warum denkt man nun nicht auch an die unteren Postbeamten, deren Einkommen doch noch geringer als das der Schulleute ist, und die doch zu den Feiertagen tatsächlich bedeutend mehr an Arbeit zu leisten haben.

So weit die Zuschrift. Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß wir die obigen Forderungen für die denkbar bescheidensten halten, die unbedingt Berücksichtigung verdienen.

Wenn trotzdem den Unterbeamten das Nötigste vorenthalten wird, so deshalb, weil unsere bürgerlichen Parteien ohne jede Ausnahme auch den Betrag der neuen Steuern wieder dem Moloch Militarismus und Marinismus in den Rücken werfen wollen! Dafür ist allezeit Geld im Ueberflusse vorhanden — nur für die Arbeiter und die Unterbeamten fehlt es immer an den Mitteln!

Mögen auch die geprellten, darbedenden Beamtenparteien am 12. Januar, wo sie ja unbeschadet wählen können, mithelfen, einen Reichstag zustande zu bringen, der für die nothleidenden Volksschichten mehr übrig hat als Verdrüssungen und — neue Steuern!

### Zur Reichstagswahl.

Die reingefallenen Agrarier.

Aus Schlesien wird uns geschrieben:  
Fast nirgends wird der Wahlkampf von den Konservativen mit so erbärmlichen Mitteln geführt, wie in dem mit Junkern gesegneter Gefilden Ostelbiens. Saalabtreiberien und Wahllostandrohungen sind die beliebtesten Mittel, worunter nicht nur Sozialdemokraten, sondern zum Teil auch die liberalen Parteien zu leiden haben. Haben unsere Gewonnen wirklich einmal einen Saal auf dem Lande gefunden, dann kann man sicher sein, daß der Amtsbürger mit Schissanen oder die Gutbesitzer mit dem Wahllostandrohen. In der Regel wird der Wirt mürde. Wie die Agrarier das Eindringen der Sozialdemokratie und damit die Ausflutung der Landarbeiter zu hintertreiben suchen, zeigt wieder einmal ein Beispiel aus dem Wahlkreis Oels-Wartenberg, wobei allerdings vorausgeschickt sei, daß diesmal der Coup der Agrarier fehlschlug. Für den Neujahrstag hatte nur ein Wirt in Königswehle sein Lokal zur Verfügung gestellt. Schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung war der Saal mit köhlichen Arbeitern und kleinen Besitzern gefüllt, und noch immer kamen zu Wagen ganze Kolonnen von Gutbesitzern, Inspektoren und anderen von den Agrariern abhängige Personen. Als der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Klippel-Breslau die Versammlung eröffnen wollte, mußte er sich vor Tätlichkeiten der Gutbesitzer schützen, dann aber auf Aufforderung des Amtmanns, des Grafen Stradow, das Lokal verlassen, weil dieser sich hinterrücks, durch Zahlung von 15 M. das Hausrecht für den Tag gesichert hatte. Der Plan, die sozialdemokratische Wählerversammlung zu hintertreiben, schien zunächst geglückt. Man hatte sich aber verrechnet. Ein Besitzer aus dem Dorfe stellte sofort seine Wohnung zur Verfügung. In dieser wurde nun eine neue Versammlung eröffnet und sofort nach dem augrenzenden Garten verlegt. Als hier die agrarischen Kabaubrüder, an der Spitze der oben erwähnte Amtmann, ihren Lärm und Tätlichkeiten gegen Genossen Klippel fortsetzen wollten, ließ dieser unter Berufung auf sein Hausrecht durch den überwachenden Gendarmen den Amtmann und noch einen der ärgsten Schreier vom Platze entfernen. Die übrigen Kabaubrüder, die vorher gegen den Referenten tödlich zu werden drohten und ein ganzes Schimpfpeder-Regimon auspackten, mochten nun nicht mehr so steifhaft anzutreten, denn schon zeigten sich kräftige Landarbeiterhäuse, die ein derartiges lämmelhaftes Verhalten gebildet sein wollender Leute nicht mehr länger mitanhören wollten. Die Versammlung nahm nun durch die Zurückhaltung der Landarbeiter einen ruhigen Verlauf.  
Die Herren Agrarier hatten mit ihrem schlaun angelegten Coup, und das Lokal zu hintertreiben, das Mißgeschick.

So und in ähnlicher Weise führen die Agrarier den Wahlkampf in Ostelbien und beklagen sich dann in ihren Blättern über angebliche Rohheiten der Sozialdemokraten im Wahlkampf.

### Einen Blick in das „geheim“ Wahlrecht.

so berichtet man uns unterm 2. Januar aus Halle a. S., erhält man bei der Durchsicht der Anzeigerungen der Wahlbezirke, Wahllokale und Wahlvorsteher der ländlichen Reichstagswahlkreise des Regierungsbezirks Merseburg, Arbeiter und Handwerker sind als Wahlvorsteher selbstverständlich gänzlich ausgeschlossen. Der Hauptmann im Wahllokal ist dreizehngig der Dorfgenosse. — So befinden sich z. B. im Kreise Scharzherga unter 79 Wahlvorstehern nicht weniger als 52 Ortschulzen, 6 Rittergutbesitzer, 5 Amtsvorsteher, Oberamtmänner, Oekonomieräte usw. — Im Kreise Quersur ist erblidht man unter insgesamt 67 Wahlvorstehern 66 Ortsrichter, 2 Grafen, Rittergutbesitzer usw. — Im Kreise Liebenwerda hat der Landrat die Sache noch viel lässlicher eingeschält. In der von ihm herausgegebenen Anordnung sind unter den 79 Wahlvorstehern „nur“ 73 Gemeindevorsteher. Und „nur“ 66 Schöffen sind als Stellvertreter ernannt worden. Und damit alles hübsch beisammen ist, hat man in 31 Fällen die Bestimmungen der Gemeindevorsteher als Wahllokale bestimmt. —

Der Landrat des Kreises Wittenberg hat seine Kollegen aber noch übertroffen. Seine Tabelle, mit insgesamt 103 Wahlvorstehern, weist 90 Gemeindevorsteher auf. Als Stellvertreter hat er gleichfalls meist Schöffen engagiert. Dort müssen die Wähler in 41 Fällen die Wohnungen der Gemeindevorsteher als Wahllokale aufsuchen. — In dem bekannten Mansfelder See- und Gebirgskreis befinden sich unter 138 Wahlvorstehern 83 Ortschulzen, viele Pastoren, Amtsvorsteher, Gültendameis usw. — Im Kreis Wittenberg Kreis witten auf dem Lande unter den Wahlvorstehern 69 Ortschulzen, 31 Gemeindevorsteher, 30 Amtsvorsteher, 19 Pastoren, Rittergutbesitzer, Amtsräte, Grafen usw. Auch dort sind in vielen Fällen die Wohnungen der Gemeindevorsteher, Amtsstuben in Rittergütern usw. als Wahllokale festgesetzt.

Es fehlen nur noch die Regenschirme als Wahllokal — und das geheime Wahlrecht ist völlig gesichert.

### Freisinnige Junkerdiener.

In einer liberalen Wählerversammlung in Schleswig erklärte Dienstagabend der liberale Kandidat für den 3. schleswig-holsteinischen Kreis, Schleswig-Güternörde, Landtagsabgeordneter Justizrat Dr. Waldstein: Bei einer Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Konservativen würde kein liberaler Wähler in Stadt und Land für den Sozialdemokraten eintreten.

### Vollständige Offenbarung.

In einem Aufruf der Norddeutschen Nationalliberalen für den Fortschrittsführer Dr. Wiemer heißt es:  
„Als national und liberal denkende Männer fordern wir deshalb unsere Parteifreunde auf, am 12. Januar 1912 Mann für Mann zur Wahlurne zu schreiten und ihre Stimme für Dr. Wiemer abzugeben. Es geschieht dies in der Erwartung, daß Dr. Wiemer für die im Interesse der Sicherheit und der Würde des Deutschen Reiches einzubringenden Vorschläge für Meer und Marine eintreten wird.“  
Wenn sich schon jemals Abhängigkeitsvorlagen ohne die Begründung „Sicherheit und Würde“ eingebrochen worden, Unbeschwerbewillig ist die Parole dieser Liberalen.

### Wahllokal aus Magdeburg.

Nach der Ausrufung des bürgerlichen Agitationschefs Traumann erklärt jetzt auch die „Magdeburgerische Zeitung“, es müßten im Kampfe gegen die Sozialdemokratie alle Möglichkeiten inbaldher Kampfwegweise beiseite gelassen werden. Das einzige Mittel beginnt auch sofort, in wüßtester Manier loszugehen. Der sozialdemokratische Kandidat Reichsanwalt Landberg wird als Millionär denunziert, dem die Arbeitergrößen die Aufgabe seiner Familie ermöglicht; die Vergrößerung des Hauses der „Vollstimmigen“ wird — mit der Zunahme derjenigen begründet, die als Arbeitergrößen gefüttert werden, und dergleichen mehr. Wenn man das große liberale Blatt liest, glaubt man sich in den Wahlkampf zur Zeit des Altentatstredens zurückversetzt. Sogar der unglücklich, langh verlorbene Genosse Albert Schmidt wird für die Zwecke dieses „Liberalismus“ heraufbeschworen. Alles für „unseren Stobel“. Für diesen Wahllokalen scheint tatsächlich mehr wild, als liberal gearbeitet zu werden.

### Ein herumirrender Zentrumsgraf.

Der bekannte Zentrumsgraf Oppendorff ist bei seiner Partei völlig unten durch. Das Wahlschicksal, das er bisher verdient, haben sie ihn hinausgeschoben; nun werden die deutschen katholischen Wähler auch in Provinzial-Lisa aufgefordert, den Grafen nicht zu wählen. Bloß — die Zentrumslandpartei in Berlin hat man ihn gelassen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Januar 1912.

### Konflikts-Patriotismus.

Der Wahlspruch der Regierung in der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ wird von der konservativen wie von der national-liberalen Presse gleich abfällig beurteilt. So haben sich beide Parteien die von ihnen geforderte „nationale Führung“ der Regierung im Wahlkampf nicht gedacht. Am weitesten von allen ist jedoch das ehemalige Bismarckblatt, die „Hamburger Nachrichten“. Dieses rechtsnational-liberale Scharfmacherblatt der Hamburger Pfefferkade, Guano-Importeure, Eisenindustriellen und Weisheitsverwandten schüttet über die Weismann-Hollwegsche Regierung eine patriotische Mistjauche aus, die an kräftiger Mischung sogar noch bei weitem den nationalen Dreck der „Post“ in den Hundstagen der Agadir-Affäre übertrifft. Der Leitartikel des Hamburger Blattes beginnt mit den Worten:

„Der Artikel in der „Norddeutschen Allgem. Ztg.“, mit dem die Regierung endlich ihre lang vermisste Stellungnahme zu den Wahlen vollzogen hat, kann nur als eine einzige große Enttäuschung wirken. Wir legen keinen Wert darauf, daß er viel zu spät kommt, um noch irgend eine nennenswerte Wirkung auf das Ergebnis des 12. Januar auszuüben. Denn wenn diese schändliche Kundgebung auch einige Wochen früher erschienen wäre, sie würde den Ausfall der Wahl ebenso wenig beeinflussen haben, wie jetzt. Im Gegenteil: hätte die Regierung tatsächlich nichts Besseres zu bieten, als dieses mit philosophischer Resignation verbrämte Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit, in der Wahlbewegung die Führung zu übernehmen, so wäre es ganz richtig von ihr, Zurückhaltung zu üben. Wäre diese Dokumentierung jedes Mangels an Initiative, Aktivität und wirklichen Verantwortlichkeitsgefühle von seiten der Regierung schon früher erfolgt, so würde dadurch den Kämpfern im nationalen und staatsrechtlichen Lager ihre Aufgabe nicht nur nicht erleichtert, sondern wesentlich erschwert worden sein. Es liegt in der Natur der Sache, daß jede solche Mißdeutung die Führung als amtliche Vertreterin der geltenden Staats- und Rechtsordnung gibt, jede Schwäche, die sie in dieser Beziehung bekundet, nachteilig auf die Stellung derjenigen Parteien im Wahlkampf einwirken muß, die die gleichen Güter zu schützen beabsichtigen, die der Regierung zur Obhut anvertraut sind. Es ist also ganz gut, daß die Regierung erst gesprochen hat, nachdem ihre Rede nicht mehr Schaden konnte.“

Das ist jedoch erst der Anfang, die schöne Duvertüre des grausamen Spiels. Je weiter der Kritikerschreiber gelangt, je mehr gewinnt über ihn die Neurasthenia cerebralis die Oberhand, so daß er sich gegen den Schluß seines Artikels folgenden schönen Erguß einer kranken Seele leistet:

„Hat denn die Regierung aber nicht die Spur von Empfindung dafür, daß es gerade ihre Pflicht und Schandhaftigkeit ist, die Initiative zur Beseitigung dieser größten und schwersten Bedrohung unseres inneren Lebens zu ergreifen, und selbst auf die Gefahr schwerer Konflikts hin die Sozialdemokratie niederzuwerfen, bevor diese in die Lage kommt, der geltenden Staats- und Gesellschaftsordnung den Vorwand zu machen? Die Regierung weiß doch ganz gut, daß, wenn eine nationale Bewegung im deutschen Volke Erfolg haben soll, sie selbst dabei die Führung übernehmen muß. Weshalb aber versagt sie dann in dieser Beziehung? Stehen ihr irgendwelche Rücksichten höher als das Wohl und Wehe von Reich und Volk? Will sie nicht kämpfen, weil sie es nicht darf? Weshalb aber bleibt sie dann an ihrem Platze? Soll auf die Dauer „Lieben und Streben“ die Signatur des Verhaltens deutscher Staatsmänner in der nachbismarckischen Zeit sein? So viel Jagen, so viel traurige Perspektiven, die sich eröffnen. Niemand aber hat die Macht dazu, sie zu beseitigen. Schwächlichkeit, Leisetreterei und Vermeidung jedes Konflikts, das scheint nach wie vor die Maxime zu sein, nach der in Deutschland von jedem Staatsmanne regiert werden muß, der im Ante bleiben will. Wann wird es endlich anders werden?“

Kaltes Wasser!

### Die Zentrumspräsidenten im Wahlkampf.

Bei der Ungültigkeitserklärung des Mandates des reichsländischen Zentrumsabgeordneten Hessemann im lothringischen Landtagswahlkreis Wittsch-Rohrbach-Wolmünster sprach der zuständige Senat des Oberlandesgerichts Kolmar aus, daß die Geistlichen im Wahlkampf nicht nur weit über ihre Befugnisse gehandelt, sondern geradezu Mittel gebraucht haben, die als sittenlich und moralisch verwerflich zu bezeichnen sind. Wie wohlbegründet diese gerichtliche Feststellung ist, zeigt eine Zusammenstellung der gerichtlichen Urteilsbegriffe im Landtagswahlkampf nur in diesem einen Wahlkreis, die auf Grund fotografischer Aufzeichnungen über die Beweisaufnahme gemacht worden ist. Danach wurden folgende Mißstände festgestellt:

Bei den Erzdiözesen in Metz hatte der Bischof in einer Ansprache an die Geistlichkeit seiner Diözese sich dahin ausgelassen, daß erwünscht und ratsam sei, die Wähler zu einer gewissenhaften Wahl anzuhalten, daß aber kein Priester den Namen einer Partei oder eines Kandidaten bei der Wahlpredigt offen nennen solle. Die Herren Zentrumsprediger machten das nun so:

Beim Pfarrer Verend aus Egelshardt waren schon fünf bis sechs Wochen vor der Wahl die Predigten fast durchweg Agitationserden. Statt des Evangeliums bekam die Gemeinde Spiragos Katechismus über die Wahlen zu hören, wobei der Pfarrer ausdrücklich erwähnte, daß er vom Bismarck beauftragt sei, die Gemeinde aus diesem Buch über die Wahlen zu belehren. Die auf die Wahlen bezügliche Stelle beginnt ungefähr folgendermaßen:

Katholischer Christ: Bist Du verpflichtet zu wählen? Ja, Du bist es! Wie aber sollst Du wählen? Du sollst gut wählen! Und warum erkennst Du, daß Du gut gewählt hast? Wenn Du den Kandidaten wählst, den die katholischen Zeitungen empfehlen. Ist es eine Sünde, wenn Du nicht gut wählst? Ja, es ist eine Sünde! u. s. w.“

Zwei Wochen vor der Wahl erklärte von der Kanzel in Gesehard die Kampfsparole: „Ihr Männer und Jünglinge! Schreitet mit mir an die Wende! Ich will und erwarte von Euch, daß Ihr

wählt wie Euer Seelsorger!“ Am Wahltag selbst setzte der Pfarrer im Vormittagsgottesdienste genauer auseinander, welche Sünde derjenige begehe, der anders stimme als der Pfarrer: „Wer schlecht wählt, ladet sich eine schwere Verantwortung auf, wer sich eine schwere Verantwortung aufladet, der begeht eine schwere Sünde, schwere Sünde und Todsünde aber ist eins. Unsere Gegner haben als ersten Punkt auf ihrem Programm die Trennung von Kirche und Staat und die Leichenverbrennung, sie wollen ein Gesetz, daß alle Leichen verbrannt werden sollen. Wenn dieses Gesetz eingeführt ist, dann hört es mit unserem Allerheiligentag auf. Wir haben einen besonderen Platz auf dem Kirchhof, wo die Evangelischen beerdigt werden können. Sie wollen aber in Eurer Kirche begraben sein, und wir müssen sie in unserer Mitte dulden! Wie können wir mit denen im Tode zusammengehen, mit denen wir im Leben nicht zusammengehen!“

Im Anschluß an diese vom Geist der Wahrheit und der Nächstenliebe gleich tief durchdringenden Ausführungen forderte der Pfarrer die anwesenden Frauen auf, darauf hinzuwirken, daß die Männer gut wählen, und dann nachmittags mit ihm in der Kirche für das gute Gelingen der Wahl einen Rosenkranz zu beten.

Nicht minder rührig und mit allen Mitteln der Wahlbeeinflussung vertraut war der Pfarrer Sackstätter in Schweger. Auch hier vertrat Spicogo das Evangelium, und allmonatlich erklärte von der Kanzel die Kunde von der bedrängten katholischen Religion und die Aufforderung, nur gut katholische Zentrumsleute zu wählen, damit die Kinder ihren Religionsunterricht behielten und die Toten ihr Recht auf ein Erdengrab. Am Wahltag stellte der Geistliche das sonst nur an hohen Feiertagen gezeigte hochwürdige Gut aus. Recht eindringlich wählten die Pfarrer Verlessel in Lengelsheim und Bettinger in Schorbach ihren Kirchenbesuchern zuzuhören; ebenso der Pfarrer Reiter in Rindlingen, Richard in Kolbingen und Martin in Neperdweiler.

### Wer hat gelogen?

Die alldeutschen Politiker behaupten mit aller Bestimmtheit, daß ihnen Herr v. Riederlen-Wächter erklärt habe, das Ziel seiner Politik sei, Westmarokko zur deutschen Siedlungskolonie zu machen. In dem Brochur der „Grenzboten“ gegen die „Post“ ist diese Behauptung neuerlich wiederholt worden und Beweis dafür angeboten worden. Das Gericht zeigte aber ein so ungewöhnliches Verständnis für die Bedürfnisse einer freien Völkervereinigung, daß die Beweisführung überflüssig war.

Herr v. Riederlen-Wächter hat wiederholt geäußert, solche Erklärungen den alldeutschen Politikern abgegeben zu haben. Er hat behauptet, daß er nie einen Zweifel darüber habe aufkommen lassen, daß die deutsche Regierung keine Besitzwerbungen in Marokko beabsichtige.

Wer spricht nun eigentlich die Unwahrheit?

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, die Alldeutschen hätten freilich solche Mitteilungen bekommen. Nur seien sie Herrn v. Riederlen-Wächter nicht ernst gewesen. Er habe die Alldeutschen angelogen, um nationale Hurra Stimmung zu erzeugen, die ihm bei den Verhandlungen nützlich sollte. Die Alldeutschen hätten daraufhin das nötige Kriegsgeschrei in gutem Glauben produziert. Und das sei ja auch recht gut gewesen. Jetzt aber solle sie den Staatssekretär in Ruhe lassen. Denn wenn der auch nicht gerade schön mit ihnen umgesprungen sei, so erfordere doch das „nationale Interesse“, daß darüber nicht weiter geredet werde. Denn das würde das Ansehen Deutschlands im Ausland herabsetzen. So die „Deutsche Tageszeitung“.

Mühtel aber in Wirklichkeit das Blatt nicht viel mehr, daß das Ansehen der Herrschenden im Inlande herabgesetzt werden würde, wenn die Volksmassen sehen, mit welcher — eigenartigen Mitteln „nationale Politik“ gemacht wird?

Jedenfalls scheint uns die Offenlichkeit aber einiges Anrecht darauf zu haben, zu erfahren, wer also gelogen hat, die „Patrioten“ in- oder außerhalb der Regierung?

### Nationalliberale Stichwahlabkommen.

Am 2. Januar sprach sich der nationale Parteisekretär und ehemalige Abgeordnete Fuhrmann in Stendal über die Wahlbündnisse zwischen Zentrum und Nationalliberalen im Rheinland aus. Genosse Weiss hatte in der Debatte Fuhrmann vorgeworfen, daß er hier gegen Zentrum und Junker rede, während in anderen Kreisen seine Partei Zentrum und Junker unterstütze. So sei zwischen den Nationalliberalen und Zentrum im Rheinland ein Wahlabkommen getroffen, das sich gegen die Sozialdemokratie richte. Herr Fuhrmann gab darauf folgende Erklärungen ab:

„Ich bin der erste Geschäftsführer der nationalliberalen Partei. In meiner Hand laufen alle Fäden der nationalliberalen Bewegung zusammen, und wenn irgend jemand, so müßte ich etwas von einem Wahlabkommen wissen, wenn es vorhanden wäre. Erst vor zwei Tagen hat die nationalliberale Parteileitung ein Zirkular an die Parteileitungen der einzelnen Wahlkreise erlassen, in welchem sie streng verlangte, ohne Zustimmung der Parteileitung keinerlei Stichwahlabkommen zu treffen. Die nationalliberalen Kreisparteileitungen sind von uns aufgefordert worden, zwei Tage nach der Stichwahl an uns über die politische Situation des Wahlkreises zu berichten. Daraus sind wir die Entscheidung treffen. Die Mitteilung über das Wahlabkommen zwischen Zentrum und Nationalliberalen stammt aus trübster Quelle. Sie ist unrichtig, wie ich ausdrücklich feststellen will.“

### Das Vieheinfuhrverbot

wird, wie bekannt, mit der Gefahr der Einschleppung von Seuchen zu rechtfertigen gesucht. Wie schwach diese Andrede ist, ergibt sich daraus, daß die Schweiz, die gegenwärtig lebhaften Viehhandel treibt, erst kürzlich wieder 12 Wagenladungen Rinde nach Spanien und viele Kühe und Minder nach anderen Ländern exportiert hat. — Die Stadt London hat im Jahre 1911 nicht weniger als 419 000 Tonnen Fleisch (die Tonne a 2000 Pfund) von auswärts bezogen, während innerhalb dieser Stadt 68 000 Kühe und 378 000 Schafe geschlachtet wurden. Hierzu kamen noch 174 000 Tonnen Fleisch. Den Spieß dirigiert London aus Holland, die Eier von Dänemark und ist dort von keiner Viehseuche die Rede. Nur in Deutschland wird der Preis des Fleisches von den agrarischen Nachhabern in der bekanntesten Weise hochgehalten, und trotz aller Sperrmaßnahmen stirbt bei uns die Maul- und Klauenseuche nicht aus.

### Ueber den Ruffland auf Ponape.

der vier deutschen Beamten das Leben kostete und zu einer Strafexpedition führte, die mit der Verhinderung des ganzen Stammes Taloj und der Erschießung von 17 Eingeborenen endete, veröffentlicht das Reichsministerium jetzt eine eingehende Darstellung. Geh. Rat Frey war der Vorgänger des ermordeten Bezirkschefs Woeder. Die Ursachen entstanden nach der Aufhebung des Lehenssystems (die deutsche Verwaltung mußte dort, im Stillen Ozean, eine das Land verwahrlosende Junkerherrschaft beseitigen), weil

man die den Taloj gegebenen Zusagen nicht einhielt. Es kamen nämlich Kolonialbeamte hin, die nur afrikanische Verhältnisse kannten und die glaubten, die Inselaner auf Kaperat behandeln zu müssen. Weiter gibt über Frey den Kapuzinermissionaren die Hauptursache, die die Eingeborenen religiös zersplitterten und bis zum Glaubenskrieg fanatisierten.

## Frankreich.

### Die Marokkfrage.

Paris, 4. Januar. Eine ansehnlich offiziöse Note des „Matin“ bestätigt, daß die französisch-spanischen Verhandlungen gegenwärtig eine kritische Phase durchmachen. Die Aeußerungen einzelner Redner in der Debatte über das deutsch-französische Abkommen hätten in Madrid vielleicht den Glauben erweckt, daß die Verhandlungen französischerseits mit einer gewissen Schlappheit geführt werden würden, obgleich die französische Regierung betont habe, daß die Freundschaft für Spanien der Festigkeit ihres Standpunktes in keiner Weise Eintrag tun könne. Offenbar werde Spanien einsehen, daß Frankreich sich nicht in Verhandlungen einlassen könne, bei denen einige seiner berechtigten Interessen und Ansprüche geopfert würden. Zweifellos würde sich in Madrid der Einfluß der mit Frankreich und Spanien befreundeten Großmacht belästigen, um eine Verständigung herbeizuführen. Dasselbe Blatt erklärt in einer aus London datierten Meldung, daß die Langsamkeit der zu drück in Madrid geführten Verhandlungen in den französischfreundlichen diplomatischen Kreisen peinliches Versehen erregen. Man findet es unbegreiflich, daß England seinen allmächtigen Einfluß nicht geltend mache, um die Madrider Regierung zu einer vernünftigeren und gerechteren Auffassung zu bewegen. England müsse doch einsehen, daß Frankreich die unangenehme Haltung Spaniens unmöglich zulassen könne.

Dem „Echo de Paris“ wird aus Tanger gemeldet, daß die Riffstämme entschlossen seien, die Gelbarbeit vollständig im Stich zu lassen und das ganze Jahr dem Kampf gegen die Spanier zu widmen.

## England.

### Die deutsch-englischen Beziehungen.

London, 4. Januar. „Daily Telegraph“ schreibt: Wenn wir nicht sehr irren, besteht ein wirklicher oder Wunsch, daß bald die Gelegenheit komme, wo unser Ansehen und Amt nicht nur mit Worten, sondern auch durch die Tat zeigen kann, daß die Rede Gresham vom 27. November keine salbungsvollen Phrasen sind, sondern der Meinung und Absicht der Regierung entsprechen. Das Blatt erinnert an die Ausführungen Gresham, daß es für England eine weise Politik sei, sich möglichst wenig weiter auszudehnen, namentlich in Afrika, und daß, wenn Deutschland mit anderen Ländern in freundschaftliche Vereinbarungen über Afrika eintreten wolle, England ihm nicht im Wege stehen werde. Das Blatt schreibt weiter: Dies wären wohlüberlegte Erklärungen, aber in der Spannung des Augenblicks erhielten sie kaum die verdiente Aufmerksamkeit, weder in England noch in Deutschland. Wir erinnern jetzt daran, weil wir glauben, daß sie wichtiger sind als lebenswürdige Gemeinplätze über guten Willen und gegenseitige Achtung, und daß sie den Tatsachen absolut entsprechen.

## Rußland.

### Verhaftungen in Petersburg.

Petersburg, 4. Januar. Wie die „Nowoje Wremja“ meldet, haben hier massenweise Hausdurchsuchungen stattgefunden, wobei zahlreiche Studierende, Arbeiter sowie Angehörige der freien Berufe verhaftet worden sind.

## Türkei.

### Eine türmische Sitzung.

Konstantinopel, 4. Januar. Die gestrige Sitzung der Deputiertenkammer wurde um 4 Uhr nachmittags eröffnet. Das neue Kabinett und alle Parteien waren anwesend. Der Großwesir verlas die Regierungserklärung, der zufolge das neue Kabinett nachdrücklich auf der Dringlichkeit der Abänderungen des Artikels 35 besteht. In allen konstitutionellen Ländern sei das Recht der Auflösung ein Grundrecht des Staatsoberhauptes. Es wäre sonderbar, dem Sultan, dem Herrscher über so viele Millionen, dieses Recht verweigern zu wollen. (Lärm bei der Opposition.)

Der Großwesir forderte in lebhafter Erregung die Annahme der Hausordnung gegen Lutfi Piskri, wofür sich jedoch keine Majorität fand. Der Großwesir fuhr nach diesem Zwischenfall in seiner Rede fort und wies auf die Notwendigkeit hin, den Artikel 35 zu ändern, um der unhaltbaren Situation ein Ende zu machen.

Die oppositionellen Redner wandten ein, es bestehe kein Grund anzunehmen, daß der Vorschlag der Regierung abgelehnt sei. Die Verlesung bestimmte klar, daß ein Vorschlag zweimal abgelehnt sein müsse, ehe das Kabinett zum Rücktritt gezwungen sei. Während die Kammer selbst keine Sitzung abhalten könne, müßte der Senat aufgefordert werden, sich darüber auszusprechen, ob ein Konflikt zwischen Kabinett und Senat mer bestehe. Ein oppositioneller Abgeordneter erklärte, die Regierung wolle einen Staatsstreich in gesetzlicher Form ausführen.

Im weiteren Verlauf der Debatte ergriff der Großwesir mehrmals das Wort und versicherte, daß die Regierung nicht die Absicht hat, die Kammer aufzulösen. Die Regierung bestreite auf den vorgeschlagenen Abänderungen, weil das Wohl des Vaterlandes davon abhängt. Der Vorschlag, daß der Senat befragt werden solle, ob ein Konflikt bestehe, wurde von den jungtürkischen Rednern belächelt, da dies ein neues Obstruktionsmittel sei, während das Land das Bedürfnis nach einer schnellen Lösung habe. Der jungtürkische Führer Schid stellte den Antrag, die Kammer möge durch namentliche Abstimmung den sofortigen Beginn der Debatte über die Abänderung des Artikels 35 beschließen, worauf von der Opposition förmlich beantragt wurde, daß der Senat zu befragen sei, ob ein Konflikt bestehe. Es kam zu einer lebhaften Debatte über die Priorität der beiden Anträge, in der der Großwesir sich für den jungtürkischen Antrag erklärte.

Unter unbeschreiblichem Lärm und Tumult mit Protestrufen der Opposition wollte der Präsident den Antrag Schid zur Abstimmung bringen. Lutfi Piskri beantragte, darüber abzustimmen, welchem von beiden Anträgen die Priorität zuzukommen; inzwischen hatten aber die Jungtürken bereits mit der Abstimmung über den Antrag Schid begonnen, was die Opposition veranlaßte, den Sitzungssoal mit lauemendem Protest gegen die Verletzung der Geschäftsordnung zu verlassen. Zwischen dem unabhängigen Deputierten Ferid und dem früheren Minister Talaat Bey, der Ferid einen Lügner genannt hatte, kam es zu einem erregten Zwischenfall. Ferid schrie lebhaft, lebhaft gestikulierend, zu Talaat sei ein Ehrloser und feiger Verräter und schickte sich an, nach ihm zu werfen. Mit großer Wut wurde Ferid von seinen Freunden emporgehoben. Ein drassidischer Deputierter schrie in die Kammer: Jungtürken, Ihr ruiniert das Land! Der Antrag Schid wurde schließlich mit 103 gegen 2 Stimmen angenommen, der Oppositionsentscheid mit 100 gegen 80 Stimmen abgelehnt. Die Debatte wird heute fortgesetzt werden.

# Die Frauen und die Reichstagswahl.

Nicht weniger als 26 bis auf den letzten Platz besuchte Versammlungen in Berlin und dem Kreis Zeltow-Beeskow beschäftigten sich am gestrigen Tage mit dem Thema: Die Frauen und die Reichstagswahl. Das große Interesse, das die Frauen gerade der diesmaligen Reichstagswahl entgegenbringen, hatte der sozialdemokratischen Partei Veranlassung gegeben, diese große Zahl von Versammlungen speziell für die Frauen einzuberufen. Auch die Auswahl der zu den Erscheinenden Sprechenden stempelte die Versammlungen zu speziellen Frauenveranstaltungen. Die Zahl der vorgeführten Rednerinnen übertraf nämlich die der männlichen Referenten. Nicht weniger als 14 Frauen waren als Rednerinnen vorgeführt. Es sprachen die Genossinnen Gertrud David, Martha Demming, Anna Diez, Agnes Fahrenwald, Marie Greifenberg, Gertrud Hanna, Martha Hoppe, Wilhelmine Kähler, Berta Lungwitz, Anna Raschke, Klara Wehl, Frida Wulff, Mathilde Wurm und Luise Zieg. Als Referenten waren vorgeführt die Genossen A. Nische, R. Barth, Otto Braun, Otto Büchner, Däumig, Paul Dupont, Otto Handke, Paul Kirchner, Hugo Voegbold, Dr. Silberstein, Otto Sillier und Georg Udo.

Der erste, zweite, dritte und fünfte Kreis hatten je eine Versammlung einberufen, der vierte deren 5, der sechste 8 und Zeltow-Beeskow gar 9. Die Säle waren durch die Pant zum Brechen gefüllt. In einer Anzahl von Versammlungen mußten Tische und Stühle entfernt werden, in mehreren von ihnen wurden sogar die Männer aufgefordert, den Saal nach Möglichkeit zu räumen, um den erschienenen Frauen die Plätze zu überlassen. In der Mehrzahl der Versammlungen überragten freilich wider Erwarten die Männer, und zwar teilweise in erheblichem Maße. Das ist um so verwunderlicher, als vor Beginn der Versammlungen schönes, trockenes

Wetter herrschte, ganz geeignet, den Frauen den Besuch zu erleichtern.

Die große Zahl der Erschienenen lautete dann freilich mit um so gespannterer Aufmerksamkeit den Ausführungen der Rednerinnen und Redner. Die Wirtschaftspolitik, die da geäußert wurde, hat ja namentlich die Frauen hart mitbetroffen. Manche mochte zum ersten Male erfahren, welche ungeheure Verteuerung der einzelnen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände durch Zölle und Steuern herbeigeführt wird und welchen Millionenanteil an indirekten Steuern gerade das arbeitende Volk zu tragen hat. Vielfach wurden auch die jüngsten Tagesereignisse zur Illustration der durch die agrarische Politik herbeigeführten Zustände herangezogen und der Massenmord im Berliner Obdach sehr richtig ebenfalls auf das Konto unserer Junker geschrieben, deren Zollpolitik Glend schafft und deren Schnapsverteuerungspolitik in einem habgierigen Menschen die verbrecherische Idee reifen ließ, das langsam wirkende Gift des reinen Alkohols durch ein schnell tödendes, aber billigeres Gift zu ersetzen. Auch der Freisinn, den wir ja hier in Berlin leider allzu gut kennen gelernt haben, fand verdiente Kritik, namentlich seine sozialpolitische Unfruchtbarkeit.

Die Stimmung in den Versammlungen, die nirgends durch irgendeinen Mißklang gestört wurden, war überall eine siegesgewisse und gehobene. Vielfach wurden die Referenten und Referentinnen von Beifall unterbrochen und ernteten auch am Schluß stürmischen Applaus.

Die Polizei war nirgends erschienen oder sie hielt sich diskret zurück, so daß auch nach Schluß der Versammlungen keine unliebsamen Zwischenfälle vorkamen und die gut 25 000 Versammlungsteilnehmer und Teilnehmerinnen ungehindert und befriedigt ihr Heim aufsuchen konnten.

## Kommunales.

### Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten, die erste im neuen Jahre, erhielt eine besondere Bedeutung durch die Einführung der bei den Kommunalwahlen im November wieder- oder neugewählten Stadtverordneten. Zugleich stand sie unter dem tiefen Eindruck des schreckenerregenden Massensterbens im Obdach, das in der vorigen Woche alle Gemüter bewegt hatte. Zwei dringliche Anfragen, eine der sozialdemokratischen Fraktion und eine der „Alten Linken“ samt der „Neuen Linken“, forderten vom Magistrat Auskunft über jene entscheidlichen Vorkommnisse, über die Ursachen und über die von der Stadtverwaltung getroffenen Maßnahmen. Aber noch ehe die Anfragen zur Verhandlung kamen, ging Oberbürgermeister Kirchner sogleich in der Begrüßungsrede, mit der er die Stadtverordneten in ihr Amt einführte, auf die traurige Angelegenheit ein. Herr Kirchner wies hin auf die Teilnahme, die in allen Kreisen der Bevölkerung sich gezeigt habe. Und mit Anerkennung gedachte er der Tätigkeit, die das gesamte Obdachpersonal in den Schreckenstagen geleistet habe. Auch der Stadtverordnetenvorsteher Michélet ging noch mit einigen Worten auf jenes Massensterben ein. Aufsehen erregte er durch denjenigen Teil seiner Begrüßungsansprache, der sich auf die Einführung der Stadtverordneten bezog. Er sprach davon, daß bei den Wahlen die Bevölkerung „zu Gericht geissen“ habe. Als hier ein beistimmender Zuruf aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion ihn unterbrach, lächelte ihm einzuleuchten, daß er mit jener ungewollt offenerzigen Äußerung sich schmerzlich den Dank der freisinnigen Mehrheit verdient haben würde. Hinterher suchte dann der Herr Vorsteher seine Sache wieder gutzumachen, indem er bemerkte, daß man mit dem Ergebnis der Wahlen „im großen und ganzen zufrieden sein“ könne. Für einen Willkommgruß, der den Neugewählten galt, war das eigentlich nicht sehr taktvoll. Aber es ist begreiflich, daß Herr Michélet und seine Freunde es nicht als ein Vergnügen empfinden, schon wieder ein paar Sozialdemokraten mehr an die Stelle hinausgewählter Freisinniger treten zu sehen. Für die sozialdemokratische Fraktion, die noch im alten Jahr den in einer Ersatzwahl gewählten Genossen Wolderski als Zuwachs erhalten hatte, erhöht sich durch die Einführung der in den Ergänzungswahlen gewählten Genossen Brückner, Dreißler, Fröhlich, Meyer die Mitgliederzahl auf 43.

Bei der Wahl des Vorstandes, die dann folgte, erneuerte die sozialdemokratische Fraktion ihren Anspruch auf das Amt des Vorsitzenden-Stellvertreters, das — wie Genosse Bruns kurz ausführte — nach ihrer Fraktionsstärke ihr zukommt. Aber die freisinnige Mehrheit ließ, wie bisher, Macht vor Recht gehen und belegte nach wie vor auch das Amt des Stellvertreters mit einem von ihren eigenen Reuten. Wiedergewählt wurden Herr Michélet zum Vorsitzenden und Herr Cassel zum Stellvertreter. Erst bei der Wahl der Beisitzer ließen die Freisinnigen, wie schon im vorigen Jahr, sich dazu bereit finden, in den Vorstand einen Sozialdemokraten — unseren Genossen Bruns — hineinzunehmen. Ueber die Beisitzer-Stellvertreter soll in der nächsten Sitzung entschieden werden.

Nach Erledigung mehrerer Formalitäten, über die alljährlich in der ersten Sitzung beizulassen wird und zu denen auch das von den Freisinnigen mit Begeisterung exekutierte Kaiserhoch gehörte, wurde sogleich in die Besprechung der Anfragen über das Massensterben im Obdach eingetreten. Zwischen der Auffassung der Freisinnigen und derjenigen unserer Genossen bestand infolgedessen ein Unterschied, als die Freisinnigen am Obdach nichts auszuweisen fanden, während die sozialdemokratische Fraktion darauf hinwies, daß die entsetzliche Ueberfüllung des Obdachs einmal bei dem Ausbruch einer Epidemie zu einer schrecklichen Katastrophe führen kann. Das Lob, das Genosse Bucht der Obdachverwaltung und dem Obdachpersonal spendete, wurde von den Freisinnigen mit Beifall begleitet. Was er aber über die Ueberfüllung des Obdachs und über die Notwendigkeit einer Erweiterung sagte, lang den Freisinnigen weniger angenehm und rief ihren Widerspruch hervor. Nach den Erklärungen des Stadtrats Jacoby hielt Herr Cassel es noch für nötig, unsere Genossen anzukräfteln. Auch Oberbürgermeister Kirchner machte in der Entrüstung, als Genosse Jadel die Mißhandlung der Rede Buchts zurückwies und vom Standpunkt des Arztes aus die ganze Angelegenheit beleuchtete, erhob auch nach Stadtrat Straßmann sich zur Verteidigung des Magistrats. Die

Besprechung endete, ohne daß man etwas endgültig Sicheres über die Ursachen des Massensterbens erfuhr. Vorläufig wissen die Sachverständigen selber noch nichts Sicheres.

Aus der ganzen übrigen Tagesordnung, die dann rasch erledigt wurde, wollen wir hervorheben den Beschluß über den sozialdemokratischen Antrag, der eine Änderung der Gemeindesteuern zugunsten der Minderbemittelten anstrebte. Der Ausschuß hatte den Antrag abgelehnt, und das Plenum beschloß gestern gleichfalls Ablehnung. Zur Begründung des von der Fraktion erneut eingebrachten Antrages hob Genosse Leid unter anderem hervor, daß hier wieder einmal die Sozialdemokratie eine Forderung hat aufzunehmen müssen, die von dem Liberalismus preisgegeben worden ist. Von freisinniger Seite sprach nur Herr Cassel, der kurz erklärte, er verzichte auf nochmaligen Vortrag der Ablehnungsgründe seiner Leute. Herr Cassel verkniff sich seine Rede gewiß nicht gern. Aber er hatte keine Zeit, weil er in einer Wählerversammlung erwartet wurde, wo er zur Empfehlung eines liberalen Durchfallskandidaten seinen Zuhörern erzählen mußte, wie eifrig der Liberalismus — „für die Minderbemittelten“ eintritt.

## Aus Industrie und Handel.

### Vor und nach dem neuen Zolltarif.

Durch Gesämpfe auf die Sozialdemokratie, chauvinistische Feße und unwahre Angaben über die Preise möchte die ultramontane-konservative Brotwucherpresse der Wähler Aufmerksamkeit von der sich fortgesetzt verschärfenden Teuerung ablenken und sie ablenken. Die nachfolgende Zusammenstellung beweist die Verteuerung seit dem Inkraftwerden der neuen Zölle in ganz unzweideutiger Weise. Es ist hier der Durchschnittspreis der letzten sechs Jahre vor dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge und der fünf Jahre nachher, und zwar nach den November-Notierungen in Berlin ermittelt worden. Danach kostete:

	Durchschnitt der Jahre 1901/08	1907/11	Steigerung in Proz.
Roggenbrot 1 Klogr. Pf. . . . .	25.19	29.74	18,—
Weizenbrot 1 . . . . .	42.33	51.37	21,4
Roggen 1 D.-S. M. . . . .	146,02	176,20	20,6
Weizen 1 . . . . .	186,24	210,97	25,4

Die Wrotpreise werden vom Statistischen Amt nach Stichproben aus 40 Geschäften festgestellt. Es war also der Preis im Durchschnitt der letzten fünf Jahre für Roggenbrot um 18 Proz., für Weizenbrot um 21,4 Proz. höher als wie im Durchschnitt der sechs vorausgegangenen Jahre. Die Löhne der Arbeiter sind, wenn überhaupt, nicht annähernd so stark gestiegen. Da die Wrotpreise weniger stark hinaufgingen als wie die Getreidepreise, diese wieder mehr nach oben tendieren, wird auch mit weiterem Steigen der Wrotpreise zu rechnen sein. Trotzdem: die skandalöse Ausbeute bleibt bestehen und erlaubt den Junkern noch tollere Preistreiberi.

### Der Kapitalismus in der Kinobranche.

Die Kinematographie hat in wenigen Jahren eine so glänzende Entwicklung durchlaufen, daß der Großkapitalismus immer mehr seine Aufmerksamkeit auf diese Branche richtet. In dieser Hinsicht bieten die Aufwendungen für die großen, mit allem Komfort der Neuzeit eingerichteten Kinosäle schon einen Fingerzeig. Auch in den Filmbüros und Vorführungsapparate-Fabriken macht sich der Kapitalismus mehr und mehr bemerkbar. Neuerdings mehren sich aber die Anzeichen, daß eine großkapitalistische Gründung das gesamte Filmgeschäft Deutschlands zentralisieren und damit monopolisieren will. Als vor einem halben Jahre diese Bestrebungen zuerst auftraten, riefen sie in allen Kreisen der Kinobranche eine große Beunruhigung hervor. Die damals genannten Gründer zogen sich infolgedessen — wenigstens für die Öffentlichkeit — teils zurück, teils wurden alle Monopolisierungstendenzen in Abrede gestellt.

Kunzwe ist eine große Aktiengesellschaft mit 5 000 000 M. Kapital in der Gründung begriffen, die das Filmgeschäft „auf gesunder finanzieller Basis und sachgemäß organisieren“ will. Jede Tendenz der Monopolisierung wird von dieser Aktiengesellschaft entschieden in Abrede gestellt. — weil das vorläufig den Bestrebungen des Unternehmens schädlich sein würde. Als Hintermänner dieser großkapitalistischen Organisation in der Kinobranche kommen wieder die Herren v. Schaaf und der bekannte national-liberale Herr Geheimrat Paasche in Betracht. Das vor einem halben Jahre die Fachpresse in der Kinobranche den Gründern das Geschäft verdröben, so ist es jetzt äußerst interessant, die Mittel und Wege kennen zu lernen, durch die sich hier der Kapitalismus jetzt diese Störungen vom Halse zu schaffen sucht.

Die in der Gründung begriffene Filmindustrie-Aktiengesellschaft hat nämlich der Fachpresse — natürlich „vertraulich“ — das Angebot gemacht, auf drei Jahre jährlich pro Zeitschrift rund 10 000 M. Inserate zu geben. Allerdings stellt das neue Unternehmen dafür den Fachblättern die Bedingung, daß sie sich jeder Tätigkeit enthalten müssen, die geeignet wäre, das neue Unternehmen zu fördern! Bei einem Teil der Adressen dieser Branche kann man denn auch schon die Wirkung der in Aus-

sticht gestellten „Subvention“ — wie die große Inseratengewinnung von den Leitern der großkapitalistischen Gründung selbst bezeichnet wird! — verspüren. Es wird nämlich ein wahrer Wertung aufgeführt, um den trotzdem mißtrauisch gemordenen Kinosälebesitzer nachzuweisen, daß das neue Unternehmen nicht nur keine Monopolbestrebungen habe, sondern daß es selbst „Monopolbestrebungen irgend welcher Art im eigenen Interesse auf das schärfste bekämpfen“ muß. Da aber das Großunternehmen selbst die Subvention nur auf drei Jahre für die Fachpresse bemessen hat, so lautet es jedem kritischen Kenner der hier in Betracht kommenden Verhältnisse ein: die neue Aktiengesellschaft ist selbst überzeugt, daß sie in längstens drei Jahren den deutschen Filmmarkt vollkommen beherrschen wird. Ob nun von einer „Zentralisation“ oder von einer „Monopolisierung“ des Filmmarktes gesprochen wird, das ändert an der kapitalistischen Entwicklung dieses neuen Gewerbezweiges gar nichts.

Die Vereinigten Staaten und die Meißbegünstigung. Das Schahamt in Washington lehnt die Forderung Deutschlands und vier anderer europäischer Staaten wegen Zulassung der zollfreien Einfuhr von Druckpapier und Holzbrei auf Grund der Meißbegünstigungsklausel ab. Sie rät den interessierten Verschiffern jedoch an, die Entscheidung des Zollgerichtsapellhofes anzurufen. Dies wird nur als politischer Schachzug angesehen behufs Abmilderung der Verantwortlichkeit für den durch das in Aussicht genommene Abkommen mit Kanada auf Grund der Meißbegünstigung tatsächlich begründeten Freihandel auf Druckpapier und Holzbrei. Es wird allgemein angenommen, der Gerichtshof werde in günstigem Sinne für die Zollfreiheit entscheiden, anderenfalls wird ein Zollkrieg mit den interessierten Ländern befürchtet.

## Gerichts-Zeitung.

### Schutz dem Koalitionsrecht!

Vor dem Schöffengericht Dresden spielte sich dieser Tage ein interessanter Prozeß wegen angeblichen Koalitionsübergangs ab. Die Schokoladenarbeiterin Fischer sollte eine Arbeitswilige beleidigt haben, indem sie bei einer Begegnung zu ihren Kolleginnen in bezug auf die Arbeitswilige sagte: „Zeit kommt die mit dem Holzbein.“ Vor der Verhandlung wurden die beiden Kolleginnen aber wieder einig und schlossen einen Vergleich. Die Angeklagte büßte freiwillig die unbedachte Äußerung mit 10 M. für einen wohlthätigen Zweck und übernahm die Kosten. Vor Eintritt in die Verhandlung gaben die Beteiligten dem Gericht die Tatsache des Vergleichs und die Rücknahme des Strafantrages bekannt. Dem Gericht wäre nun eigentlich nichts weiter übrig geblieben, als das Verfahren einzustellen. Amtsrichter Königshaus war aber mit dieser Wendung der Sache nicht zufrieden. Er erklärte, das Verfahren nicht einstellen zu wollen; er wolle vielmehr noch einmal prüfen, ob nicht doch (im Gegensatz zu der Ansicht der Eröffnungsammer) ein Vergehen nach § 153 der Gewerbeordnung vorliege. Die Angeklagte bestritt die Äußerung, gab aber eine ähnliche zu, die jedoch mit dem Streik ebenso wenig zu tun hatte, wie die ihr zur Last gelegte. In der Verhandlung bekundete zudem noch eine unbeteiligte Zeugin, daß nach ihrer Auffassung die Angeklagte mit der Äußerung durchaus nicht beabsichtigte, die Beleidigte zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen; es wäre lediglich eine Kränkung beabsichtigt gewesen. Der Amtsanwalt sah sich infolgedessen auch veranlaßt, von der Stellung eines Antrages auf Verurteilung abzusehen. Trotz alledem verurteilte das Gericht das Mädchen wegen Vergehens nach § 153 der Gewerbeordnung zu zwei Wochen Gefängnis!

### Vom Mannheimer Hoftheater.

Wie die „Bühnengenossen“-Korrespondenz“ erzählt, hat der jetzige Präsident des Allgemeinen Deutschen Hofsängerbundes, Theodor Starke, in einem Rechtsstreit mit dem Großherzoglichen Hoftheater in Mannheim ein obliegendes Urteil erzielt. Starke war 28 Jahre am Mannheimer Hoftheater angestellt, schied dann freiwillig aus dem Engagement, um seiner Nebenstellung als Verbandsvorstand besser vorstehen zu können, und gab die Jahressumme 5 Jahre seine Beiträge in die Pensionskasse weiter. Er wies dann seine Berufsunfähigkeit nach und wurde am 10. Februar 1910, nachdem er ein ganzes Jahr auf Beschäftigung warten mußte, mit 1103,11 M. jährlich pensioniert. Die Auszahlung der Pension wurde ihm aber verweigert, weil er durch die Nebenstellung mehr als 519,60 M. verdient; diese Verdiensthöhe setzte der Verwaltungsrat der Pensionskasse für St. fest. Eine Beschwerde St.'s beim Ministerium des Großherzoglichen Hauses als Aufsichtsbehörde der Kasse hatte keinen Erfolg. Das Landgericht hat nunmehr in der Sache nachstehendes Urteil erlassen: „Die Besagte wird verurteilt, an den Kläger für die Zeit vom 10. Februar 1910 bis 1. Februar 1911 533,56 M. netto 4 Proz. Zinsen hieraus seit 3. Februar und vom 1. März 1911 bis zum 1. September 1914 jeweils am Monatsersten monatlich 45,73 M. und 4 Proz. Zinsen vom Fälligkeitstage zu zahlen. Die Kosten werden gegeneinander aufgehoben.“

Warum mußte dieser Prozeß erst geführt werden? Es handelt sich doch um ein altes Mitglied, das dem Theater nahezu drei Jahrzehnte Dienste geleistet hatte und für seine Verdienste mehrfach dekoriert worden war. Daß es eine Unmöglichkeit ist, eine große Familie mit 1600 M. in einer Stadt wie Mannheim handlungsgemäß zu ernähren, hätte die Intendantur auch ohne Prozeßführung einsehen sollen.

### Gewerkschaftliches siehe 1. Beilage.

## Letzte Nachrichten.

### Fortschrittliche Unanständigkeit.

Frankfurt a. M. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der Präsidentschaftswahl in der Stadtverordnetenversammlung verweigerten die Fortschrittler unseren Parteigenossen, die die zweitstärkste Fraktion bilden, den zweiten Vorsitzenden. Es geschah dies aus wahltaktischen Rücksichten auf die Nationalliberalen. Gewählt wurde ein Nationalliberaler. Die Berliner Freisinnigen haben es ebenso gemacht, siehe Stadtverordnetenbericht.

### Krieg im Frieden.

Paris, 4. Januar. (S. W.) An Bord des Panzerschiffes „Gandace“ ereignete sich ein schwerer Unfall. Die Ankerkette des Schiffes riß und der stürzende Anker erschlug im Pforten einem Unteroffizier ein Bein. Zwei andere Matrosen wurden schwer verletzt.

### Eisenbahnerlos.

Beuthen (Oberschlesien), 4. Januar. (Antliche Meldung.) Gestern abend 8 Uhr 45 Minuten fand auf Bahnhof Frieden s. Hütte vermutlich infolge Verlassens der Bremsvorrichtung und begünstigt von dem starken Sturm elf beladene Wagen nach Antonienhütte entlaufen, prallten dort auf zwei beladene, auf dem Grubengleis des Hohenborn-Schachtes stehende Wagen und kamen in der am Ende des Gütergleises liegenden Schiebebühne zur Entgleisung. Hierbei zertrümmerten sieben Wagen vollständig. Der Bremser Bogal aus Oleisitz, der sich durch Abwringen von einem der entlaufenen Wagen zu retten versuchte, ist hierbei auf dem Bahnhof Antonienhütte überfahren und getötet worden.

Aus der Geschäftspraxis des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Zur Charakteristik des Reichsverbandes und des Menschenmaterials, dessen er sich zu seinem „nationalen“ Kampf für die sogenannten „heiligsten Güter“ des deutschen Volkes bedient...

Berandstelle der Schriften des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Franz Harnsen.

Hamburg 3, den 26. Juni 1911.

Elternstraße 6.

Mitteilung an Herrn Fr. Geher, Hagen/W.

Ihr Schreiben vom 25. cr. habe empfangen und sende Ihnen heute 25 M., da nicht mehr entbehren kann. ... Was haben Sie mir fortgesetzt mit Ihrer Birnin? Kaum ein Schreiben erhalte ich, in welchem Sie nicht von Wohnungsnot reden. ... Mit der Ihnen überlieferten Kasse läßt sich doch schon wirklich einiges machen!!!

Hamburg, 4. Juli 1911.

Herrn Fritz Geher, Köln.

Am 24. Juni sandte ich Ihnen Aufrechnung, welche mit Auftrag Wehlersberg, Rirschbaum u. Co. abschloß. ... Sie wissen, daß in Köln Geheimrat Borster und die Firma Clouth Köln-Rippes (beide im Vorstande des Verbandes) uns unsere Arbeit unterminierten, doch halte ich es für ausgeschlossen, daß an andere Arbeitgeberverbände von Berlin aus geschrieben worden ist.

Hochachtungsvoll F. Harnsen.

Hamburg, 6. Juli 1911.

Herrn Fritz Geher, Köln a/Rh.

Ihre Zuschrift vom 5. d. M. habe ich erhalten, und Ihren neuen Auftrag Kortenbach u. Rauh M. 200,- verbucht. Ich kann unmöglich Ihnen schon heute weitere M. 20,- übersenden, und muß abwarten, was Sie weiter erreichen. Meine Schuld ist es nicht, wenn Sie nicht regelmäßig arbeiten und wollen Sie nicht meinem, sondern Ihrem System hierin die Schuld geben. ...

Herr S. arbeitet in Hamburg in der neuen Sache und sende ich Ihnen zur Orientierung per Drucksache die Neumannsche Broschüre, (allen Anschein nach die Broschüre von Dr. Stephan Neumann, dem Leiter der „Nationalliberalen Korrespondenz“ D. Red.) sowie die von Eugen Richter, welche ich hauptsächlich zum Versand bringe. Ich habe außer diesen noch einige andere Broschüren in Aussicht genommen und bin überzeugt, daß diese Sachen mehr ansprechen wie die Reichsverbandsschriften. ...

Hochachtungsvoll F. Harnsen.

Hamburg, 11. Juli 1911.

Herrn Fritz Geher, Köln a. Rhein.

Ihre Zuschrift vom 10. d. Mts. habe ich erhalten, und es ist ganz unmöglich, Ihren Vorschlagsansprüche zu genehmigen. ... Wegen der Verzeichnisse wollen Sie sich bitte an Herrn Hier, Geschäftsführer des Industriellen-Vereins, Arbeitgeberverband und des Vereins Deutscher Maschinenfabriken wenden. ...

Hochachtungsvoll F. Harnsen.

Hamburg 3, 12. Juli 1911.

Herrn Fritz Geher, Köln a. Rh.

... Eine Empfehlung der Nationalliberalen Partei meines Erachtens ja nur in Kreisen dieser Partei Wert, die Zentrumsleute usw. sind mit dieser Empfehlung wohl nicht einverstanden. ...

gleichzeitig per Drucksache folgen, übermitteln? Erwähnen Sie bei Ihrer Offerte, daß wir die Neumannsche Schrift mit 1 M. berechnen (1,20 M. steht im Prospekt) und daß wir Porto und sämtliche sonstige Spesen tragen. ...

Ihre Provision bleibt dieselbe wie in der Reichsverbandssache. Sie teilen mir nicht mit, wo Sie Ihr ganzes Material „bund“ gelassen haben, da Sie vielleicht doch diese nebenher mit führen können. ...

In Erwartung Ihrer weiteren Verichte zeichne ich Hochachtungsvoll F. Harnsen.

Hamburg 3, 18. Juli 1911.

Herrn Fritz Geher, Köln-Rhein.

... Aus der Ihnen zugegangenen Aufstellung müssen Sie ersehen haben, daß von dem Regierungspräsidenten in Köln Exemplare bezogen worden sind, und wird es nicht schwer halten, von diesem eine Empfehlung zu erlangen. ...

Herdt hat mich ebenfalls in die schneidendsten Unannehmlichkeiten versetzt und von allen Seiten habe ich nur Unannehmlichkeiten, so daß ich mir selbst nicht mehr zu helfen weiß. ...

Hochachtungsvoll F. Harnsen.

Hamburg, 14. Juli 1911.

Herrn Fritz Geher, Köln/Rhein.

... Sie schreiben, daß Ihre Bekanntheit für sich selbst sorgt, und muß ich Ihnen dann gestehen, daß Sie mit Ihrem Gelde trotz der schweren Zeit nicht hausälterlich gewirtschaftet haben. ...

Hochachtungsvoll F. Harnsen.

Mit der Behauptung, daß die „Bekanntheit“ (eine Kellnerin) „für sich selber sorgt“, steht ein Brief Geher's an „Edith“ im Widerspruch, worin es heißt:

Leider sehe ich hier heute, wie ich nicht anders erwartet hatte, ohne Geld. Die Sache ist mir hauptsächlich Deinetwegen peinlich, doch hoffe ich, daß Du Dir so gut es ging, geholfen hast. Hoffentlich ist es morgen anders! Herzliche Grüße

von Deinem Fritz.

Interessant ist, daß zur selben Zeit, wo Geher diese „Bekanntheit“ von Ort zu Ort mitnahm, der Reichsverband in den bekannten mit Flugblättern gefüllten Kuberts auch eine Schmähschrift verbreitete, in der die Sozialdemokratie wegen ihrer Stellung zu Familie, Ehe und Liebe angegriffen und ihr nachgesagt wird, sie wolle alle Frauen zu Konkubinen erniedrigen.

an die Staatsanwaltschaft in Hamburg

Das Verhältnis zwischen Harnsen und Geher ist zweifellos eigenartiger Natur. Harnsen läßt sich von seinem Angestellten „ausbeuten“, „beschimpfen“, „treten“, das Leben verketten, schmutzig behandeln, Unverschämtheiten bieten, bedrohen usw. ...

gerichtet war. In dem Briefe war nur noch das Datum auszufüllen; er lag bereit für den Fall, daß Geher -- verhaftet würde. ...

Ebenso hatte Geher ein Schreiben an den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, z. B. des Herrn Dr. Bobenschen, Berlin SW. 11, Dessauer Straße 30, entworfen, welches Fräulein Edith im Falle seiner Verhaftung ins Reine schreiben und absenden sollte. ...

mit ihm machen könnte. Laut Verabredung sende ich Ihnen einliegend Material, das Herr G. im Falle einer Lässigkeit für Sie verwenden wollte. ...

Geher verdächtigt Harnsen dann, als habe dieser das Geld teilweise „zur Finanzierung eines anderen Unternehmens verwandt“.

Die von Geher bis auf das Datum fertiggestellte Anzeige lautet:

Köln, 1911.

An die Staatsanwaltschaft, Hamburg.

Unterzeichneter erstattet hiermit folgende Anzeige: Seitens der Firma Franz Harnsen, Hamburg 3, Elternstraße 6, wird seit Ende Juni d. J. im Hinblick auf die neuen Reichstagswahlen in folgender Weise auf Industrielle zur angeblichen Aufklärung über die Sozialdemokratie gewirkt.

Die Firma läßt durch mehrere Reisende Empfehlungen laut einl. Muster anfertigen; die Empfehlenden sind natürlich über den Zusammenhang getäuscht worden insofern, als der einzige Zweck, der enorme Verdienst von 50 Prozent für den Buchhändler, verschwiegen wird. ...

Ich habe für event. Fälle Gel. E. T. .... Köln, .... Straße Nr. ... beauftragt, diese Anzeige in meinem Namen abzusenden, und ersuche höflichst, die weiteren Schritte zu tun.

Für die Richtigkeit meiner Angaben komme ich auf und bitte gegebenenfalls um meine mündliche Vernehmung. Hochachtungsvoll Fritz Geher.

Meine Personalken sind (für den Fall ich meine Adresse inzwischen gewechselt haben sollte) Karl Herm. Fritz Geher, geboren 5. November 1879 zu Königsberg i. Pr. Meine jetzige Adresse ist Köln, .... Straße Nr. ...

Die Kopien, die Geher in seinen Mitteilungen an Dr. Bobenschen erwähnt, sehen wie folgt aus:

Empfehlungsschreiben des wirtschaftlichen Schutzverbandes Hamburg.

Hamburg, 19. Juni 1911.

Die Schrift des Dr. Fritz Stephan Neumann „Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin“ ist außerordentlich geeignet, Aufklärung über das Wesen der Sozialdemokratie zu geben, da sie an einer Anzahl praktischer Fälle den Widerspruch zwischen sozialdemokratischer Theorie und Praxis aufzeigt. ...

Die Hamburger Zentrale hat die Verbreitung der Schrift übernommen und beabsichtigt, sie direkt an die Arbeitnehmer im Couvert per Drucksache zu senden.

Wir können das Bestreben, eine solche Aufklärung zu verbreiten, durchaus unterstützen und empfehlen allen Arbeitgebern das Unternehmen zu fördern. Wirtschaftlicher Schutzverband. gez. Westphal.

Den obigen empfehlenden Ausführungen schließe ich mich vollinhaltlich an.

b. Reiskiw, Geschäftsführer des Arbeitgeber-Verbandes Hamburg-Altona und Unterelbe.

Copie.

Empfehlungsschreiben vom Hamburgischen Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Hamburg, 22. Juni 1911.

Wir können die Absicht der Hamburger Zentrale, die vortreffliche Broschüre des Dr. Neumann „Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin“ den Arbeitern unter Umflag als Drucksache zugehen zu lassen, nur auf das Wärmste begrüßen. ...

Hambg. Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. gez. M. Stahlbuch.

Nachstehende Vereine und Verbände haben durch besondere Rundschreiben die Verteilung der Broschüre: Dr. Neumann, „Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin“ empfohlen: Bund der Industriellen, Berlin; Zentralverband deutscher Industrieller, Berlin; Berg- und hüttenmännischer Verein, Bexlar; Textilveredelungsindustrie, Düsseldorf; Verband deutscher Ladfabrikanten, Berlin; Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, Düsseldorf; Verein zur Förderung der Verwendung des Holzschnellen-Oberbaues, Berlin; Verband deutscher Zentralheizungsindustrieller, Berlin; Verein der Industriellen Bommerns, Stettin; Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten, Düsseldorf; Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen des westfälischen Kalkement-

gewerbes, Recklinghausen; Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Im Anschluß hieran sei noch eine Empfehlung wiedergegeben, die Herdt den Industriellen bei seinen Geldsammlungen vorlegte:

Abdruck. Essen (Ruhr), den 3. Mai 1911. Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund. Essen/Ruhr. Streng vertraulich!

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie beabsichtigt demnächst die Agitation für die bevorstehenden Reichstagswahlen aufzunehmen.

Zu diesem Zwecke wird sich Herr Erich Herdt als Bevollmächtigter des Reichsverbandes erlauben, bei den unserem Verein angeschlossenen Zeilen vorstellig zu werden mit der Bitte um Unterstützung für die Bestrebungen des Reichsverbandes. Da wir diese nur voll und ganz billigen können, so bitten wir ergebenst, den Wünschen des Reichsverbandes soweit als möglich entgegenzukommen zu wollen.

Verein für die bergbaulichen Interessen. Für den Vorstand: gez. Lüthgen. Die Geschäftsführung: gez. v. Loewenstein.

## Der Krieg.

### Friedensausichten?

Saloniki, 4. Januar. Said Pascha richtete an alle Wali ein Rundschreiben, in dem es heißt, er hege die Überzeugung, daß binnen kurzem ein das Festliche und die Ehre des Reiches sichernde Friede mit Italien zum Abschluß gelangen werde. Said Pascha fordert die Wali auf, ihre Vermittlungen zu verdoppeln, damit im Innern des Landes wieder geordnete Zustände eintreten, und weist besonders darauf hin, daß die christliche Bevölkerung gerecht und mit dem Moslem gleichberechtigt zu behandeln sei.

Im Widerspruch mit dieser Friedenshoffnung Said Paschas steht aber eine Meldung der „Frankf. Zig.“ aus Saloniki, nach der der türkische Kriegsminister angeordnet hat, daß die neu eingetroffenen Küstenschuttorpedos im Hafen von Saloniki bei Kap Karaburu sofort eingeklinkt würden.

### Der italienische Sozialismus und der Krieg.

Da um Weihnachten herum die Schreihäse aus dem haubtnistischen Lager anstandslos ihren Kriegsenthusiasmus etwas ablegen mußten, und der Jahresabschluss auch sonst als der gegebene Augenblick für ruhige Rück- und Ausblicke gilt, hat die sozialistische Parteileitung Italiens diesen psychologischen Augenblick dazu benutzt, im ganzen Lande eine musterfällig redigierte, sechzehnjährige Flugzettel: „Gegen den Krieg“ zu verbreiten.

Da sich trotz aller offiziellen Kriegsheke und skandalösen Intoleranz gegen Andersdenkende in den letzten Wochen die Sehnsucht nach dem Frieden immer deutlicher verriet, und außer den direkt geschädigten Geschäftskreisen auch der letzte Familienvater in Form eines neuen Lebensmittelaufschlages die Folgen des Krieges wahrzunehmen glaubte, so wäre es wirklich ein Wunder, wenn innerhalb 14 Tagen nicht auch außerhalb unserer Partei die kriegsfeindliche Stimmung um sich griffe. Auf jeden Fall gebührt aber der Arbeiterpartei das Verdienst, 3 Monate lang, ohne jeden Beistand von bürgerlicher Seite, den gesunden Menschenverstand und — das Bewußtsein einer Nation verlorbert zu haben!

Wie leuchtender Klarheit und Logik wird von dem wertvollen Werklein zunächst mit den von den Heberpatrioten aller Länder so gern mißbrauchten Phrasen vom „Vaterland“ ausgeräumt. Wer ist das Vaterland? Die Wenigen, die dem Krieg schätzen oder die Vieles, die darunter leiden? ...

Soll das Vaterland nicht ein leeres Wort, sondern ein Faktum sein ... so darf sich der italienische Sozialismus eines ansehnlichen Stückes Arbeit dafür rühmen, während die Parteien, die es am liebsten im Munde führen, meist nur darauf ausgingen, die Mehrzahl seiner Söhne vom — Vaterland auszuschließen!

Nicht besser ergeht es den beliebten Phrasen von der nationalen Kraft und Energie, unter der die nationalstolze Presse implicite stets die militärische Stärke verstanden wissen will:

„Die militärische Macht ist nicht die wahre Stärke einer Nation, sondern meist geradezu ein Hemmschuh für ernstliche Fortschritte!“

„Woh! behauptet man, unsere militärische Stärke komme den auswandernden Arbeitern zugute, da sie ihrerfolge von den Arbeitern des Auslandes weniger verachtet und besser behandelt würden! Das ist ein enormer Irrtum! ... Wenn unsere Auswanderer im Auslande wenig Achtung genießen, so verdanken sie das ihren türkischen Mängeln — an Kultur, Sittsamkeit und Menschenwürde —, Mängel, die in den Augen der Welt durch ihre wirklichen Vorzüge nicht aufgewogen werden ... und die zugleich die Frucht und das Abzeichen der niedrigen italienischen Kultur und der sozialen Fürsorge unserer herrschenden Klassen sind. ...“

„Wir bekämpfen den Krieg wegen der Enrüstung, die er jedem Menschen einflößen muß, der nicht ein als moderner Europäer verkleideter Barbar oder einer jener Dummköpfe ist, die — aus der Ferne! — seine ästhetischen Reize bewundern und preisen!“

„Der Krieg ist heutzutage nicht nur eine Barbarei, sondern eine Absurdität! — Die Völker hassen einander nicht! — Nicht einmal die regierenden Massen verschiedener Völker, die ja auf geschäftlichem und finanziellen Gebiet nur zu gern internationale — und selbst antipatriotische — Handel miteinander abschließen!“

Besonderes Gewicht gehörte dazu, die beim italienischen Publikum so fest eingewurzelten Illusionen von „unermeßliche n Reichthümern“ der neuen Provinz und des Erfolges für die überseeische Auswanderung zumache zu machen. So selbstverständlich diese Feststellungen für den Nichtitaliener auch klingen mögen, so schwer fällt es dem alljährlich auswandernden Südländer, diesen von der offiziellen Presse sorgsam großgezogenen Traum eines „neuen Kaliforniens“ aufzugeben.

„Dieselb Land ist noch innerhalb der italienischen Grenzen für die Zivilisation zu gewinnen! Woju brauchen wir das Land der anderen, wenn bei uns selber noch so ungeheuer viel zu kolonisieren ist?“

„Nicht Italien will Tripolis, sondern die italienische Bourgeoisie, die sich natürlich wie immer mit dem Namen „Vaterland“ brüht! Es ist eine Illusion sondergleichen, zu glauben, daß in der Kolonie die unüberbrückbaren Klassengegensätze aufgehoben oder gemildert würden!“

„In Wahrheit hat der ganze patriotische Kriegstaukel hauptsächlich den Zweck, den Klassenlampen zu beschwichtigen und die Unzufriedenheit der bedrückten Volksklassen — abzulenken. Die Bourgeoisie ist kranke und legt die Märchen von leicht

zu erwerbenden Reichthümern in Umlauf, um uns über unsere wirkliche Lage hinwegzutäuschen ...“

„Neben unser Mitgefühl mit Menschen niedrigerer Klasse mag man lachen und spotten, wie man will: Wir sind stolz auf dieses Gefühl und freuen uns, wenn das Volk so empfindet! Denn nicht nur ein Gefühl erhabener Menschlichkeit kommt darin zum Ausdruck, sondern auch ein gewisser Solidaritätsinstinkt aller Unterdrückten in der Verteidigung gegen den Bedrucker, gerade wie sich in der ostentativen Gefühlslosigkeit der Bourgeoisie gegenüber den Greueln an der unterworfenen Masse — die Gewalttätigkeit der herrschenden Klasse verrät!“

„Der Proletarier im Soldatenrock, der unter dem Einflusse des Kriegstaukels und des geschürtten Rassenstolzes die Araber „Schmutzige Hunde“ nennt, vergißt, daß ihn zu Hause die herrschenden Klassen genau mit demselben Titel belegen — und entsprechend behandeln!“

„Nicht dem gemeinsamen Vaterlande, sondern dem ausländischen Kapital wird die Eroberung zugute kommen ... Wir erhalten den rein formalen Besitz eines Landes, das samt unsern Auswanderern dem französischen, englischen und deutschen Kapital in die Hände fallen wird!“

Nicht zu vergessen unter den unausbleiblichen Folgen des Krieges ist die Reaktion (der „Avanti“) warnte davor, schon ehe sie durch die unglückliche Kurzsichtigkeit der Regierung zur Tatsache wurde!:

„Der Krieg ist ein Bruder des Galgens“, schreibt der Verfasser weiter, nicht nur des wirklichen Galgens, der in Tripolis — unsere Zivilisation verleiht, sondern auch des „bildlichen Galgens“ in der Heimat, wo sich alle reaktionären Geister gegen die Freiheit verschwören.“

„Der Kriegstaukel vernichtet die gewöhnlichen Lebensregeln und verschlingt den Bestand der einen, wie die Denkschrift der andern. — Man prozessiert Zeitungen, verhaftet Propagandisten, verdächtigt und verklagt jeden als Landesverräter, der nicht glauben will, daß in Tripolis der Ruhm und die Zukunft Italiens strahlen!“

Mit einem warmen Appell an alle Freunde des Friedens schließt das mutige Schriftchen, das von der Lebensfähigkeit des von seinen Gegnern tot erklärten italienischen Sozialismus ein so bereites Zeugnis ablegt.

### Eine italienische Flottenaktion im Roten Meere.

London, 4. Januar. Das Reutersche Bureau meldet aus Hodeida vom 2. Januar: Gestern mittag beschossen die italienischen Kreuzer „Piemonte“ und „Bugia“ die türkische Garnison von Djabana, zehn Meilen nördlich von Hodeida, ohne ihr Ver luste beizufügen.

## Die Revolution in China.

### Die provisorische republikanische Regierung.

London, 4. Januar. „Daily Mail“ meldet aus Shanghai: Am Montagabend ist Sun hatsen im Triumph in die republikanische Hauptstadt eingezogen und hat die Präsidentschaft der provisorischen Regierung übernommen. — Die „Morning Post“ meldet aus Shanghai, daß das neue provisorische Kabinett gebildet ist. Es setzt sich zusammen aus Guangshi als Premier- und Kriegsminister, Hiangtschungjen als Marineminister, Wutingsang als Justizminister und Wangtschaoweh als Minister für auswärtige Angelegenheiten.

„Daily Mail“ berichtet aus Shanghai: Am Montagabend 6 Uhr hielt der neue Präsident von China, Dr. Sun hatsen, seinen feierlichen Einzug in die Hauptstadt der neuen Republik, Nanjing, und wurde dort von 10000 Soldaten enthusiastisch empfangen. 21 Kanonenschüsse wurden ihm zu Ehren abgefeuert. Die Stadt hatte reichen Festschmuck angelegt. Im Hemen des ehemaligen Kaiserpalastes übernahm um 11 Uhr abends Dr. Sun hatsen die Präsidentschaft der provisorischen Regierung. Er schenkte Treue und versprach, die Mandschus zu entlassen, den Frieden und die Ruhe wieder herzustellen und eine Regierung zu schaffen, die den Wünschen des Volkes entspricht. Wenn diese Aufgaben erfüllt seien, werde er sein Amt niederlegen, damit das Volk selbst einen Präsidenten für das vereinigte China wählen könne. Der erste offizielle Akt der provisorischen Regierung bestand in der Proklamierung des neuen Kalenders, in welchem der erste Januar als Beginn einer neuen Ära festgesetzt ist.

### Drohender Zusammenstoß zwischen chinesischen und japanischen Truppen in der Mandschurie.

Charbin, 3. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Reiternde Abteilungen der 20. Division haben die Station Schanhaiwan besetzt und damit die Verbindung zwischen China und der Mandschurie abgeschnitten. Eine japanische Truppenabteilung ist abgesandt worden, um den Verkehr wieder herzustellen.

### Amerikanische Intervention?

New York, 4. Januar. Die „New York Herald“ aus Peking meldet, hat der dortige amerikanische Gesandte beim Staatsdepartement telegraphisch um die Entsendung von Truppen zum Schutz der Eisenbahn Tsinkwanglau—Peking ersucht.

## Der adlige Totschläger.

Das Attentat des Forstassessors und Reserveoffiziers v. Knobloch auf den Kaufmann Hedrich in Frankfurt a. O. hat allenthalben die lebhafteste Entrüstung hervorgerufen. Der adlige Mörder hat den Kaufmann offenbar niedergestreckt, weil er sich in seiner ganz besonders gearteten Kavalleriebrüder gekränkt fühlte. In dem Streit soll nämlich der Geldtote den Herrn Assessor bei einer Handbewegung am Arme gestreift haben. Das glaubte der Herr v. Knobloch nur mit Blut abwischen zu können und so durchbohrte er mit einem Schuß den rechten Unterarm Hedrichs. Der Geschossene wandte sich zur Flucht und wurde nur durch einen Schuß in den Rücken niedergestreckt. Der Schuß hatte das Rückgrat und die Lunge verletzt, so daß nach dreizehn Stunden der Tod eintrat. Wie fast immer, wenn es sich um Verbrechen „erstklassiger Menschen“ handelt, soll es sich auch bei dem Frankfurter Totschläger um einen Mann handeln, dessen geistiges Gleichgewicht gestört ist. Nur komisch, daß man die Geisteskrankheit erst jetzt bemerkt, und daß die geistigen Qualitäten v. Knoblochs zum Forstassessor langten.

### Sittenbilder zum fall von Knobloch.

Gewalttätigkeitsverbrechen, begangen von Angehörigen der deutschen Adelskaste, sind nicht selten. Die Kriminalgeschichte weiß viele Beispiele davon zu erzählen. Wir heben einige der bekanntesten hervor:

Zwischen Jahre 1896 erschah der Leutnant v. D r ü s e w i k den völlig harmlosen Techniker Siepmann ohne jede äußere Veranlassung. Er wurde dafür zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt, aber ehe er noch zwei Drittel seiner Strafkzeit verbüßt hatte, begnadigt. Später ist er im südafrikanischen Kriege gefallen. „Die Fahnen verfluchen zu sterben“, meinte Herr v. Kröcher im Reichstage in seiner gemüthvollen Art.

Wenige Wochen nach der Begnadigung Bräunlich' erschah der Rittmeister Graf Stolberg-Wernigerode von der

4. Schwadron des 16. Manenregiments in Saarburg den Sergeanten Scheinhardt mit dem Säbel. Graf Stolberg hatte dem Sergeanten Vorwürfe wegen schlechter Behandlung des Kochgeschirrs gemacht und ihn dabei mit Worten wie „gemeiner Hund“ und „großer Schuft“ tituliert. Scheinhardt wagte darauf zu antworten, er glaube das nicht zu sein und erhielt dafür eine Ohrfeige, daß er an einen nahestehenden Wagen taumelte. „Sie sehen, daß ich geschlagen worden bin!“ rief der Unteroffizier, stand aber im nächsten Augenblick wieder stramm. Der Rittmeister aber hatte seinen Säbel gezogen und schlug Scheinhardt erst an das Bein, dann an die linke Kopfseite, so daß der Betroffene hinfiel und am Tage darauf verschied. Die Strafe, die dem Grafen für diese Todsünde auferlegt wurde, war 3/4 Jahre Festung. Ein Gerücht sprach sich herum, daß der Graf schon jahrelang zuvor vom Dienste ferngehalten sei, weil er schon einmal einen Burschen erschossen hatte. Der Kriegsminister v. Gohler erklärte indes im Reichstage, daß Graf Stolberg nur einmal aus formalen Gründen (d. h. wegen Mißhandlung eines Untergebenen) mit 8 Tagen Stubenarrest verurteilt sei.

Im Jahre 1901 erschah der Freiherr v. Stietenron, Rittmeister a. D., den Arbeiter Jazzi, der im Auftrage der benachbarten Dorfgemeinde mit Erdarbeiten auf rechtsfrüchtige Boden beschäftigt war, und dem Stietenron mit Gewalt an seinem „freiwilligen Arbeit“ zu hindern suchte. Der Freiherr kam aber nicht ins Zuchthaus, sondern das Gericht entschied, daß Stietenron aus Nothwehr geschossen habe, obwohl der Arbeiter Jazzi keine Waffe hatte als sein Arbeitswerkzeug, und es ihm niemals einfallen würde, den Freiherrn aus eigenem Antriebe irgendwie zu belästigen. Andererseits hatte der Freiherr, der in der ganzen Gegend gefürchtet war, sein Benehmen mitgenommen, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Herr v. Stietenron wurde trotzdem freigesprochen. Ein späteres zivilrechtliches Urteil erklärte ihn aber der Familie seines Opfers gegenüber für ersatzpflichtig. Die Richter, die dieses Urteil fällten, sind also von der engelstreinen Unschuld des Schicksalshelden nicht so felsenfest überzeugt gewesen, wie das standesgemäße Kriegsgericht, woraus sich denn das seltsame Verhältnis ergab, daß der Freiherr für die Tötung des Proletariats zwar eine Entschädigung bezahlen sollte, wie für ein versehentlich erlegtes Stück Vieh, von jeder strafrechtlichen Verantwortung aber frei blieb.

Im Jahre 1900 ermordete Prosper Prinz v. Arenberg in Südafrika den eingeborenen Polizisten Billy Cain. Er wurde dafür erst zu 10 Monaten Gefängnis, dann zum Tode verurteilt, später zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt, zuletzt wegen Geisteskrankheit freigesprochen und in einem Sanatorium untergebracht. Jetzt lebt er als Großgrundbesitzer in Südamerika.

Zu Weihnachten 1907 ermordete der Hauptmann v. Gooßen den Mann seiner Geliebten, den Major v. Schoenebeck. Er wurde gefaßt, trotz anfänglichen Leugnens überwiesen und fand im Untersuchungsgefängnis Gelegenheit zum Selbstmord.

Fälle, die einen weniger tragischen Ausgang nehmen, ereignen sich noch häufiger. Aristokratische Trunkenheitsorgien, verübt vor adeligen Offizieren, sind keine Seltenheit. Beispielesweise tobte im Jahre 1902 der Leutnant Erich v. Hollmann im Zustand alkoholischer Erregung in einem fremden Privathause mit gezogener Säbel und drohte mit Mord und Totschlag. Eine Wiederholung der Bräuwerei ward zur Not verhindert. Herr v. Hollmann büßte sein Vergehen mit einer zehnwöchigen Freiheitsstrafe. Der Leutnant v. Flögerich, der im Jahre 1903 in Ulm einen Schuhmann mit dem Revolver bedrohte, erhielt einen Monatsgefängnis.

Gleichfalls im Jahre 1903 tobten Offiziere des 16. Manenregiments in einem Gasthof zu Salzwehel unaufernten zu einem Reiten, der sich über die Störung der Ruhe beschwerte: „Die Bestie wird heute nacht kalt gemacht.“ Die Herrschaft nahm nun eine ganz außerordentliche Wendung. Die Herren von der vornehmsten Waffe legten nämlich die Sache durch Zahlung von 500 M. an die Armenkasse bei. Das ist echt aristokratisch adelige Ehre wäscht man mit Blut, Bürgerpack zugefügtes Unrecht büßt man mit Geld.

Im Jahre 1900 wurde der Oberleutnant v. Dalwig wegen Körperverletzung mittels hinterlistigen Ueberfalls, begangen an dem Oberkellner eines Berliner Hotels, zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Zu einem aristokratischen Standesvergehen haben sich geradezu die Soldatenmißhandlungen entwickelt. Zahlreiche jungerliche Offiziere wurden wegen dieses Deliktes in den letzten Jahren zu allerdings meist sehr gnädigen Strafen verurteilt. In der Liste der Verurtheilten finden sich Namen wie die folgenden: Oberleutnant v. Trotha, Leutnant Freiherr v. Gobin, Leutnant v. Schrader, Hauptmann v. Mattiesen, Leutnant v. Krimm, v. Sassen, Leutnant Graf Brühl, Leutnant v. Hase, Leutnant Eistermann v. Eistier und viele andere.

Wir behalten uns vor, das ganze Material noch viel ausführlicher darzustellen, wenn die Regierung mit der Begründung zu dem neuen strafrechtlichen Ausnahmestimmungen gegen Streikbrecher herauskommt. Der Beweis wird nicht schwer zu erbringen sein, daß sich ein Ausnahmestrich gegen gewalttätige Junker viel besser begründen ließe, als ein Zuchthausgesetz gegen streikende Arbeiter.

## Aus der Partei.

### Ferdinand Simon.

Als Opfer seines Berufes starb in Zürich am 4. Januar 1911 der Dr. Ferdinand Simon, der Schwiegersohn Bedels, der dort eine legendäre Tätigkeit als Arzt entfaltet hatte.

Obwohl Dr. Simon in den politischen Kämpfen der Gegenwart niemals eine führende Rolle gespielt hat, ist er zahlreich Genossen und vor allem unseren Genossinnen durch seine populärwissenschaftlichen Schriften ein bewährter Freund und Berater gewesen. Besonders das weibliche Geschlecht ist ihm zu dauern Danke verpflichtet. In seinem Buch: „Die Gesundheitspflege des Weibes“ hat er durch die Hervorhebung der individuellen sozialen Schädigungen, denen die Gesundheit des Weibes, besonders die der Proletarierin, ausgesetzt ist, wissenschaftliche Klärung in die breiten Massen des Volkes hineingetragen überaus segensreich gewirkt.

Ferdinand Simon war 1861 in Neumarkt i. SchL. als eines einfachen Arbeitermeisters geboren. Unter großen Entzungen war es ihm gelungen, in Breslau das Realgymnasium besonderer Aufzeichnung zu absolvieren und dann zunächst Breslau, später in Jena, wo Haedel einen bestimmten Einfluß auf ihn ausübte, Naturwissenschaften zu studieren. Schon im J. 1884 hatte er den Doktorgrad erworben.

Schon als Student war Simon auf Grund wissenschaftlichen Erkenntnis zur Sozialdemokratie gekommen. Maßgebend für politische Entwicklung war das Jugendwerk Karl Kautskys: Einfluß der Volksmehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft das zur Zeit seines Erscheinens auf einen großen Teil der runden Jugend einen bestimmenden Einfluß ausgeübt. Kautsky kam Simon direkt zu Marg, und damit war er Sozialdemokrat geworden.

Unter dem Zwange der neugewonnenen politischen Erkenntnis konnte Simon an der rein abstrakten wissenschaftlichen Betätigung

—die An Me etablierte Laufbahn hätte einschlagen lassen—eine Befriedigung mehr finden. Es drängte ihn zu einer praktischen Vertiefung, durch die er der leidenden Menschheit unmittelbare Hilfe leisten konnte. So begann er das Studium der Medizin, zuerst in Breslau, und da in den achtziger Jahren den Realgymnasien das Studium der Medizin in Deutschland noch verschlossen war, so wandte er sich bald nach Jürich, wo er im Jahre 1880 das Staatsexamen ablegte.

In Jürich war es auch, wo er die Tochter unseres August Bebel kennen lernte, mit der er im Jahre 1890 den Bund fürs Leben schloß. Nach einem kurzen Studienaufenthalte in Paris ließ sich Simon im Jahre 1891 zunächst in St. Gallen als Arzt nieder, um jedoch bald nach Jürich zu übersiedeln, wo er in dem Arbeiterbezirke Auhersfild für seine werktätige Hilfe ein reiches Arbeitsfeld fand.

Inermüdet als Arzt tätig, fand er doch noch Zeit für schriftstellerische Arbeiten und eigene wissenschaftliche Forschungen. Diese Forschungen wurden ihm, noch ehe er sie vollenden konnte, zum Verhängnis. Bei seinen bakteriologischen Arbeiten bis ihn eine in seinem Laboratorium mit Streptokokken geimpfte Maus, und infolge dieses Bisses starb er an Blutvergiftung.

Herdinand Simon war eine stille, in sich gekehrte Natur, die eine starke Scheu vor der Öffentlichkeit hatte. Da ihm auch die eigentliche Rednergabe verfehlt war, so trat er in der Öffentlichkeit und in den politischen Kämpfen nicht hervor, und doch lebte seine Seele mit in diesen Kämpfen, und jeder Fortschritt auf dem Vorwärtsgange des Proletariats erfreute seine Kampfnatur. Denn ein Kämpfer für die Menschheit war Herdinand Simon trotz des stillen, zurückgezogenen Lebens im Kreise seiner Familie.

Jetzt hat ein tragisches Schicksal den jähren, kräftigen Mann mit einem Schlag gefällt. Für seine Frau, seinen Sohn und für seinen Schwiegerpater August Bebel, der mit jürichlicher Liebe an ihm wie an einem wertvollen Sohne hing, bedeutet dieser Tod einen unersehlichen Verlust, der sie tief ins Innerste trifft.

#### Sozialistische Blindenliteratur.

Von der „Neuen Zeit“, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Sprache, ist die Nummer 2 des 3. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Weltanschauung. Von A. Vannocci. (Schluß). Die einstufige soziale Erde? Von M. H. Boege. (Schluß). Multulani. Von M. W. (Schluß). Ja, es ist ein mächtiges Leben. Von A. H. v. Schad. Lebensfrüchte. Aus der Gegenwart. Die bevorstehenden Reichswahlen. Blindenwesen. — Das Blatt, das in Braille'scher Schrift gedruckt wird, kostet bei sechsmonatlichem Erscheinen jährlich 3,00 M. für Deutschland und Oesterreich-Ungarn und 4,50 M. für die übrigen Staaten. Anfragen und Bestellungen sind an A. Wendt, Berlin N. 39, Sprengelstr. 1 zu richten.

Die Zeitschrift wird nicht im Buchhandel vertrieben sondern kann nur durch obige Adresse bezogen werden. Die Parteigenossen werden gebeten, die ihnen bekannten Blinden auf das Organ aufmerksam zu machen.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

##### Das Handwerkszeug der Zentrumsprelle vor Gericht.

Das führende Zentrumsorgan Süddeutschs, das „Deutsche Volksblatt“ in Stuttgart hatte anfangs 1910 die Behauptung aufgestellt, das Stuttgarter Parteiblatt „Schwäb. Tagwacht“ habe von dem Zeitpunkt an die Kritik an den Anstellungsverhältnissen des Personals des Allgem. Deutschen Verkehrsvereins in Stuttgart eingestellt, an dem dieser Verein auf Verlangen seines Generaldirektors Most dem Gewerkschaftshause eine zweite Hypothek bewilligt habe. Unser Stuttgarter Parteiorgan antwortete in einem gepfefferten Artikel unter der Überschrift: „Christliche Verleumdung.“ Am Schluß des Artikels wurde mitgeteilt, daß dem Zentrumsblatt Gelegenheit gegeben werden solle, seine schwere Beschuldigung an geeigneter Stelle zu beweisen. Infolge allerlei Umstände kam der von den Redakteuren der „Tagwacht“ Westmeyer und Keil gegen den Redakteur des ultramontanen Blattes, Pfarrer Steinhauser, angelegte Beleidigungsprozeß erst am Mittwoch, den 3. Januar, vor dem Schöffengericht Stuttgart zur Verhandlung. Der angeklagte Redakteur, der mittlerweile wieder ein Pfarramt übernommen hat, stellte sich dem Richter gegenüber. Der Anwalt des Angeklagten machte geltend, der Vorwurf der Beleidigung richte sich gar nicht gegen die beiden Mäger. Sein Mandant sei bereit, den beiden Redakteuren der „Tagwacht“ eine Ehrenklärung zu geben. Darauf ließ sich der klagende Teil nicht ein; die schwere Beschuldigung müsse unverändert und ungeändert zurückgenommen werden. Der Beklagte stellte die Gegenforderung, daß dann aber auch die persönlich beleidigenden Ausdrücke im Antwortartikel der „Tagwacht“ zurückgenommen werden müßten. Nach längerer Verhandlung kam dann ein Vergleich zustande, demzufolge der angeklagte Redakteur Pfarrer Steinhauser erklärt, die Beschuldigung nicht aufrecht erhalten zu können. Er übernimmt die Gerichtskosten und verpflichtet sich zur Veröffentlichung des Vergleiches in dem Blatte, in dem er die Beschuldigung erhoben hat. Die Mäger nehmen die persönlich beleidigenden Wendungen im Artikel der „Tagwacht“ zurück. Jeder Teil trägt die eigenen Kosten.

Damit ist eine Beschuldigung gegen die sozialdemokratische Presse, die seinerzeit von den Zentrumsblättern eifrig kolportiert wurde, wieder einmal abgefallen. Ob diese Presse anständig genug sein wird, nun auch über den Ausgang des Prozesses zu berichten, bleibt abzuwarten.

#### Die gefährlichen „Glühlichter“.

Gegen die Buchhandlung „Vollstimme“, Frankfurt a. M., war wegen der Ausbuchtung einer Nummer der Wiener „Glühlichter“ mit einem Wilhelm II. verherrlichenden Bilde: „Wenn's schief geht“ ein Verfahren eingeleitet worden. Die Frankfurter Strafkammer erstellte zwar eine Urteilsverurteilung in dem Bilde, sie bestrafte aber nicht mit dem Verbot, die Bildereiten der betreffenden Nummer der „Glühlichter“ unbrauchbar zu machen, von der erst in der Verurteilung der Verbreiter des „staatsgefährlichen“ Bildes wurde Abstand genommen.

### Gewerkschaftliches.

#### Nichts als Wahlmanöver.

In den Wahlmanövern der Ordnungsfreier gehören die blöden Erzählungen von Arbeitern, die reich geworden sind, weil sie nie streikten und keine Gewerkschafts- und Parteibeträge bezahlten. Solche Mache ist für die ganz Dummen berechnet, denen kein blasser Schimmer von den wirtschaftlichen Verhältnissen eigen ist. Unter den Verdingensheuererzählungen in Bremen, die ihr Vermögen von rund 64 Milliarden Mark im Jahre 1895 auf rund 92 Milliarden Mark im Jahre 1908 erhöhten, also pro Jahr über 2 000 000 000 M. erparien, ist natürlich keiner, der Gewerkschaftsbeträge bezahlte oder gar gestreikt hätte; die arbeiten überhaupt nicht! Sie machen ihre Ersparungen aus den nicht bezahlten Arbeiterlöhnen und der Lebensmittelwuchererei. Doch auch Arbeiter sollen durch Sparen reich werden können! Das glaubt zwar kein vernünftiger Mensch, aber wir wollen doch einmal kurz auf den Schwindel eingehen. Jetzt macht nämlich die, von uns schon charakterisierte, erfundene Geschichte eines Bergarbeiters die Runde durch die Verdingensheuerpresse, in der erzählt wird, der Mann — der nie organisiert

war — habe in 15 Jahren 4413 M. durch Verbandssteuern und Streiks eingebüßt. Rechnet man mit einem durchschnittlichen Wochenbeitrag von 40 Pf. — früher war der Beitrag geringer —, dann hätte der Mann, angenommen sein Wärdchen sei kein Wärdchen, in 15 Jahren 312 M. Beiträge gezahlt. Es blieben mithin für Ausfall durch Streiks noch 4101 M. Unterstellen wir einen Tagelohn von 5 M., dann hätte der Mann in den 15 Jahren 820 Tage oder 2 Jahre 4 Monate gestreikt, vorausgesetzt, daß er gar keine Unterstützung bekommen hätte. Da aber bei Streiks mindestens die Hälfte des ausfallenden Lohnes an Unterstützungen gezahlt werden, würde dieses Musteregentum also 4 Jahre und 4 Monate gestreikt haben! Der Bergmann jedoch, der alle Streiks im Bergbau mitgemacht hätte, würde aber noch keine 8 Monate zusammen bekommen. So sieht es mit der Rechnung des Wärdchenerzählers aus.

Nun geht aber weiter die ganze Argumentation von der absurden Annahme aus, es läge im Belieben der Arbeiter, jeden Tag zu streiken. Das ist Unsinn! Selbst in der stofftesten Konjunktur gibt es immer noch Arbeitslose. So hatten nach dem letzten Ausweis im „Reichsarbeitsblatt“ die mit Unterstützungsanstalten verbundenen Gewerkschaften Ende Oktober 1911, also in einer Zeit des größten Begehres nach Arbeitskräften, pro 1000 Mitglieder 15 Arbeitslose! Bei insgesamt 2 Millionen Mitglieder wurden 31286 Arbeitslose gezählt! In Krisenzeiten geht die Zahl der unfreiwillig Feiernden bis auf das Zehnfache und höher hinauf! Und bei den Nichtorganisierten und Saisonarbeitern ist die Arbeitslosigkeit noch viel größer. Aber nicht nur durch Arbeitsmangel werden Arbeiter beschäftigungslos, sondern auch durch Aussperrungen. Kürzlich noch in Berlin warf das Unternehmertum viele Tausende Metallarbeiter auf das Pflaster, weil ein paar Hundert former Lohnforderungen erhoben hatten. Nach den amtlichen Berichten in den „Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches“ sind allein im dritten Quartal vorigen Jahres 20174 Arbeiter ausgesperrt gewesen, im Jahre 1910 waren es sogar 25 835. Wie sieht es mit der Sparserei dieser Leute aus?

Die Geschichten von den durch Sparen reich gewordenen Arbeitern zeugen von einer grenzenlosen Mißachtung der Ausgebeuteten. Mag ein bezahlter Unternehmerröhrchen den blühenden Unsinn glauben, den er den Lesern vorsetzt, ein Arbeiter, der nur einigermaßen rechnen kann, merkt, daß man frech schwindelt. Aber die Unternehmerröhrchen halten den Arbeiter für dumm genug, daß er jeden Schwindel für bare Münze nehme. Am 12. Januar werden die Arbeiter über die beleidigende Zumutung quittieren.

#### Berlin und Umgegend.

##### Achtung! Lithographen und Steindrucker!

Der bekannte Säurebergheile Luchterhand aus dem Schugverbands-Hauptbureau sucht in den bürgerlichen Zeitungen Berlins nichtorganisierte Lithographen und Steindrucker. Da der Herr bisher auch für Leipzig und Gera die Streikbrechervermittlung betrieben hatte, sei vor diesen Annoncen gewarnt. Die Ortsverwaltung der Filialen I und II.

##### Zur Lage der Zigarrenarbeiter in Groß-Berlin.

Alle diejenigen Firmen, die sich mit Klauen und Zähnen gegen jede Tarifierung ihrer Lohnverhältnisse den Arbeitern und ihrer Organisation gegenüber wehren, kommen jetzt bis ins Gedränge. Massenhaft häufen sich die Fälle, wo diesen Leuten seitens ihrer Kundschaft eben aus diesem Grunde der Stuhl vor die Tür gesetzt wird. Mit allen Mitteln, erlaubten wie unerlaubten, suchen sie nun die Felle, die ihnen fortzuschwinnen drohen, festzuhalten. Den Kunden sagten sie sonst: „Bei uns ist niemand ausgesperrt“, oder: „Bei uns ist alles in Ordnung“ und glaubten dadurch ruhig weiter ihre Zigarren verkaufen zu können. Die Kundschaft aber, klug geworden durch vergleichende schon öfter geübte Manöver, fragt nach dem Tarif und läßt sich nicht mehr irreführen.

Massenhaft mehrten sich die Anfragen über Firmen bezw. über deren Standpunkt in der Tarifbewegung der Zigarrenarbeiter. Das Verlangen nach den grünen Plakaten ist sehr erklärlicher Weise ein sehr reges. Ein drastischer Beweis für die Wirksamkeit dieses Kontrollmittels.

Mit den Plakataufnahmen sind die betreffenden Schlammeier ebenfalls hereingefallen. Die Käufer haben diese Täuschungsversuche durchschaut und sich mit Entrüstung von den Fälschern abgewandt. Es bleibt eben dabei: kein Tarif, keine Einigung, keine grünen Plakate.

Die Intervention des Raucherpublikums von Berlin hat also gewirkt und wirkt noch.

Arbeiter, Parteigenossen! Fragt bei Euren Zigarreneinkäufen nach den grünen Plakaten, unterschrieben Alvin Schulze, und beachtet die Veröffentlichungen im „Vorwärts“.

#### Deutsches Reich.

Streik der Schiffszimmerer. In Habelberg sind die Schiffszimmerer von den Werkschiffen Stuger, Grabert und Marks am 30. Dezember nun doch aufs Pflaster gesetzt worden, weil sie sich weigerten, den Verlangen der Unternehmer entsprechend, für 1 Jahr auf jede Lohnforderung zu verzichten. Der die Unterzeichnung des Schriftstückes ablehnte, war gefändigt, und so ist die Entlohnung aller Schiffszimmerer mit Ausnahme weniger älterer Personen denn auch prompt erfolgt. Die Herren Stuger, Grabert und Marks werden unter diesen Umständen wohl ihre viele Arbeit allein fertigmachen müssen. — Vor Jützig wird gewarnt. Der Streik in Glogau ist mit vollem Erfolg für die Streikenden beendet.

##### Zum Kampf im deutschen Steindruckergewerbe.

Der Kampf der Lithographen und Steindrucker wird noch immer mit aller Heftigkeit weitergeführt. Er nahm bekanntlich seinen Ausgangspunkt am 23. September in Leipzig, wo 1100 Gehilfen wegen vollständiger Ablehnung ihrer beschiedenen Forderungen in den Streik traten. Diesem Vorgehen ihrer Leipziger Kollegen schlossen sich die Lithographen und Steindrucker sechs anderer Städte an, worauf der Unternehmerröhrchenverband deutscher Steindruckereibesitzer am 30. September das bestellte Mittel aller Schafmacherverbände anwendete und die Aussperrung aller organisierten Gehilfen verfügte, die in Betrieben arbeiten, die dem Unternehmerröhrchenverband angeschlossen sind. Insgesamt befinden sich seit dieser Zeit in 48 Städten Deutschlands rund 4000 Gehilfen im Streik bezw. Aussperrung.

Die verabschiedeten geführten Verhandlungen zwischen dem Unternehmerröhrchenverband und dem Gehilfenverband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe haben noch zu keiner Einigung geführt. Sie sind stets an dem ersten Punkte der aufgestellten Forderungen, „Arbeitszeit“ gescheitert. — Während die Steindruckereibesitzer eine Arbeitszeit von 51 Stunden pro Woche fordern, will der Unternehmerröhrchenverband sogar die jetzt bestehende Arbeitszeit teilweise verlängern. Er will eine effektive wöchentliche Arbeitszeit von 53 Stunden festgelegt wissen. Ein- und Auslaufen, An- und Auskleiden, Waschen usw. soll in Zukunft außerhalb der Arbeitszeit geschehen. Außerdem sollen Kontrollapparate und ähnliche Einrichtungen eingeführt werden. Der Prinzipal soll das Recht haben, eine bis jetzt jahrelang bestandene

kürzere Arbeitszeit auf 53 Stunden effektiv zu erhöhen. Die Unternehmer berufen sich hierbei auf die Buchdrucker, die dieses in ihrem neuen Tarif festgelegt haben. Da jedoch aber für viele Steindruckereibesitzer bedeutende Verschlechterungen darstellend würde, müßten die Gehilfenvertreter bei den Verhandlungen diese sonderbare Zumutung der Unternehmerröhrchenvertreter ablehnen. Von diesem „Aussperrungskomitee“, wie sich dieser Unternehmerröhrchenverband richtiger nennen sollte, werden aber die Buchdrucker nur dann als artige Kinder vorgeführt, wenn sich ein Parteiteil für die Unternehmer dabei aufblähen läßt. Denn daß dieser Unternehmerröhrchenverband in Steindruckergewerbe unter allen Umständen die Verhältnisse statt verbessern, verschlechtern will, geht zur Genüge auch daraus hervor, daß er den in den leitenden Lohn- und Arbeitsbedingungen stehenden Satz, daß „bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen unerbittlich bleiben“, in Zukunft gestrichen wissen will, und daß sich die Unternehmer bis jetzt beharrlich geweigert haben in die Beratung der übrigen Punkte der Gehilfenforderungen (Arbeitslohn, Regelungsbefugnisse usw.) einzutreten. Wie allgemein bei Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern üblich ist, daß, wenn über einen Punkt keine Einigung erfolgt, dieser zurückgestellt und erst die übrigen Punkte beraten und dann die zurückgestellten Punkte in zweiter Lesung behandelt werden, so wünschten die Gehilfenvertreter auch diese Verhandlungsführung, die sich überall gut bewährt hat. Doch die Unternehmervertreter verweigerten diese eigentlich ganz selbstverständliche Sache; erst mußte der Punkt „Arbeitszeit“ nach ihrer Formulierung festgelegt werden. Und so glaubt dieser Unternehmerröhrchenverband mit seinem diktatorischen Vorgehen die Gehilfen klein zu kriegen. Diese aber stehen jetzt noch so einig und geschlossen im Kampfe wie am Anfang der Bewegung.

Sein Mittel lassen die Unternehmer unverzucht, um Uneinigkeit unter den Kampfenden herbeizuführen. Es werden Flugblätter, Briefe und das Unternehmerröhrchen an die Gehilfen verschickt. Denjenigen, die sich zur Verfügung stellen und die gemeinsame Sache vertaten wollen, werden Entschädigungen für die Aussperrzeit versprochen, ferner Weihnachtsgratifikationen, hohe Löhne, langjährige Kontrakte usw. Jedoch hat nur in ganz vereinzelten Fällen das Judentum der Unternehmer Erfolg gehabt. Einmütig haben die Aussperrten in allen Städten beschlossen, diesen Zumutungen der Unternehmer gegenüber den aufgewungenen Kampf bis zum äußersten weiter zu führen. — Anlässlich des Weihnachtsfestes und des Quartalswechsels wurde denn auch für sie etwas übriges getan. Überall wurden gut verpackte Weihnachtsgratifikationen verteilt; die ledigen Kämpfenden erhielten außer ihrer laufenden Wochenunterstützung 5 M. Weihnachtsgratifikation, die beehrten 10 M., und für jedes Kind 1 M. extra, letztere erhielten außerdem noch Geschenke. Die Mittel hierzu — zirka 50 000 M. — wurden von den in Arbeit befindlichen Berufskollegen aufgebracht, die selbst die Anweisung zur freiwilligen Sammlung gaben. Die Beiträge hierzu gingen sehr gut ein; so wurden z. B. in einer Firma mit 76 Gehilfen 557 M., also beinahe 8 M. pro Mann gestiftet.

Damit auch die Aussperrten bei der Mietzahlung am 1. Januar eine kleine Beihilfe haben, bekamen sie eine Mietentschädigung, und zwar die Ledigen 6 M. und die Beehrten 15 M., was auch einer Gesamtausgabe von zirka 57 000 M. gleichkommt.

So hat also der Gehilfenverband alles getan, um das Los der Aussperrten erträglich zu machen. Die Hoffnungen, die sich der Unternehmerröhrchenverband auf das Weihnachtsfest und die mangelnde Reue der Arbeitgeber, sind daher eitel zu Wasser geworden. Durch die Weihnachtsgratifikation und die Mietzuschüsse hat sich die Stimmung der Aussperrten ganz bedeutend gehoben und sind sie einmütig gewillt, im Kampfe zu beharren, bis sie ein befriedigendes Resultat erreicht haben. — Daß eine ganze Anzahl Steindruckereibesitzer Deutschlands ein anderes Urteil von der Sache hat, als die Vertreter des Unternehmerröhrchenverbandes im Steindruckergewerbe, ist daraus zu ersehen, daß sich in Leipzig bereits 30 Firmen, darunter auch größere, mit der Gehilfenleitung verständigt haben und die Wünsche der Gehilfen erfüllen. Ebenso fand eine Einigung mit Firmen, darunter auch etlichen größeren in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Nürnberg, Hannover, Nürnberg, Offenbach und Stuttgart statt.

Gegenwärtig werden von den Unternehmern und ihren Handlangern Verträge vertrieben, daß die Aussperrung aufgehoben wird. Der Verband der Lithographen und Steindrucker hält es deshalb für angebracht zu erklären, daß selbst bei erfolgter Aufhebung der Aussperrung durch die Unternehmer der Kampf durch den Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe bis zum siegreichen Ende weitergeführt wird.

##### Zur Bewegung der Buchdruckerei-Gehilfenarbeiter.

In Halle a. S. und in München ist es zu neuen örtlichen Tarifen gekommen. In einer Anzahl anderer Städte, wie Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Straßburg, Nürnberg, Bremen, Hannover, Breslau und Königsberg sind Verhandlungen im Gange. In Leipzig ist die Lage dadurch eine recht beunruhigende geworden, daß die Unternehmer den getroffenen Vereinbarungen eine Auslegung geben, nach der sie eigenmächtig den Tarif bestimmen.

#### Ausland.

##### Zentralisation der britischen Gewerkschaften.

London, 2. Januar 1912. (Fig. Ver.) Seit dem Eisenbahnerstreik ist die Verschmelzung der vier größten Gewerkschaften der Eisenbahner viel diskutiert worden. Auch sind während der letzten paar Monate Schritte getan worden, um eine Verschmelzung der Organisationen herbeizuführen. Man kam anfangs jedoch zu keiner Einigung. Der Verband der Eisenbahngewerkschaften (Amalgamated Society of Railway Servants), der bei weitem die meisten Mitglieder zählt und alle Kategorien Eisenbahnarbeiter aufnimmt, wünschte die Verschmelzung der bestehenden Organisationen herbeizuführen, während namentlich die Sondergewerkschaft der Lokomotivführer und Feiler für eine Föderation eintrat. Die Differenzen scheinen jetzt beseitigt zu sein. „Wie war die Zeit glücklicher als heute“, so heißt es in dem Bericht des Ausschusses, den die Gewerkschaften zur Ausarbeitung eines Organisationsplans eingeseht haben, „um unsere Reihen zu schließen und gemeinsam gegen unsere Feinde, die Unorganisierten, die Regierung und die Eisenbahngesellschaften, vorzugehen“. Der Bericht wird einer für den 23. Januar nach Salford einberufenen Konferenz zur Annahme unterbreitet werden. Nach dem vorliegenden Organisationsentwurf für den neuen allgemeinen Verband hat man die schwierige Personenfrage in der Weise gelöst, daß man alle Beamten der vier Gewerkschaften bei demselben Gehalt und mit demselben Versorgungsansprüchen auf ihre Kosten läßt. Die bestehenden Exekutivanschlüsse sollen noch zwei Jahre unverändert beibehalten werden. Sie bilden zusammen die oberste Behörde des neuen Verbandes, die alle Vierteljahre zu einer Sitzung zusammentritt. Die Unterstützungsfrage ist in der Weise geregelt worden, daß alle Mitglieder der vier Organisationen für dieselben Beiträge dieselben Unterstühtungen erhalten. Für Mitglieder, die dem Verband nach der Verschmelzung beitreten, werden besondere finanzielle Vorrechte gemacht. Die Beiträge schwanken zwischen 8 Pence (5 Pf.) und 1 Schilling (1 M.) die Woche. Dafür soll gezahlt werden an Arbeitslohnunterstützung bis zu 15 Schilling (15 M.), für ungediente Suspendierung vom Dienst bis zu 24 Schilling (24 M.), Streikunterstützung bis zu 12 Schilling (12 M.) und 2 Schilling (2 M.) für jedes Kind; ferner Jubiläen, Kranken- und Genesungsunterstützung und Sterbegeld. Die Verschmelzung der vier Gewerkschaften, die im Laufe der Jahre immer vollständiger werden muß, ist auch für die Eisenbahner insofern vorteilhaft, als es ihnen gestattet, sich nach den Bestimmungen des neuen Versicherungsgesetzes zu einer großen, 180 000 Mitglieder umfassenden Krankenkasse zu konstituieren.



Wahlbewegung in Groß-Berlin.

Geran zur Wahlarbeit!

Je näher der Wahltermin heranrückt, desto lebendiger wird der Wahlkampf. Die Wähler werden mit Anschreiben, Flugblättern, Aufforderungen zum Versammlungsbefuch überhäuft. Die Wahlagitator erreicht in diesen Tagen den Höhepunkt. Bei der großen Zahl der Wähler in Groß-Berlin ist diese Arbeit keine kleine. Soll sie so bewältigt werden, wie das erforderlich ist, sind Tausende von Wahlhelfern erforderlich; nicht nur am Wahltag, sondern in den uns noch vom 12. Januar trennenden Tagen. Unsere Gegner in Berlin beschränken sich darauf, den Schwerpunkt ihrer Agitation auf die Kreise 1, 2 und 3 zu legen. Für uns sind andere Gesichtspunkte maßgebend. Wir betrachten die Wahlzeit als einen geeigneten Zeitpunkt, an große Kreise von Leuten heranzukommen, die dem öffentlichen Leben bisher indifferent gegenüber gestanden haben; auch sie für unsere Sache zu gewinnen, ist unsere Hauptaufgabe. Diese Aufgabe kann aber nur erfüllt werden, wenn die organisierten Parteigenossen sich samt und sonders in den Dienst der Agitation stellen. Wenn die Wahlkreisleitungen zur Flugblattverbreitung und anderen Partiarbeiten aufordern, sollte kein organisierter Genosse fehlen. Als Ehrenpflicht sollte es jeder Genosse betrachten, auch seine Kraft in den Dienst unserer großen Sache zu stellen. Ein Wettstreit sollte unter den Genossen entbrennen über die Beteiligung an der Agitationsarbeit. Unsere Gegner in einzelnen Kreisen tragen sich mit großen Hoffnungen, sie rechnen auf Stimmengewinn aus den verschiedensten Lagern und glauben, uns Mandate abnehmen zu können. Wir sind auf uns allein angewiesen, wie freuen uns dessen. Wenn alle Genossen in den kommenden Tagen ihre Pflicht tun, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Deshalb Genossen:

Geran zur Wahlarbeit!

Syndikalisten und Reichstagswahl.

Die Syndikalisten, die im Gewerkschaftskartell Berlins und Umgebung vereinigt sind, erachten die bevorstehende Reichstagswahl als geeigneten Zeitpunkt, sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Sie haben ein Flugblatt: „An die Arbeiterklasse Deutschlands!“ erlassen, in dem sie sich als die einzigen, wahren Sozialisten feiern und auffordern, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Wenn es nicht anders geht, dann sollten leere Stimmzettel in den Stimmkasten geworfen werden.

In einem Augenblick, in dem die Reaktion am Werke ist, das Sozialbewusstsein der Arbeiter zu erschüttern, die Kuschelung durch schwere Strafen unmöglich zu machen, den Arbeitern den Rat zu geben, durch Wahlenthaltung sich ihrer Vertretung im Reichstage zu berauben, bedeutet ein geradezu selbstmörderisches Vorgehen gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Besser kann der Reaktion gar nicht in die Hände gearbeitet werden als durch das Verhalten der Syndikalisten.

Die einzigen, die der Sozialdemokratie noch standhalten können, das sind die Liberalen! So sagte es Herr Rommsen, der liberale Kandidat für den zweiten Reichstagswahlkreis Berlins, am Mittwoch in einer für ihn veranstalteten öffentlichen Wählerversammlung.

Die Liberalen wollen leisten, was diejenigen Parteien, auf die die Regierung bisher sich verließ, nicht mehr zu leisten vermögen. Ein Mann wollen sie sein gegenüber der vorwärts drängenden Sozialdemokratie, eine Schutzwehr für die bedrohte bürgerliche Gesellschaft. Und wenn die Liberalen diesen ersten Streich glücklich vollbracht haben, dann soll sogleich der zweite folgen. Leisten wollen sie dann, was — wie sie behaupten —

Kleines Feuilleton.

Die Flugopfer der letzten fünfzehn Jahre. Die tödlichen Unfälle bei der Flugflucht haben sich in den letzten Jahren außerordentlich vermehrt. Diese Tatsache ist aber selbstverständlich nicht darin begründet, daß der Kunstflug gefährlicher geworden ist, sondern darin, daß die Häufigkeit seiner Ausübung um ein vielfaches gewachsen ist. Die deutsche Zeitschrift für Luftschiffahrt hat in ihrer letzten Ausgabe eine Zusammenstellung sämtlicher Flugopfer bis zum Ende des Jahres 1911 veröffentlicht. Die recht lange Liste, die im ganzen 102 tödliche Unfälle umfaßt, beginnt mit Lilienthal, dem unerschrockenen Pionier des Luftflugs, der am 9. August 1896 durch einen Windstöße bei Berlin zu Boden fiel und ums Leben kam. Das zweite Opfer trat erst im Jahre 1899 ein und betraf den englischen Aviatiker Blyden. Dann folgte eine lange Liste bis zum Januar 1908, in dem der amerikanische Offizier Selfridge durch Schraubenbruch umkam. Im Jahre 1909 folgten dann drei, im Jahre 1910 achtundzwanzig und im Jahre 1911 70 tödliche Unfälle von Fliegern. Entsprechend der führenden Stellung, die von den Franzosen in der Förderung des Kunstflugs eingenommen worden ist, haben sie auch die meisten Verluste in diesem Beruf erlitten, jedoch steht Amerika ihnen nicht viel nach, und es gibt keinen Großstaat, wo nicht während der letzten beiden Jahre mehrere Flieger ums Leben gekommen wären. Besonders schwer wird die Zusammenstellung dadurch, daß bei jedem Unfall angegeben ist, welche Art von Flugapparat benutzt wurde, welcher Ursache der Unfall zuzuschreiben war und aus welcher Höhe der Absturz erfolgte. Die Ursachen des Windes rechnen unter den Ursachen nicht den Wind ein, den man vermuten sollte. Auch Beschädigungen des Apparats und Explosionen zeigen kein auffälliges Übergewicht. Am häufigsten scheint das Versagen des Fliegers selbst das verhängnisvolle Moment gebildet zu haben. Allerdings haben dabei vermutlich besondere Einflüsse mitgewirkt wie Hitze, Dunkelheit, Bewegung von Hindernissen, aber auch mangelhafte Beherrschung des Apparats, namentlich beim Landen.

Was das Glücksspiel abwirft. Bei der jüngsten Debatte in der französischen Kammer lenkte ein Abgeordneter die Aufmerksamkeit der Regierung auf die wachsende mordenhafte Gewinne, die die dem Staate autorisierten Spielwächter in den französischen Badeorten erzielen. Im Kasino von Englien hat man im vergangenen Jahre in der Zeit vom 1. April bis zum 30. Oktober, also in sechs Monaten, einen Reingewinn von nicht weniger als 842012 Fr. erzielt; in Kizza belief sich der Verdienst der Spielwächter auf 7400000 Fr., und in den Spielhöfen von Trowille schloß man mit einem Verdienste von 2250000 Fr. ab. Dementsprechend hoch sind auch die Einnahmen der Croupiers (Spielmeister), die durch Geschenk von Spielern noch wenigen Jahren reiche Leute werden können. Die Croupiers von Englien haben im Jahre 1911 zusammen 1737000 Fr. eingenommen, zum größten Teile „Kunsthebel“ reicher Spieler. Der Croupier hat für sich allein 65000 Fr. verdient, vier andere Croupiers 50000, drei 40000, zehn 30000, fünfzehn 20000 und sechsundzwanzig untergeordnete Beamte der Spielhöfe je 10000 Fr. Wenn man in Be-

die Sozialdemokratie zu leisten nicht vermag. Als einen Mann wollen sie dann auch der Reaktion sich entgegenwerfen, eine Schutzwehr wollen sie sein für die bedrohten Kulturinteressen des deutschen Volkes. Denn auch gegenüber der Reaktion sind die Liberalen die einzigen, die noch standhalten können, — sagte Herr Rommsen. Man sieht, der Liberalismus läßt auf eine geniale Art die schwierige Aufgabe, den Kampf gegen rechts“ zu führen, den auch von ihm jetzt die Wähler fordern.

Glaubt Herr Rommsen selber, daß die Rechnung stimmen wird? Er sprach die Hoffnung aus, daß die Wahlen dazu führen werden, im Reichstag die Linke zu einer ausschlaggebenden Macht werden zu lassen. Aber deutlich genug ließ er merken, daß auch er von diesen Wahlen vor allem einen kräftigen und erfolgreichen Vorstoß der Sozialdemokratie erwartet und — fürchtet. Schon gerührt der liberale Durchfalls-kandidat sich den Kopf darüber, was dann die Sozialdemokratie im Reichstag zu tun haben werde. Sie werde sich auf das Erreichbare beschränken müssen, predigte er. Auch von dem, was die Liberalen im nächsten Reichstag zu tun gedenken, berichtet er einiges. Neuen Rüstungen werden sie zu stimmen, aber nur dann, wenn die Kosten in einer Weise gedeckt werden, die den liberalen Grundsätzen entspricht. Herr Rommsen versicherte, man werde nur zulassen, daß die Kosten von den Besitzenden getragen werden. Am Ende soll einer glauben, daß sei liberaler Grundsat? Hinterher erzählte Herr Rommsen etwas von einem Abbau der indirekten Steuern, mit dem ein Anfang gemacht werden solle. Ueber die Vereinfachung, mit der noch in den Verhandlungen über die Reichsfinanzreform die Männer der liberalen Grundsatze dem deutschen Volk neue 400 Millionen Mark indirekter Steuern hatten aufpacken wollen, glißt der Kandidat der Liberalen diesmal still hinweg. Desto lauter betonte er, daß besagter „Abbau“ nun „ganz allmählich“ erfolgen könne. Wie weit der „Abbau“ gehen soll, sagte er nicht. Nur das bekannte er offen, daß auch der Liberalismus auf indirekte Steuern nicht gänzlich verzichten zu können meint.

Amüsant war es, zu hören, mit welchem Eifer dieser Auskorener der Liberalen, die den „Kampf gegen rechts“ mit einem Kampf gegen links“ beginnen, nacheinander um die Gunst erst der Voamten und dann auch der Arbeiter war. Bei den Beamten dürfe, so sagt er, der Liberalismus diesmal wohl auf Unterstützung rechnen, anders aber liege die Sache bei den Arbeitern. Seinen Verdruß über das Massenbewußtsein der Arbeiterklasse, die von den Liberalen, der Schuttruppe des Kapitals, längst nichts mehr hält, verberg Herr Rommsen hinter einer Schimpferei über angeblichen Terrorismus. Auch versuchte er, die Bezeichnung „Proletariat“ hinzustellen als eine „Schmach“ für die Arbeiter, als eine „Beschimpfung“ der Anhänger der Sozialdemokratie. In einem persönlichen Angriff auf unseren Genossen Richard Fischer, den Kandidaten der Sozialdemokratie im zweiten Reichstagswahlkreis, erbot Herr Rommsen sich darüber, daß die sozialdemokratischen Flugblätter immer wieder die „Volkstrennlichkeit“ der Liberalen in das rechte Licht rüden. Er prophezeite, die Zeit werde doch noch einmal kommen, wo die Arbeiter mit den Arbeitgebern zusammengehen und vom Liberalismus als ihrem „besten Freund“ das Heil erwarten.

Vor Herrn Rommsen hatte in einem langatmigen Referat der Professor Dr. Cauer, der im vierten Reichstagswahlkreis Berlins die Rolle eines Durchfallskandidaten der Liberalen übernommen hat, die Haltung des Liberalismus bei der Reichsfinanzreform zu verteidigen gesucht. Dem konservativ-liberalen Modus, der so rasch in die Brüche ging, weinte er eine stille Träne nach. In einer Polemik gegen die demokratische Vereinigung beteuerte er, daß die Liberalen, indem sie die bekannten 400 Millionen indirekter Steuern bewilligen wollten, gegen keinen Punkt des liberalen Programms verstießen. Kein Verhängnis werde glauben, daß ein Staat ohne indirekte Steuern auskommen könne. Dieser Liberale wollte einen Unterschied gemacht wissen zwischen Steuern auf Nahrungsmitteln und Steuern auf Genussmittel, wobei er als Beispiele für Genussmittel das Bier und den Tabak anführte. Ihm gilt offenbar die Verteuerung von Bier und Tabak als liberales Programm.

tracht zieht, daß diese Summen in nur sieben Monaten eingenommen worden sind, so ergibt sich, daß ein Croupier der staatlich konzessionierten Spielhöfe im Monat mehr verdient als ein französischer Minister. Die Regierung und die Kammer haben daraufhin auch beschlossen, die Spielhöfe — nicht etwa aufzuheben, — sondern zum Wohle des Staatsfiskus stärker zu besteuern.

Die größte Entfernung im Weltraum ist die Entfernung der Ghaudensterne von uns, die jetzt abends in günstiger Stellung über dem Horizont stehen. Die Ghauden gehören wie die Plejaden (das sogenannte Siebengestirn) zu der Sterngruppe des Stieres, dessen Hauptstern Aldebaran ist, ein Stern erster Größe. Die ganze Konstellation steht westlich vom Orion und geht diesem in seinem täglichen Laufe über die Himmelshöhe voraus.

Das Studium der Bewegungen der Ghaudensterne durch Lewis Vogt hat ergeben, daß sich die einzelnen Mitglieder dieses Sternbildes einander zu nähern scheinen. Zeichnet man sich die scheinbaren Bewegungen dieser Stern an, wie man sie von der Erde aus gemessen hat, so ergeben sich ganz der sich auf einander zustrebende Linien, die Steuern alle auf einen gemeinsamen Mittelpunkt los. Man darf daraus nicht folgern, daß es das wirklich tun, denn es gibt auch noch andere Möglichkeiten, die Feststellungen zu erklären. Das Ganze ist nur eine perspektivische Erscheinung. Nur weil sich die Ghaudensterne fast von uns weg bewegen, sehen wir die Erscheinung in dieser Weise. In diesem Fall haben wir drei Bestimmungsstücke, die Bewegung quer zu unserer Blickrichtung, die Bewegung im Schiefstrahl und den Abstandspunkt der Bewegung. Danach läßt sich die Bewegung und die Entfernung in Bezug auf die Sonne bestimmen. Es ergibt sich, daß sich die Ghaudensterne in jeder Sekunde von uns 40 Kilometer entfernen. Die Querbewegung beträgt 20 Kilometer in der Sekunde. Als Entfernung der Ghauden von uns ergibt sich eine Strecke von 130 Lichtjahren, das heißt eine Strecke, die das Licht innerhalb 120 Jahren zurücklegt. Im Kilometermaß gemessen macht das nicht weniger als 114 Billionen Kilometer aus! Das ist die größte zahlenmäßig festgestellte Entfernung im Weltraum.

Theater.

Volkstheater der Bühnengenossenschaft. Als das Präsidium der Genossenschaft mit dem Plan hervortrat, regelmäßig in verschiedenen Stadtvierteln Schauspiel-aufführungen zu veranstalten, um dadurch engagamentlosen Künstlern eine bescheidene Ertizenz zu verschaffen, da wurden sofort Stimmen laut, die entweder die Realisierbarkeit dieser offensichtlich sozialwirtschaftlichen Unternehmung bezweifelten oder gar in ihr eine Art „Schmutzkultur“ gegenüber den feinen kapitalistischen Theatern erblickten wollten. Mit dem neuen Jahr haben nun gleichzeitig in sechs großen Sälen Vorstellungen begonnen; und zwar unter reger Beteiligung des weniger bemittelten Publikums. Hiermit tritt die Schauspielershaft zum ersten Male mit einem altpraktischen Selbsthilfe hervor, der ungenügend, doch notwendig auf die theaterkapitalistischen Unternehmungen einzuwirken wird. Die proletarisierung der Bühnenkünstler greift ja immer weiter um sich; sie werden so von selbst in eine rein gewerkschaftliche Koalition hineingedrängt. Dies

Die Diskussion, die den beiden Referaten folgte, wurde eingeleitet mit der bei den Liberalen üblichen Beschränkung der Redezeit. Aber die Furcht vor Vognern, die diesen Beschränkung distanzierte, war unzulässig. Versucht wurden nur ein paar nicht sehr glückliche Anläufe zu einer Diskussion, wobei auch ein anscheinend zur demokratischen Vereinigung gebörender Redner sich beteiligte, um die Liberalen zu belehren, daß sie von der Arbeiterklasse nichts mehr zu hoffen haben. Von Sozialdemokraten waren nur wenige in der Versammlung zugegen, und erfreulicherweise tat keiner unserer Genossen den Liberalen den Gefallen, sie allzu ernst zu nehmen und über ihre Angriffe sich aufzuregen.

Die Versammlung war übrigens, gegen die Gewohnheit der Liberalen, angefündigt worden nicht als „liberale“, sondern als „öffentliche“ Wählerversammlung. In der „Freisinnigen Zeitung“ las man eine offizielle Einladung, die ausdrücklich hinzufügte: „Die Anwesenheit sämtlicher Wähler des Wahlkreises ist erwünscht.“ Erwünscht ist den Veranlassern liberaler Versammlungen vor allem die Anwesenheit von Sozialdemokraten, damit durch diese erst Leben in die Versammlungen kommt und dann die liberalen Modifizierer als schnelle Sozialistenvernichter glänzen können. Die ungewöhnliche Form der Einladung hat den Liberalen nichts genützt; die Versammlung vom Mittwoch brachte ihnen die verdiente Enttäuschung.

Herr Rommsen, der Kandidat der „einzigsten, die der Sozialdemokratie noch standhalten können“, hat zum Schluß noch einmal um die Stimmen der „Arbeiter, für die er oft eingetreten“ sei, der „Minderbemittelten, die sich nicht selber helfen können“. Er, der Direktor einer Großbank, der Helfershelfer des Großkapitals! Die Wählerschaft der minderbemittelten Bevölkerung des zweiten Reichstagswahlkreises wird diesem Kandidaten der Liberalen die richtige Antwort geben, indem sie für den Kandidaten der Sozialdemokratie stimmt und zu ihrem Vertreter den bisherigen Abgeordneten Genossen Richard Fischer wählt.

Erster Wahlkreis. Im „Schuhmacher-Innungshaus“.

Erster Wahlkreis. Im „Schuhmacher-Innungshaus“, Fischerstr. 5, waren am Mittwoch Männer und Frauen in großer Anzahl erschienen, um den Worten des Stadtverordneten Waldes Manasse zu lauschen, der in eindrucklicher Weise den erschienenen Wählern die Sünden der gegnerischen Parteien, insbesondere des Freisinn, schilderte und dann eingehend die Ziele und Wege der Sozialdemokratie darlegte. Mit einem stammenden Appell an die Wähler, noch den fünfjährigen Wählern der Reichsparteien am 12. Januar ihre Stimme dieser großen Kulturpartei zu geben und den Ausbruch guttens: „Es ist eine Lust, zu kämpfen und zu leben!“ schloß Redner seine außerordentlich eindrucksvollen Ausführungen unter dem begeisterten Beifall der Anwesenden. — Der Vorredner, Genosse Schwabedal, ergänzte die Rede Manasses noch wirksam durch treffende Beispiele aus dem praktischen Leben und unterzog das Verhalten des Freisinn einer gebührenden Würdigung. Schon heute wehe über diesem Kommunalbezirk die rote Flagge, und zwar sei dies erreicht worden, was besonders zu beachten sei, unter einem indirekten und öffentlichen Wahlrecht. — In der Diskussion sprach dann noch Genossin Ruben, die dem Referenten ihren persönlichen Dank aussprach, daß er sich in so warmen Worten der Frauen angenommen habe. Die liberalen Frauen priesen zwar die freisinnigen Kandidaten an, gähnten aber mit keinem Worte des Kandidaten Düssel, der in seiner mehrjährigen Tätigkeit am „Vorwärts“ nicht nur für die sozialdemokratischen Frauen, sondern für die gesamte Frauenwelt Deutschlands Hervorragendes zu ihrer Aufklärung und zur politischen Schulung geleistet habe. Nur eine Anekdote des Referenten, daß es seiner Meinung nach nichts schade, wenn die Frauen eine gewisse Zeit in Kranken- und anderen gemeinnützigen Anstalten ausgebildet würden, konnte sie nicht zustimmen. Die Frau leiste dem Staate schon heute Großes als Mutter und Erzieherin der neuen Generation, ohne Kriegspfeiler. — In seinem Schlusswort ging der Referent auf die Ausführungen von Frau Ruben ein, indem er betonte, daß er bei seiner Anekdote natürlich nicht an eine kriegerische Ausbildung der Frau gedacht habe, sondern nur an eine bessere Ausbildung gegenüber den Anforderungen des Lebens, und deshalb auch mit der Rednerin vollkommen einig sei. Er pries dann mit begeistertsten Worten den Wert einer braven, guten Mutter und Lebens-

um so energischer, seit ein hoher Prozentsatz wirklich leistungsfähiger Kräfte mit dem großen Heere gleiche Not zu leiden hat. Der jetzt vom Verwaltungsrat der Genossenschaft gewagte Schritt ist darum in mehr als einer Hinsicht gutzuheißen. Zunächst werden nur wirklich erprobte Leute, die adäquate künstlerische Tätigkeit aufzuweisen haben, herangezogen. Die Bezeichnung „Volksvorstellung“ besagt weiter den Zweck, dem man dienen will. Weniger bemittelten Volksschichten sollen für billiges Eintrittsgeld Dramen in guten Aufführungen vermittelt werden. Das bürgerliche Kreise auf ihre kostspieligen Genüsse in unseren „ersten“ oder „feineren“ Theatern verzichten werden, ist ja ausgeschlossen. Gewinn trägt also nur die ärmere Klasse, die ja sowieso vom Besuch der teuren Theater ausgeschlossen ist. Dieser Gewinn kann nicht hoch genug angeschlagen werden. Den vielen dilettantischen Theatervereinen das Wasser abzugraben, scheinen die Volksvorstellungen so recht berufen zu sein. Jedwede Abicht aber auf Demokratisierung der Bühne und ihrer Künstler muß die Demokratisierung der gesamten Kunst förderksam beschleunigen.

Was nun die ersten Vorstellungen angeht, so liefern zwei, bei denen wir zugegen sein konnten, den Beweis, daß mit Talent, Fleiß und Liebe gearbeitet wird. In Otto Ernsts Schulmeisterkomödie „Flachsmann als Erzieher“ (Theater: Aldebaran, Blumenstr. 10) gab Otto Rembe als Jan Flemming eine charakteristisch kräftige Leistung; Paul Herbig einen charakteristischen Flachsmann und Edina Vogel eine liebliche Gisa Holm. Hermann Sudermans „Glück im Winkel“ (Wärners Hofstraße, Kappensstr. 29) wurde ganz vorzüglich aufgeführt. Friz Allen (Baron Adrich), Rudolf Wiedrach (Rektor Wiedemann), Gertrud Richter (Elisabeth) sind als ausgezeichnet zu benennen. Das dekorative Element tritt hinter die schauspielerische Leistung zurück; und da zeigt sich, ob einer was kann.

Notizen.

— Tolstojs nachgelassenes Drama „Und das Licht scheint in der Finsternis...“ wird in der Uebersetzung von August Scholz im Kleinen Theater aufgeführt werden.

— Theaterchronik. Im Weile-Allianztheater beginnt die Komletvorstellung mit Ferdinand Bonn am Sonnabend um 8 1/2 Uhr, die Sonntagsvorstellung „Sherlock Holmes“ dagegen um 8 Uhr.

— Fridtjof Nansen wird im Januar ein Vortrag durch Deutschland veranstalten, auf der er zuerst Berlin betreffen wird. Er spricht hier am 21. Januar in der Singakademie über „Die Entdeckung Amerikas durch die Norweger und die Sagas von Vinland“.

— Der schlechte Stil. Einen wie schlechten Stil die Deutschen schreiben, beweist der Erfolg eines Buches, das die demotischen Stilgebrechen, insbesondere die Fremdwörter, bekämpfen und heilen will. Eduard Engels „Deutsche Stilkunst“, die im Verlag von G. Freytag erschienen ist, hat in einigen Monaten bereits die 10. Auflage erzielt.

— Amerikanischer Subimus. Weil Franz Lehar einige erfolgreiche Operetten komponiert hat, wurde er nach New York eingeladen, dort 100 Konzerte zu einer Sogge von 4000 R. für den Abend zu dirigieren.

gefährtin, was ihm von der Versammlung durch lebhaften Beifall bedankt wurde. — Begner hatten sich nicht zum Worte gemeldet. Mit einem dreifachen Hoch endete die Versammlung.

Für die Wähler der Friedrichstadt hatten die Parteigenossen des zweiten Wahlkreises am Mittwoch eine Versammlung in Reners Saal in der Oranienstraße veranstaltet. Unser Kandidat Richard Fischer beleuchtete in einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage das Verhalten der bürgerlichen Parteien im verflochtenen Reichstage. Insbesondere nahm er die Freisinnigen unter die kritische Lupe. An der Hand ihrer Stellung zu den wichtigsten politischen Fragen zeigte der Redner, daß die Freisinnigen, wenn sie auch jetzt den Kampf gegen die Reaktion proklamieren, durchaus keine verlässlichen Kämpfer gegen die Reaktion sind, denn sie haben ja bei den vorigen Reichstagswahlen zur Stärkung der Reaktion beigetragen und die Mandate der einsigen entschiedenen Bekämpferin der Reaktion, der Sozialdemokratie, bei den Stichwahlen vermindern helfen. Wenn sich auch jetzt wieder die Freisinnigen um das Mandat des zweiten Wahlkreises bewerben, so werden sich die Wähler fragen müssen, ob sie dem Kandidaten einer Partei, die geholfen, die Rechte des Volkes zu beschneiden und des Volkes Lasten zu vermehren, ihre Stimme geben wollen. Wer es nach alledem, was der Freisinn auf sein Schuldlosigkeitsgeheimnis hat, noch fertig bringt, einen Vertreter dieser Partei in den Reichstag zu wählen, dem fehlt es an jeder politischen Einsicht. Wer sich nicht nach den Worten und den Versprechungen der Kandidaten richtet, sondern sich fragt, was hat die Partei getan, wofür der Kandidat angehört, dem kann die Entscheidung durch die Wahl nicht schwer fallen. Was die Sozialdemokratie getan hat, liegt offen vor den Augen des Volkes. Sie ist nicht nur die einzige zuverlässige Partei im Kampfe gegen die Reaktion, sondern sie ist auch die rücksichtslose Beförderin der Interessen der breiten Masse des Volkes. Wer diese Interessen gewahrt sehen, wer zum Sturz der Junker- und Pfaffenherrschaft beitragen will, der kann nicht anders als für die Sozialdemokratie stimmen.

Ein Diskussionsredner kennzeichnete an der Hand eines freisinnigen Flugblattes die jesuitische, auf Täuschung der Wähler bedachte Agitationsmethode dieser Partei. — Darauf schloß der Vorsitzende Schwahn die gut besuchte Versammlung mit einem Appell zur regen Beteiligung an den Wahlarbeiten und zur Agitation für unsere Partei.

Im dritten Wahlkreis fanden am Mittwochabend zwei öffentliche Wählerversammlungen statt. Der Kandidat des Kreises, Wilhelm Pfannkuch, hielt zuerst eine sehr beifällig aufgenommene Ansprache in der Versammlung bei Giesing, Wasserfortstraße, wo dann der Stadtverordnete Ritter über die bevorstehende Reichstagswahl referierte. — Pfannkuch rechnete mit einer Reihe von Vorwürfen ab, wie sie von den Freisinnigen gegen die Sozialdemokraten erhoben werden. Er kennzeichnete die Halbheiten des Freisinn, seine Jaghaftigkeit und Schwäche, die bei jedem Vorgehen der Sozialdemokraten zittert, weil die „Gefahr einer größeren Reaktion“ heraufbeschwört würde. Mit dieser Angst zeigte der Freisinn aber zugleich seinen Bankrott an. Die Arbeiterklasse lasse sich aber nicht irre machen und werde am 12. Januar wieder beweisen, daß sie entschlossen ist, vorwärts zu dringen. — Der Referent Ritter beleuchtete die Politik des alten liberal-konservativen wie des folgenden schwarz-blauen Bloßes und verweilte besonders bei den Versicherungsangelegenheiten; er besprach die Zoll- und Steuerpolitik, das Reichsbahnwesen, die Straßengesetzgebung und illustrierte durch mancher Beispiele, wie die herrschende Klasse durch ihre Macht im Reichstage die Interessen des arbeitenden Volkes schädigte und ihre eigenen Interessen stets zu fördern verstand. Der Referent gab zum Schluß seiner Rede der Hoffnung Ausdruck, daß am 12. Januar ein neuer Reichstag gewählt werde, durch den die Arbeiter lauter denn je ihre Stimmen erheben können. (Beifall.) — Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Aufforderung zur Agitation und mit Hochrufen auf unsere Partei.

In der öffentlichen Wählerversammlung, die Wilkes großen Saal in der Sebastianstraße füllte, sprach Genosse Ströbel. Einleitend wies er darauf hin, daß die Regierung nun doch noch dazu gekommen ist, in offizieller Kundgebung so etwas wie eine Wahlparole auszugeben. Die Sozialdemokratie soll diesmal niedergeworfen werden. Man erinnert sich an das „Niederreiten“ von 1907, bei dem die Sozialdemokratie immer noch eine Viertelmillion neuer Stimmen gewonnen hatte. Jetzt ist die Wahlkonstellation so, daß ein Bloß gegen die Sozialdemokratie nicht zustande kommen kann. Aber auch abgesehen davon, ist darauf zu rechnen, daß die Partei mindestens in der Stärke wieder in den Reichstag zurückkehrt wie vor 1907. Notwendig ist es jedoch, daß alle, die ihrer Klassenlage noch zum Proletariat gehören, ihre Schuldbüchel tun. Wenn nun auch der Liberalismus zum Teil eine entschiedene Sprache gegen die Junkerherrschaft führt, so muß doch daran erinnert werden, daß er ein gerüttelt Maß von Schuld an den heutigen Zuständen trägt. Bei der Reichsfinanzreform hat es auch der Freisinn abgesehen, die erforderlichen Steuern den Bekleideten aufzuerlegen. Der Redner erinnerte daran, wie Biemer 1908 erklärte, daß die arbeitenden Klassen und kleinen Leute schon so sehr mit Steuern überlastet seien, daß man ihnen unmöglich noch mehr auferlegen könne, wie aber derselbe Freisinnsmann dann im Jahre 1909 es plötzlich für ganz unmöglich erklärte, die Arbeiterschaft und kleinen Leute bei der Aufbringung der erforderlichen 600 Millionen zu schonen. Der Redner lieferte im weiteren Verlauf seines Vortrages den Nachweis, daß es ohne große Schwierigkeiten sehr leicht gewesen wäre, diese Gelder durch eine im Verhältnis zu Vermögen und Einkommen immer noch sehr mäßige Besteuerung der wohlhabenden Leute aufzubringen, und zeigte ferner auf Grund geschichtlicher Tatsachen, wie die Freisinnigen allmählich dazu gekommen sind, alle Militär- und Marineforderungen zu bewilligen und für die Kolonialpolitik einzutreten, und wie sie auch in dieser Hinsicht wiederum die Mitschuldigen daran sind, daß dem Volke so ungeheure Lasten auferlegt werden. Man muß sich die Taten des Freisinn ansehen und darf nicht auf seine Worte geben. Darum kann für alle ehrlich arbeitenden Schichten der Bevölkerung bei der bevorstehenden Wahl nur die Sozialdemokratie in Frage kommen. Jeder, der das erkannt hat, muß aber auch dafür sorgen, daß der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Pfannkuch, der seit 45 Jahren mit allem Eifer für die Interessen der Beschloßen und kleinen Leute eintritt, nicht nur gewählt, sondern auch mit starker Majorität in den Reichstag geschickt wird. — Der inhaltreiche Vortrag fand lebhaften Beifall.

Nach vergeblicher Aufforderung an die Begner, sich zum Wort zu melden, und nach einigen zum Wahlkampf anfeuernden Ausführungen des Vorsitzenden, hielt der Kandidat des Kreises, Genosse Pfannkuch, eine Ansprache, die sich ebenfalls in der Hauptsache gegen den Freisinn richtete. Die Freisinnigen haben, soweit bekannt, bis jetzt nur ein Flugblatt im Kreise verbreitet. Sie empfehlen ihren Kandidaten, Reichsanwalt Koback, unter anderem damit, daß sie erklären, im Gegensatz zum schwarz-blauen Bloß eine Reform des preussischen Landtagswahlrechts anzustreben. Wie diese Reform aussehen soll, wird nicht verraten. Wer aber die Taten des Freisinn kennt, wird von ihm nicht erwarten, daß er das allgemeine gleiche Wahlrecht erkämpft oder auch nur die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf das Landesparlament. Die Sozialdemokratie gibt sich bekanntlich hiermit nicht zufrieden, sondern fordert, daß das Wahlrecht auch auf das weibliche Geschlecht, sowie auf die jungen Leute vom zwanzigsten Lebensjahre ab ausgedehnt werde. Dazu ist eine im früheren Lebensalter beginnende staatsbürgerliche Erziehung nötig; aber es war der Freisinn, der sich bei Beratung des Reichsbürgerrechtsgesetzes herbeizusetzen, zu stimmen dafür, daß die Jugend bis zum 18. Lebensjahre vom politischen Leben ausgeschlossen sein soll. Nun aber ist es derselbe Freisinn, der uns vorwirft, wir forderten die Kulturvergangenheit nicht. Wie lächerlich diese Behauptung ist und wie sie vielmehr auf den Freisinn selbst zutrifft, wies der Redner auf Grund eines großen Tatsachenmaterials nach. Nachdem er noch weiter das ganze Verhalten der Freisinnigen in der Reichs-, Staats- und Gemeindepolitik den Anwesenden vor Augen geführt hatte, kam der Redner zu dem Schluß, daß es im Interesse der Arbeiter wie

der kleinen Leute liegt, die Sozialdemokratie zum Siege zu führen, die Partei, die ihren eigenen Weg geht, um alle die politischen Freiheiten zu erringen, die die Freisinnigen zu erkämpfen aufgegeben haben, und darüber hinaus auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung erstrebt. — Die Versammlung schloß mit Hochrufen auf die Partei.

### Teltow-Beeskow.

Marienthorf. Eine gewaltige Kundgebung, wie sie Marienthorf wohl noch nicht gesehen, war die letzte Versammlung, in der Genosse Zubeil zu den Wählern sprach. Schon vor 8 Uhr war der größte Saal am Ort bei Graß gefüllt, so daß die später Erscheinenden dicht gedrängt stehen mußten. Mindestens 1000 Personen lauschten mit großem Interesse den inhaltreichen Ausführungen unseres Genossen Zubeil. Trotz der herben Kritik der Parteien, insbesondere der Demokratischen Vereinigung, meldete sich kein Begner zum Wort. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme.

### Niederbarnim.

#### Ein verkappter Wahlhelfer.

Der „Berl. Volks-Ztg.“ entnehmen wir folgende Episode aus dem Wahlkampf:

„In den Versammlungen, die von den Konservativen, der Reichspartei und dem Bund der Landwirte in jedem Dorfe im Kreise Niederbarnim veranstaltet werden, tritt seit der Wahlbewegung fast jeden Abend ein Redner auf, der sich, stolz wie ein Spanier, „Schriftsteller Feder“ nennt und man überall sein Sprichlein gegen Liberale und Sozialdemokraten herabläßt. Als Agitator jener Parteien agitiert er für die Wahl des Bürgermeisters Pletzen-Bichtenberg. Wiederholt war aufgefallen, daß der „Schriftsteller Feder-Berlin“ stets die Versammlungen so legte, daß er mit den Jagen möglichst frühzeitig abreisen konnte. Es war dies in Groß-Schönebeck, Heinersdorf, Malz, Liebenwalde der Fall. Da der letzte Zug von Liebenwalde um 9 Uhr nach Berlin fährt, der Parteiredner aber künstlich hingezogen worden war, so wurde schnell ein Automobil aus Oranienburg bestellt. Nach der Versammlung sprach ein Handwerker den „Schriftsteller Feder-Berlin“ mit: „Herr Weigel“ an. Er antwortete: „Sie irren! Ich bin nicht Weigel.“ Darauf der Handwerker: „Dann müssen wir Sie durch zwei Frauen, die mit Ihnen aus einem Orte sind, legitimieren lassen, das Sie der Gemeindefullehrer Weigel aus Ober-Schönebeck, Bismarckstraße 25, sind.“

Herr Lehrer Weigel mußte nun notgedrungen die Wahrheit eingestehen, machte aber, daß er fortkam, um früh wieder in der Schule zu sein.“

Pantow. Am Mittwoch stellte sich in gut besuchter Versammlung der Kandidat der Sozialdemokratie, Genosse A. Stadthagen, im „Kurfürsten“ seinen Wählern vor. Die Versammlung wurde durch einen Gesangsbeitrag der Pantower Sängerkörpers „Empor zum Licht“ eröffnet. Der verflochten Reichstag wurde vom Referenten der ihm gebührenden Kritik unterzogen; die Steuerpolitik, die den Wohlstand der arbeitenden Bevölkerung untergraben, die Kaufkraft vermindert und zu Arbeitslosigkeit geführt hat. Von gewissenlosen Produzenten werden die notwendigsten Lebens- und Genussmittel verfälcht und Tod und Verderben unter die Bernsten gebracht. Die Massenjustiz, die Reichsversicherungsordnung, die keine Reformen, den Arbeitern aber eine neue Besteuerung bringt, wurden treffend beleuchtet. „Es geht diesmal auf Ganze!“ Dieser Ausspruch des Herrn v. Hennebrand zeigt, die Politik der kommenden Zeit. Neue Rüstungsvorlagen, Beseitigung des Koalitionsrechts und neue Steuern! Der 12. Januar soll die erste Etappe des Vorwärtsschreitens sein zu einer wirklichen Sozialpolitik, zur Befreiung der Unterdrückten von den Peinigen. Doch nicht die Erringung des Mandats sei nur das Ziel, das Ergebnis einer generalen Stimmengabe soll den herrschenden Klassen zeigen, wie der Wind weht. — Die anwesenden Begner meldeten sich nicht zum Wort. Der Versammlungsleiter ermahnte speziell die Frauen, in ihrer Wohnung nur die Arbeiterpresse zu dulden. Der Schlußgesang „Ein Volk — ein Herz — ein Vaterland“ erhöhte die Kampfstimmung, und mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

### Stadtverordneten-Versammlung.

1. Sitzung vom Donnerstag, den 4. Januar 1912, nachmittags 5 Uhr.

Die heutige erste Sitzung im neuen Jahre ist zunächst der Einführung der wieder- bzw. neugewählten Mitglieder und sodann der Rekonstitutionierung der Versammlung gewidmet.

Der bisherige Vorsitzende Richelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Neujahrsgruß an die Kollegen und veranlaßt zunächst die Einführung der erwählten Mitglieder. Unter denselben befinden sich auch die neugewählten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, Kaufmann Robert Dr. Fischer, Restaurateur Julius Meyer, Kaufmann Alexander Fröhlich, Arbeitersekretär Eugen Bräuner. Wieder gewählt sind Sassenbach, Toltzsdorf, Dr. Jabel, Walded, Wasse, Wille, Heimann, Hoffmann, Koblenger, Mars, Dr. Arons, Hinge.

Die 48 Eingeführten werden vom Oberbürgermeister Ritscher begrüßt und dann auf die Städteordnung verpflichtet. In seiner Ansprache kommt der Oberbürgermeister sofort auf die Katastrophe, welche einen Teil der Besucher des städtischen Obdach betroffen hat, zu sprechen. Es sei ihm Herzogbedürfnis, dem Gefühl der Trauer und der Teilnahme Ausdruck zu geben; diese Teilnahme sei in allen Teilen der Bevölkerung, selbst vom Auslande, aufs lebhafteste bekundet worden, und das sei ein Trost; er halte es für seine Pflicht, auch an dieser Stelle den herzlichsten Dank dafür auszusprechen. Dann begrüßt den Beamten des Obdach, die während der Feiertage unablässig, Tag und Nacht, bemüht gewesen seien, ihre Pflicht voll zu erfüllen. Dank den Ärzten, Schwestern und Pflegern sowie den staatlichen Behörden, die eifrig bemüht gewesen seien und mit Erfolg, wie man jetzt wohl sagen könne, die Ursachen der Erkrankung zu erkennen.

Vorsitzer Richelet begrüßt darauf auch seinerseits die Eingeführten. Mit dem Ergebnis des von der Bürgerschaft im November über die Tätigkeit ihrer Vertretung gehaltenen Gerichts könne man im großen und ganzen wohl zufrieden sein. Für die Bedauerndwerten die von dem Anschlag im städtischen Hof betroffen sind, spricht auch der Vorsitz seine tiefe Teilnahme aus.

Die Versammlung schreitet hierauf zu ihrer Rekonstitutionierung, und zwar zunächst zur Wahl des Vorsitzenden.

Beim Namensaufruf werden 122 Zettel abgegeben; davon sind 9 unbeschrieben, also ungültig. Sämtliche 113 abgegebenen gültigen Stimmen fallen auf den Stadtv. Richelet; dieser ist einstimmig wiedergewählt. (Beifall.)

Zum Vorsteher-Stellvertreter schlägt Stadtv. Bruns (Soz.) den Kollegen Heimann vor: „Hier machen den Vorschlag, weil wir der Meinung sind, daß die einzelnen Gruppen der Versammlung ihrer Stärke entsprechend auch an den Arbeiten des Vorstandes teilnehmen sollen. Ich darf dabei sagen, daß dieser Vorschlag weder gegen die Person noch gegen die bisherige Amtsführung des Herrn Gassel ein Mißtrauen bedeutet.“

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.) macht den Gegenorschlag, den bisherigen Vorsteher-Stellvertreter Gassel wiedergewählen. Auf Gassel entfallen 78, auf Heimann 38 Stimmen; Gassel ist somit wiedergewählt und nimmt die Wahl mit Dankesworten an. 5 Zettel sind weiß.

Die übrigen 4 Beisitzer Geride (Fr. Fr.), Fried (N. L.), Liebnow (N. L.) und Bruns (Soz.) werden auf Vorschlag Ronfen durch Jurauf einstimmig wiedergewählt, die Wahl der

Beisitzer-Stellvertreter, deren Zahl ebenfalls auf 4 erhöht werden soll, wird auf nächste Sitzung verschoben.

Die ordentlichen Sitzungen der Versammlung werden auch im Jahre 1912 an den Donnerstagen von 6 Uhr ab abgehalten werden.

Für die Vorbereitung der Neuwahl der ständigen Ausschüsse usw. wird ein Ausschuß von 15 Mitgliedern eingesetzt.

### Das Massensterben im städtischen Obdach

Ist Gegenstand eines dringlichen Antrages aller bürgerlichen Fraktionen, mit Ausnahme der freien Fraktion, und gleichlautend auch von den Sozialdemokraten eingebracht:

„Den Magistrat um Auskunft zu ersuchen über die Ursachen der zahlreichen Erkrankungen und Sterbefälle von Besuchern des städtischen Obdach in der Preßelstraße, sowie über die hierbei von der städtischen Verwaltung getroffenen Maßnahmen.“

Die Dringlichkeit wird anerkannt und der Gegenstand vorweg beraten.

Stadtv. Gassel: Das Beileid des Magistrats und der Stadtverordneten für die entsetzlichen Vorgänge im städtischen Obdach ist heute hier bereits bekundet worden. Die rätselhaften Erkrankungen und die vielen Todesfälle haben die Bevölkerung um so mehr erschüttert, als eine sichere Feststellung der Ursache nicht so leicht möglich war, und das Entsetzen wuchs, weil sich die Erkrankungen und Todesfälle Tag für Tag wiederholten. Wir haben unseren Antrag nicht in dem Sinne gestellt, als wenn die Ursache in der städtischen Verwaltung und den städtischen Einrichtungen läge, als wenn diesen irgend eine Mißbilligung ausgesprochen werden sollte. Wir sind aber der Meinung, daß die Bevölkerung Berlins ein Recht hat, sobald als möglich von offizieller Stelle Auskunft über die Ursache der schrecklichen Vorfälle zu bekommen, und welche Hoffnungen besteht, daß das Unheil sein Ende erreicht hat. Wir müssen genau zu wärigen, mit welchem Eifer sich die ärztliche Wissenschaft der Erkenntnis der Ursachen gewidmet hat. Wir müssen aber darauf halten, daß uns das, was wir bisher nur durch die Presse erfahren haben, von autoritativer Seite hier klargestellt wird.

Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.): Wir haben einen bestimmten Antrag nicht stellen wollen, weil die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind. Wir können bezeugen, daß im Obdach alles getan ist, was getan werden konnte.

Stadtv. Jucht (Soz.): Ich schließe mich durchaus den warmen Worten des Herrn Oberbürgermeisters an, daß die Misere draußen bald beseitigt sein möge. Es ist durchaus zu begrüßen, wenn alle Mittel in Bewegung gesetzt werden, um dem Uebel nachzuforschen und auf den Grund zu gehen. Aber bei der ganzen Geschichte hat bisher die Wissenschaft versagt. (Heiterkeit.) Sollte es nicht möglich gewesen sein, schärfere Maßnahmen zu treffen, die Verstorbenen und Erkrankten alle gründlich zu untersuchen? In der Presse ist behauptet worden, daß ein großer Teil der Verstorbenen ohne Untersuchung

beerdigt worden ist. Ich halte das für gänzlich unzulässig. Dies mußte alles, auch das Letzte, in Anspruch genommen werden. Die Zeugnissen aller Parteigruppierungen haben in vielen Punkten übereinstimmend, in der Gegend des Halleischen Tores wurden Flugblätter verbreitet, wonach die Cholera ausgebrochen sei. War das das städtische Gesundheitsamt nicht verpflichtet, öffentliche Erklärungen abzugeben? Aber nichts von alledem ist geschehen. Man suchte und suchte, und glücklich ist schließlich die Kriminalpolizei auf das Richtige gekommen, während die Ärzte immerfort suchten, aber nichts fanden. Die Kriminalpolizei hat hier einmal dankbare Arbeit geleistet. Das Hauptübel ist immer noch die Ueberfüllung des Hofes.

(Jurauf: Der Schnaps!) Die Sozialdemokratie hat auf ihrem Parteitage für die

Bekämpfung und Beseitigung des Schnapsgenusses resoliert; Sie müssen doch da mit uns Hand in Hand gehen. Welche Ueberfüllung würde heute im Obdach eintreten, wenn wir 10 oder 15 Grad Kälte hätten! Nicht der Obdachverwaltung, sondern den städtischen Behörden, dem Magistrat und uns muß der Vorwurf gemacht werden, wenn diese Ueberfüllung noch immer nicht beseitigt ist. Könnten nicht die Unsummen, die bei Fürstenermpfängen, für die Anstreichung des Stamburger Tores oder für Kaisergeburtstagsessen und ähnliches, viel besser für einen Erweiterungsbau des Obdach verwendet werden? (Wachsende Unruhe bei der Rede.) Sie wissen nicht, Herr Bamberg, wie diesen Unglücklichen zumute ist. (Stadtv. Bamberg: Sie auch nicht!) Ich weiß es; danken Sie Gott, Herr Bamberg, daß Sie Millionär sind. Wir werden in der nächsten Sitzung den Antrag auf den

### Erweiterungsbau

einbringen. Darum hat das städtische Gesundheitsamt die Angelegenheit nicht viel energischer in Angriff genommen, warum haben die ärztlichen Kapazitäten so durchaus verfehlt? Mit Beileid und Bedauern geht die Sache nicht zu machen. Auch wenn wir die Jugendlichen herausnehmen, gewinnen wir eine ganze Menge Platz; irgend etwas Durchgreifendes muß geschehen. Ich bin mehrmals längere Zeit und noch gestern draußen gewesen und habe gesehen, daß Beamte und Ärzte in dollstem Maße ihre Schuldigkeit getan haben; ich muß bestätigen, daß bei den Revisionen, wo ich zugegen war, stets alles aufs peinlichste vorgefunden worden ist. (Hört! hört!) ... Ja, das haben wir auch in unseren Revisionsberichten gesagt, aber das

ärztliche Personal reicht nicht aus,

es müßte ganz bedeutend verstärkt werden. In diesem Falle hätte man durch öffentlichen Aufruf alle erreichbaren Ärzte heranziehen müssen! Wir sind verpflichtet, für die Interessen der Gesamtheit einzutreten; da ist es auch unsere Pflicht, hier gründlich Remedur zu schaffen. Wenn dieser Krankheitsherd dort nicht noch erweitert werden soll, muß unbedingt der Erweiterungsbau eiligst in Angriff genommen werden.

Stadtv. Jacht: Die Frequenz des Obdach ist in den letzten Jahren so gewachsen, daß die Deputation mehrfach sich mit der Frage bereits beschäftigt hat, wie Wandel geschaffen werden kann, auch ist von der Notwendigkeit der Erweiterung gesprochen worden. Diese ist aber sehr schwierig, wenn ein Teil der Hofes während des Umbaus außer Betrieb gesetzt werden muß; daraus ist der Antrag entstanden, für die Provisorien Baracken zu errichten. Diese sind erbaut, für mindestens 600 Personen, und werden in den allernächsten Tagen in Benutzung genommen werden. Wenn gestern Leute auf dem Fußboden gelegen haben sollen, so muß das sehr spät gewesen sein; um 10 Uhr war ich noch da, und da war jeder von den Obdachlosen untergebracht. Allerdings konnten nach der Suppenverteilung von 8-11 Uhr noch eine ganze Menge, die aufgenommen werden, aber keine Speise bekommen. Unsere Frequenz heute nacht war 4006; in den Tagen vorher waren es 4100-4200, und nur in der Silvesternacht haben wir 700 Personen weniger gehabt als vorher und nochher. (Heiterkeit.) Aus dem chronologischen Hergange werden sich die beiden gestellten Fragen am besten beantworten lassen. Am Weihnachtsabend wurde ein Mann aus dem Obdach als Kranz gemeldet; als der Arzt herankam, war der Mann schon verstorben. Am zweiten Feiertag morgens fand man einen Mann, der in der Nacht verstorben war, und ein anderer, der sich krank meldete, verstarb gleich darauf. Nachdem um 4 Uhr das Obdach geöffnet worden war, meldeten sich um 6 Uhr zwei Kranke, die sofort unter den Händen des Arztes starben; dann kamen Erkrankungen in größerer Zahl in der Nacht vor. Soweit eine Vernehmung noch möglich war, erklärten einzelne, sie hätten Wädlinge gegessen, andere, sie hätten nichts gegessen; alle aber der größere Teil haben zu Schnaps getrunken zu haben. Im ganzen haben wir draußen

111 Krankmeldungen

gehört, wieviele von den Kranken aus dem Obdach, wieviel von der Straße stammten, konnte nicht genau festgestellt werden. Bei dem größeren Teil hat sich herausgestellt, daß sie alle in den letzten Nächten draußen beherbergt wurden. Am dritten Feiertag morgens ist von seiten des Oberinspektors das Obdach gesperrt worden, bis

Gewißheit darüber geschaffen war, ob nicht eine Infektionkrankheit vorliegt. Die erste Obduktion wurde am dritten Feiertag nachmittags gemacht, solange war das Obdach gesperrt, d. h. es konnte jeder hinein, aber niemand heraus. Nachmittags von 4 Uhr an wurde es wieder geöffnet und war von da an wieder regelmäßig frequentiert. Erst am Abend nach 9 Uhr erschien der Polizeiarzt und erklärte, eine Infektion liege nicht vor. Auf die Frage, ob wir nun die Beamten und Kertze entlassen dürften und ebenso die 4000 Obdachlosen, wollte er dafür die Verantwortung nicht übernehmen, fragte vielmehr nach um 10 Uhr telefonisch bei dem Chef der Kriminalpolizei an; der hatte kein Bedenken, und so wurden die Beamten und die Obdachlosen entlassen. Inzwischen war das ganze Obdach desinfiziert worden. Nachdem sich aus verschiedenen Vernehmungen ergeben hatte, daß ein großer Teil dieser Leute Schnaps getrunken hatte, hat der Oberinspektor das zuständige Polizeirevier darauf aufmerksam gemacht, daß möglicherweise hier eine Verbindung zu finden sei. Natürlich durfte das nicht in die Presse gebracht werden, damit die Polizei ihre Untersuchungen ungehindert machen konnte. Es sind sofort Proben von den Getränken in verschiedenen Flaschen genommen worden, und diese Proben sind es, in denen Dr. Jandera das

Vorhandensein von Methylnalkohol festgestellt hat. Am nächsten Tage kam dann eine weitere Reihe von Erkrankungen. Festgestellt ist, daß in der Nähe des Obdachs u. a. drei Wädlinge für 5 Pf. verkauft worden sind; daß das nicht frische, gute Ware sein kann, kündigt ein. Unsere Kertze sind unausgesehlt tätig gewesen. Die Kranken sind sofort in die Krankenhäuser geschickt worden, zuletzt auch durch ein Krankenautomobil. Ich glaube, daß unsererseits nichts veräumt worden ist. Durch die Presse ging auch die Ansicht, daß möglicherweise in den von uns vertriebenen Nahrungsmitteln schädliche Stoffe enthalten sein könnten. Vergiftungen durch Weinspan waren ausgeschlossen, weil wir Mikroskop haben, die nach jedem Gebrauch gereinigt werden; es hätte dann auch die Anzahl der Erkrankungen viel größer sein müssen. Desinfektionsmittel sind unsere Speisen sofort dem städtischen Untersuchungsamt übergeben worden. Dieses hat bescheinigt, daß nichts Schädliches darin gefunden worden ist. Die Erkrankungsursachen liegen also

außerhalb des Obdachs und außerhalb unserer Machtbefugnisse. Etwas Positives ist uns von den Behörden über die definitive Feststellung der Ursache noch nicht mitgeteilt worden. Man kann aber unbedenklich annehmen, daß die Hauptursache in den Methylnalkoholvergiftungen zu suchen ist. (Redaktioneller Beifall.)

Stadtv. Gaffel stellt hiernach fest, daß seitens der städtischen Verwaltung nichts veräumt ist, daß man den Ursachen der Erscheinungen nachzugehen bestrebt war, soweit es überhaupt möglich war. Auch im Interesse des Berliner Gewerbes war eine Verhütung durchaus erforderlich; die Bevölkerung ist im höchsten Maße verunsichert, z. B. hinsichtlich der Nahrung. In diesem Sinne waren auch die Angriffe des Kollegen Jucht durchaus nicht unangebracht, denn sie haben dem Magistrat Gelegenheit gegeben, Klarheit zu schaffen. Kollege Jucht behauptet, die Krankheit sei durch die zu große Befehung entstanden (Widerspruch); ja, wohl, das haben Sie gesagt und damit eine große Verantwortung auf sich geladen. Bei einer so ernstlichen Situation ist das ein sehr bedauerliches Vorgehen. Auch Herr Jucht hat anerkennen müssen, daß die Klage sehr gut ist; er hat nur bemängelt, daß zu wenig Kertze da sind. Mehr ärztliches Personal hätte bei einer so plötzlichen Krankheitsverbreitung in keinem Falle herangeschafft werden können, wie hier herangeschafft worden ist.

Oberbürgermeister Kislauer: Ich habe mich mittlerweile schon gewöhnt, daß man die Gelegenheiten vom Saun bricht, Neben zu halten, die mit der Sache nichts zu tun haben; daß man aber bei einer so ernstlichen Sache sich dazu entschließen kann, eine solche Rede zu halten, hat alle meine Erwartungen überzogen. Jeder hat die Verpflichtung, bei einer so ernstlichen Sache nur das zu sagen, was er tatsächlich beweisen kann. Es soll nicht die erforderliche ärztliche Hilfe bagemessen sein; der Magistrat hätte einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen sollen! Was hätte ein solcher Aufruf bei nur 150 Erkrankungen für einen Sinn! Er hätte nur Verwirrung hervorgerufen. Im Krankenhause Friedrichshain ist ein Sonderpatillon für die Erkrankten eingerichtet worden, wo absolut keine Heberfüllung war; ein ganzer ärztlicher Staff unter Leitung des Kreisphysikus Stadelmann ist hier tätig gewesen. Dieser Vorwurf ist also (Zuruf: „Friedrichshain“) jeder Begründung entbehrend. Die Sektion hängt nicht von uns, sondern von staatlichen Behörden ab; vom dritten Feiertage an sind Sektionen vorgenommen worden. Es genügt auch völlig, wenn einzelne dieser Leichen sezziert werden. Der Vorwurf, daß die Ursache nicht zeitig genug entdeckt ist, ist haltlos; man kann auch heute noch nichts ganz Bestimmtes sagen. Es gibt Gifte, die sich der Feststellung entziehen und sich auch auf chemischem und bakteriologischem Wege nur sehr schwer feststellen lassen. Unser Untersuchungsamt hatte mit den Leichen gar nichts zu tun; das haben die staatlichen Behörden zu erledigen. Das Nachforschungsamt mußte sich damit begnügen, dasjenige anzugeben, was greifbar und vernehmbar war.

Stadtrat Jacoby: Am dritten Feiertage haben die Kertze die Leute untersucht, noch ehe sie herein kamen, und die Kranken abgefordert.

Stadtv. Rossmann: Die Erklärung, die uns heute abgegeben worden ist, begrüße auch ich als willkommen. Daß Kollege Jucht absolut unlogisch gewesen ist, wird er wohl später selbst einsehen. Der Kampf gegen den Alkohol werden wir gern unterstützen. Ich hätte gewünscht, der Schnapsbottler hätte auf die Unglücklichen, um die es sich hier handelt, etwas mehr gewirkt; aber da wird wohl jede Einwirkung vergeblich sein.

Stadtv. Dr. Jabel (Sog.): Gegenüber den Mißdeutungen, denen die Ausführungen des Kollegen Jucht unterliegen sind, bemerke ich, daß auch er den Kertzen und Beamten des Obdachs absolut keinen Vorwurf gemacht hat. Wenn er bemängelt hat, daß die Kertze die Krankheitsursache nicht ermittelt haben, so ist das eine vom Standpunkt des Laien ganz verständliche Bemerkung. Wenn die Zeitungen immerfort mitteilen, daß die Kertze die Ursache nicht erkennen, und ein Polizeileutnant dann auf die Spur kommt, die nach Charlottenburg und zum Weichholalohol führt, so ist eine solche Bemerkung eben begründet. Auch sonst hat Kollege Jucht nichts gesagt, was eine solche Entrüstung bei den späteren Lesern und beim Oberbürgermeister rechtfertigt. Eine herzerkämpfte Erkrankung haben wir in Deutschland noch nicht gesehen; es scheint jetzt, daß vereinzelte Methylnalkoholkrankungen schon in den letzten Monaten vorgekommen und als solche erkannt worden sind, aber nicht in dieser außerordentlichen Zahl. Daß unser städtisches Gesundheitsamt einfach ignoriert worden ist, mache ich der städtischen Verwaltung direkt zum Vorwurf; der Leiter der Anstalt empfindet diese Uebergehung selbst außerordentlich schwer. Ich mache dem Delegierten des Ausschusses, dem Delegierten des städtischen Medizinalkommissars und dem Oberbürgermeister zum Vorwurf, daß sie

nicht von vornherein das städtische Gesundheitsamt herangezogen haben. Dieses Institut ist doch nicht bloß ein Nahrungsmitteluntersuchungsamt. Hier ist eine schwere Untersuchungsfrage begangen worden; denn es ist nicht gesagt, ob dann nicht Tage früher die Ursache der Erkrankungen ermittelt worden wäre. Diese Meinung ist in den weitesten Kreisen verbreitet. — In Zukunft sollte den Kislauer auch Tee, Kaffee oder Schokolade außer der Suppe als

Erst für den Schnaps geboten werden (Widerspruch und Lachen); für 5 Pf. sollte das zu kaufen. (Zuruf: „Die Leute wollen ja aber gar nicht!“) Den einschleppenden Schnaps sollte eventuell die Verwaltung konfiszieren können. (In der Versammlung macht sich wachsende Unruhe bemerkbar.) Ich stimme der Ansicht rückhaltlos bei, daß Kertze und Beamte des Obdachs in diesem traurigen Falle ihre volle Schuldigkeit getan haben. (Hört! hört!) Das einzige, was ich tadeln muß, ist die Unterlassung der Heranziehung des städtischen Untersuchungsamtes.

Stadtrat Straßmann: Ich habe sofort, als ich von den ersten Erkrankungen hörte, den Vageninhalt und die erkrankten Massen der Verstorbenen resp. Erkrankten untersuchen wollen; das war unzulässig. Am 28. Dezember aber sind bezügliche Untersuchungsmaterialien unserem Amt allerdings vom Friedrichshain zugeführt worden. (Hört! hört!) Diese Untersuchungen sind nicht in zweimal 24 Stunden zu machen; der Direktor Prossauer hat aber einen vorläufigen amtlichen Bericht bereits erstattet; er liegt mir vor.

Stadtv. Jucht: Ich habe nicht gesagt, daß die Schuld an der städtischen Verwaltung im Obdach gelegen hat. Ich habe anerkannt, daß brauen die peinlichste Sauberkeit herrscht, daß alle Beamten und Kertze ihre Schuldigkeit getan haben. Ich habe aber daran angeknüpft, daß durch die Ueberfüllung des Obdachs bestimmte Dinge

weiter getragen werden können, und das ganze Kuratorium hat einstimmig die Forderungen verlangt, die ich gerade habe.

Stadtv. Gaffel: Das hat gar nichts mit der Behauptung zu tun, daß die Erkrankungen auf die Verwaltung zurückzuführen seien. Darum ist der Kollege so starken Mißdeutungen ausgesetzt gewesen. Das durch die heutige Beratung erzielte Resultat ergibt, daß die städtische Verwaltung keine Schuld trifft. Weitere Aufklärungen können heute noch nicht gegeben werden; wir ziehen daher unseren Antrag als erledigt zurück.

Stadtv. Dr. Jabel: Stadtrat Straßmanns Mitteilungen haben mich nicht befriedigt. Das Untersuchungsamt hat nicht bloß Proben zu bekommen, sondern es hätte auch an die Stelle berufen zu werden, wo das Unglück passiert ist. Auch wir ziehen unseren Antrag als erledigt zurück.

Stadtrat Straßmann: Der Fall ist ein gerichtlicher gemorden, und wir haben da offiziell nicht einzugreifen. Wir haben die Untersuchung lediglich im Interesse der Verwaltung und der Bürgerschaft ange stellt.

Damit ist die Angelegenheit erledigt. In Sachen des „Lebigenheims“

hat die Ausschussberatung, nachdem durch eine Subkommission direkte Verhandlungen mit dem Vorstand der Aktiengesellschaft „Verein zur Verbesserung der kleinen Wohnungen in Berlin“ gepflogen worden sind, zu dem Ergebnis geführt, daß dem Verein kostenlos ein städtisches Grundstück an der Schönstedtstraße zur Erbauung und zum gemeinschaftlichen Betrieb dieses Heims überlassen werden soll, und zwar soll nicht das Mittelgrundstück, sondern das 3000 Quadratmeter große Eckgrundstück an der Orststraße hergegeben werden, das die Erbauung von 500 (statt 424) Einzelzimmern ermöglicht. Ferner soll der mittlere Hof breiter als im Entwurf vorgesehen gehalten und mit Gartenanlagen versehen werden; die Antriebsanlage soll innerhalb zwei Jahren vom Tage des Vertragsabschlusses ab erfolgen; das Grundstück ist kostenlos an die Stadt zurückzugeben, sobald es diesem Zweck nicht mehr dient. Endlich soll für die Gemeindebehörden das Recht statuiert werden, im Aufsichtsrat der Gesellschaft durch 3 Mitglieder vertreten zu sein.

Ohne Debatte wird nach den Ausführungen beschlossen. Am 28. Oktober überwiegt die Verammlung einem Ausschuss den Antrag Dr. Krons u. Gen. (Sog.): „den Magistrat zu ersuchen, bei der Regierung und den beteiligten Körperschaften vorstellig zu werden, das Kommunalabgabengesetz dahin abzuändern, daß den Gemeinden gestattet wird,

1. die Einkommen bis 1500 M. steuerfrei zu lassen;
2. progressive Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer für Einkommen von 3000 M. an;
3. progressive Zuschläge zur staatlichen Ergänzungssteuer für Vermögen von 20 000 M. an zu erheben.

Am 12. Dezember hat der Ausschuss mit allen gegen 3 Stimmen den Antrag abgelehnt. Stadtv. Liebenow (R. L.) trägt als Berichterstatter die Gründe der ablehnenden Mehrheit vor, die hauptsächlich in der „Ungerechtigkeit“ gipfeln, welche in einer so weitgehenden Steuerbefreiung liegt.

Stadtv. Leib (Sog.): Wir können uns von der Stichhaltigkeit der Ablehnungsgründe nicht überzeugen und nehmen unseren Antrag wieder auf. Unsere Anregungen gehen von dem Gesichtspunkt aus, die unteren Klassen möglichst zu entlasten und dafür die Klassen mit höherem Einkommen stärker heranzuziehen. Das heutige Kommunalabgabengesetz läßt die Durchführung dieses guten Grundgedankes nicht zu. Um aus dieser Kalamität herauszukommen, erscheint es uns erwünscht, wenn die städtischen Körperschaften sich an die Befreiung wegen Abänderung des Gesetzes wenden. Die Einkommen bis 1500 M. sollen ja keineswegs freigelassen werden müssen; die Gemeinden sollen nur eine dahingehende Befugnis erhalten. Ferner wollen wir die Möglichkeit schaffen, Einkommen unter 3000 M. geringer mit Zuschlägen zu bestrafen als Einkommen über 3000 M. Ein solcher Antrag ist eigentlich selbstverständlich, und befremdet nur, daß er noch immer bekämpft wird. 1907 hat in Eberfeld der Vorstand der „Freiwirtschaftlichen Volkspartei“ etwas ganz Ähnliches gefordert. Daß ein großer Teil der Bevölkerung dann steuerfrei bleiben würde, ist auch nicht durchschlagend, denn dieser große Teil der Bevölkerung schafft doch durch seine Arbeit Werte.

Stadtv. Gaffel: Wir können uns von dem Antrag absolut keinen Nutzen versprechen.

Der Antrag Krons wird darauf abgelehnt. Die Beratung der Vorlage betr. den neuen Vertrag mit der A. E. G. wegen der Schnellbahn Gesundbrunnen-Rixdorf wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Der Magistrat legt das Verzeichnis der neuen und der erhöhten Zuwendungen vor, die im Jahre 1912 aus städtischen Mitteln an gemeinnützige Anstalten, Vereine und dergleichen gemacht werden sollen.

Zur Vorberatung dieses Verzeichnisses wird ein besonderer Ausschuss von 15 Mitgliedern eingesetzt und darauf nach 9 Uhr die öffentliche Sitzung geschlossen.

## Soziales.

### Der Nationalismus bis zur Tasche.

Sogar in dem national vergifteten Oesterreich geht den deutschen Agrarern der Profit vor das „Nationalgefühl“. Sie, die täglich über die Verdrängung Deutschböhmern klagen, rühmen sich, daß die Einfuhr galizischer (polnischer und ruthenischer) Feldarbeiter nach Deutschböhmen fortwährend steigt und 1911 schon 5628 gegen 2114 vor zwei Jahren betrug. Aber die Sozialdemokratie, die eine zum Im-Lande-Bleiben ausreichende Bezahlung der Arbeiter will, ist nationallos, vollverräterisch und vaterlandseindlich.

## Gerichts-Zeitung.

### Die bösen Schwiegermütter

haben es dem Lokomotivführer Burhenne angetan, gegen den gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtspräsidenten in ein gerichtliches Nachspiel zu einer ehelichen Gewitterszene zu verhandeln hatte. — Der Angeklagte ist seit 15 Jahren mit einer Tochter der geschiedenen Zugführerin Frau Kuhn verheiratet. Während anfangs der eheliche Himmel durch kein Wolken getrübt wurde, stellten sich bald Unstimmigkeiten zwischen den Eheleuten ein, nachdem die Mutter der Frau zu den Eheleuten gezogen war. Nach der Behauptung des Angeklagten habe diese stets versucht, das Regiment im Hause zu führen, so daß es alle Augenblicke zum Streit und Zank kam, da seine Schwiegermutter außerdem auch noch seine Frau gegen ihn aufzuheben verucht habe. Die Spannung erhöhte sich, als es seine Schwiegermutter durchzusetzen verstand, daß ihr Welt in dem ehelichen Schlafzimmer aufgestellt wurde. Als er schließlich auch noch seine Schwiegermutter in seinem eigenen Bett fand, während er in einem anderen Zimmer schlafen sollte, riß ihm der Geduldsfad. Es kam zu einem heftigen Streit, bei dem der Angeklagte, als er von seiner

Schwiegermutter beschimpft wurde, Mefes einen Schlag mit einem Spazierstock auf den Arm versetzte. Als er am nächsten Tage mude und abgemüdet vom Dienst kam, fand er seine Wohnung fast ausgeräumt. Seine Schwiegermutter hatte die sämtlichen Sachen auf den Möbelwagen laden lassen und war mit ihrer Tochter verschwunden. Der Angeklagte, dem nicht einmal ein Bett gelassen worden war, fand nur noch auf dem Boden einen Sod mit alten Kleidungsstücken, den er einige Zeit später für 2 M. verkaufte. Bald darauf wurde er durch eine Anzeige wegen Unterschlagung überführt, die seine Schwiegermutter mit der Behauptung erstattet hatte, daß jene Sachen circa 400 M. wert sein sollten. Außerdem sollte er ein Sparfläschchen über 1000 M. unterschlagen haben, trotzdem festgestellt wurde, daß es auf seinen Namen lautete. — Vor Gericht gab der Angeklagte die Körperverletzung mit der Erklärung zu, daß ihm nichts weiter übrig geblieben sei, als die Schwiegermutter herauszuheulen. Wegen der Unterschlagung beantragte Rechtsanwalt Dr. Herbert Kränkel die Freisprechung, da die Anzeige offenbar nur aus Rache erstattet worden und der Angeklagte außerdem berechtigt war, die Sachen zurückzubehalten. Das Gericht erkannte auch wegen der Unterschlagung auf Freisprechung und wegen der Körperverletzung auf 30 M. Geldstrafe.

## Todes-Anzeigen

### Sozialdemokratisch. Wahlverein Charlottenburg.

Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Genosse, Ostwirt **Ernst Krüger** (Gruppe I) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Sühnenkirchhof in Stahnsdorf statt. Abfahrt Charlottenburg 2.07 Uhr. 250/1 Der Vorstand.

### Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Niederbarnim Bezirk Wilhelmsruh.

Unseren Mitglidern zur Nachricht, daß der Genosse, Stimmgen **Albert Lukas** am 3. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 6. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nieder-Sühnenkirchhofes (Schönholz) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 240/1 Die Bezirksleitung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner **Roman Biskupski** am 2. d. M. an Lungenerkrankung gestorben ist. 110/3

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Rege Beteiligung erbetet Die Ortsverwaltung.

### Zentralverband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschl. Filiale Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Fritz Bennewitz** (Beicht Wedding) im Alter von 35 Jahren an Lungenerkrankung am 23. Dezember 1911 verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 5. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Rixdorfer Kirchhof in Rixdorf aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 192/1 Der Vorstand.

### Arbeiter-Radfahrer-Verein Groß-Berlin.

Am Dienstag, den 2. Januar, verstarb nach kurzen, schweren Leiden unsere liebe alte Sportsgenossin, Frau **Emilie Vogel**

Durch ihre rege Tätigkeit und Beteiligung an allen Veranstaltungen hat sie sich bei uns ein ehrenvolles Andenken gesichert. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 10/2 Der Vorstand.

### Arbeiter-Radfahrer-Verein Groß-Berlin.

Am Dienstag, den 2. Januar, verstarb nach kurzen, schweren Leiden unsere liebe alte Sportsgenossin, Frau **Emilie Vogel**

Durch ihre rege Tätigkeit und Beteiligung an allen Veranstaltungen hat sie sich bei uns ein ehrenvolles Andenken gesichert. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 10/2 Der Vorstand.

### Daufragung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, sagen wir allen Freunden und Verwandten, insbesondere den Kollegen der Firma G. Beckstein, unseren herzlichsten Dank. Witwe **A. Wiedemann** nebst Kindern 3455

### Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin.

Unseren Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege **Robert Raedel** am 2. Januar 1912 verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, den 5. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung bittet 128/1 Die Ortsverwaltung.

### Zentral-Verband der Steinarbeiter. Zahlstelle Berlin.

Am 2. Januar starb unser Kollege **Friedrich Thoms** im Alter von 45 Jahren.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 171/1 Die Ortsverwaltung.

### Segelklub Oberhavel.

Allen Freunden und Sportkameraden bringen wir tiefbetrübt zur Anzeige, daß unser langjähriges Mitglied, der Zeilmacher **Fritz Thoms** am Mittwoch, den 3. Januar nach langen Leiden sanft entschlafen ist. 235/3

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 6. Januar 1912, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Rege Beteiligung erbetet Die Ortsverwaltung.

### Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

Unsern geehrten Mitgliedern zur Nachricht, daß am 2. Januar eines unserer ältesten Mitglieder, unser lieber Kollege **Paul Klein** nach langen, schweren Leiden verstorben ist.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten! Die Beerdigung findet heute Freitag, den 5. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 27/3 Der Vorstand.

### Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

Unsern geehrten Mitgliedern zur Nachricht, daß am 2. Januar eines unserer ältesten Mitglieder, unser lieber Kollege **Paul Klein** nach langen, schweren Leiden verstorben ist.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten! Die Beerdigung findet heute Freitag, den 5. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 27/3 Der Vorstand.

### Paul Kraft

nach langen, schweren Leiden am 3. Januar verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sühnen-Kirchhofes, Heerstraße, aus statt.

### Daufragung.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, des Sohnes „Karl Kraft“, sagen wir allen Freunden und Verwandten, insbesondere den Kollegen der Firma G. Beckstein, unseren herzlichsten Dank. Die trauernde Witwe nebst Kindern. 235/3

### Karl Schwarz

sagen wir allen Freunden und Verwandten, insbesondere dem Wohltäter, Beicht Kolonier, (183), Inhaber des Verdienstkreuzes „Friedrich-Adolf“, Beicht 2 und den Stammgästen unsern herzlichsten Dank. Die trauernde Witwe nebst Kindern.

# Zweiter Wahlkreis.

Sonntag, den 7. Januar 1912, mittags 12 Uhr:

## Drei öffentl. Wähler-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

**Bockbrauerei, Tempelhofer Berg & Kliems Festäle, Sofenstraße 12/13**  
**Viktoria-Brauerei, Löhnowstr. 111/112.**

Tagesordnung:

1. Die Reichstagswahl. 2. Freie Aussprache.

Referenten: Kurt Baake, Stadtv. Hugo Heimann, Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann.  
 Der Vorstand.

## Dritter Reichstags-Wahlkreis

Freitag, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

## Öffentl. Wählerversammlungen

im „Märkischen Hof“, | im „Fürstenhof“,  
 Admiralsstr. 18 c. | Köpenicker Str. 137/138.

Tagesordnung:

## „Die bevorstehende Reichstagswahl.“

Referenten: Die Redakteure Däumig und K. Barth.

In beiden Versammlungen: Ansprache des Kandidaten Wilhelm Pfannkuch.  
 Freie Aussprache. Sachlichen Besuch erwartet. Der Einberufer.

## Fünfter Reichstags-Wahlkreis.

Heute Freitag, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

## Öffentliche Wählerversammlung

in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18.

Tagesordnung:

## Das Koalitionsrecht und die Reichstagswahl.

Referent: Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann.

Freie Diskussion.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

### Mitglieder Charlottenburgs!

Nachdem am 1. Januar der Anschluß der Zahlstelle Charlottenburg an die Zahlstelle Berlin durch Beschluß des Zentralvorstandes erfolgt ist, machen wir die Mitglieder darauf aufmerksam, daß die Erledigung der Geschäfte durch das Bezirksbureau des Verbandes Charlottenburg, Kaldreuthstr. 16, erfolgt.

Das Bureau ist täglich geöffnet von 11-1 Uhr, außerdem Sonnabends und Montags von 4-7 Uhr. Während dieser Zeit können die Kollegen ihre Unterstützung in Empfang nehmen und alle übrigen Verbandsangelegenheiten erledigen. Freitags nachmittags wird auch im Lokal von Schulz, Ballstraße 90, von 4-7 1/2 Uhr Unterstützung ausgezahlt.

Zahlstellen sind eingerichtet Wallstr. 90 bei Schulz und Potsdamer Str. 44 bei Mehdorf. Außerdem können die Kollegen in den Charlottenburg nächstliegenden Zahlstellen Moabit, Putzstr. 8 und Zahlstelle 88 Wilmersdorf, Wilhelmstraße 112, ihre Beiträge entrichten. Auf diesen Zahlstellen werden Sonnabends abends von 8-10 Uhr Beiträge entgegengenommen.

Die Kollegen werden ersucht, ihre Anmeldung nicht zu versäumen, um ihre Rechte und Mitgliedschaft nicht zu verlieren. Die Anmeldung geschieht bei der ersten Beitragsleistung.  
 Die Ortsverwaltung Berlin.

## Arbeiter-Radfahrer-Verein Groß-Berlin.

Montag, den 8. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

### Versammlung

sämtlicher Genossen, die am 12. Januar Wahlhilfe leisten wollen.

Bei Fröhlich, Fontane-Platz 18, Telefon: Amt Westplatz 173.

Gleichfalls ist dieses Lokal für den 12. Januar unser Kontrolllokal von Punkt 8 Uhr an.

Sonntag, den 7. Januar: Tour nach Köpenick (Schweizergarten).

Mittwoch, den 17. Januar: General-Versammlung.

Berichte und Neuwahlen sämtlicher Funktionäre.

Die Agitationskommission.

S. H.: Ed. Bachelder, SO. 26, Brieger Str. 16.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

## Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

### Sektion der Putzer.

Sonntag, den 7. Januar 1912, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstr. 59, gr. Saal:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Neujahrsgruß des Gelangvereins der Putzer. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Abrechnung des Kranken-Unterstützungsfonds, Verschleßenes. Nicht zahlreichem Besuch erwartet.

Die örtliche Verwaltung.

## Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 7. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3:

## Versammlung der Dachdecker-Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:

1. Neuwahl der Sektionsleitung. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Wohlwillinges Erscheinen der Mitglieder erwartet.

Der Vorstand.

Zur 226. Kgl. Preuß. Klassenlotterie sind noch 1/1 1/2 1/4 1/8 Lose zu haben bei

Moebius 73. Große Frankfurter Straße 73. Amt Köpenickstadt 2937.

## Vierter Berliner Reichstagswahlkreis.

Sonntag, den 7. Januar 1912, mittags 12 Uhr:

## Große Volksversammlung

in den Gesamträumen von „Sanssouci“, Kottbusser Straße 6.

Tagesordnung: „Reichstagswahl“. Diskussion.

Paul Hoffmann, Königsberger Straße 28.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Bach, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

# Inventur-Ausverkauf

zu wesentlich herabgesetzten Preisen

Ausverkauft werden	Herren-Paletots in glatten und gemusterten Stoffen . . . . . von	8 <sup>00</sup>
Ausverkauft werden	Herren-Ulster Moderne gestreifte und karierte Stoffe . . . . . von	15 <sup>00</sup>
Ausverkauft werden	Herren-Hosen Chaviet und Kammgarnarten, neueste Streifen von	3 <sup>50</sup>
Ausverkauft werden	Herren-Joppen Loden und glatte Stoffe, warm gefüttert . . . . . von	7 <sup>00</sup>
Ausverkauft werden	Gehrockanzüge in Kammgarn und Tuchkammgarn . . . . . von	36 <sup>00</sup>
Ausverkauft werden	Pelzjoppen imprägnierter Loden-bezug . . . . . von	15 <sup>00</sup>
Ausverkauft werden	Tennis-Anzüge für Strand- u. Garten-feste geeignet von . . . . . von	5 <sup>00</sup>
Ausverkauft werden	Burschen-Anzüge in Chaviet und Kammgarnarten . . . . . von	7 <sup>00</sup>
Ausverkauft werden	Knaben-Pyjacks blau Chaviet Anmel mit Abzeichen . . . . . von	4 <sup>00</sup>
Ausverkauft werden	Echtenglische Gummimäntel neueste Formen und Stoffe . . . . . von	10 <sup>50</sup>
Ausverkauft werden	Loden-Pelerinen für Herren und Damen 120/130 lang . . . . .	7 <sup>50</sup>
Ausverkauft werden	Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen 70/90 lang . . . . .	4 <sup>50</sup>

Smoking-Anzüge • Frack-Anzüge • Schwarze Hosen  
 Ball-Westen • Handschuhe • Krawatten

# BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30

Or. Frankfurter Straße 20

11 Brückenstraße 11

Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 45 (Letzte Moden) kostenfrei

## Kanaria II Berlin.

Sonntag, 7. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Lokale „Edenbrau“, Frankfurter Allee 53: Öffentlicher Vortragsabend. Thema: Jagd und Pflege des Kanarienvogels. Gelangverpflichtung an mitgebrachten Vögeln. Gäste willkommen!

## Tischler-Verein

Q. O. 89. Sonnabend, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 13: Versammlung. Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Billets zu dem am 27. Januar in Kliems Festäle stattfindenden Rosenball. 198/1 Der Vorstand.

## Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Ortsgruppe Berlin. Touren zum Sonntag, den 7. Januar: 2. Abt.: 2 Uhr: Nichtenrade (Deter). 5. Abt.: 2 Uhr: Tour wird am Start bekannt gegeben. 6., 7., 8. Abt.: 10 Uhr: Ruhlsdorf: Öffentliche Versammlung bei Grabrog, Klosterfelder Landstraße. (Siehe unter Verteilung im „Vorwärts“ vom Mittwoch.) Start an den bekannten Stellen.

## Stoffe

Damentuche für elegante Kleider, Paletots etc. Wtr. 2.50, 3.50, 4.50 ff. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21, Petrikirche.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35  
**Möbel** Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt an Engrospreisen in der Möbelfabrik  
 H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35  
 kein Laden, keine Ladung, Tel.: A. III, 5157  
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
 35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Jeder wähle den durch seine Güte unerreicht dastehenden  
**Kapitän-Kautabak**  
 General-Vertrieb: Carl Röcker, Berlin O 27, Gräber Weg 119.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Nischelswerder, an der neuen Meerstraße beim Alten Freund.

Sie Oliffenpfeife befördert Sie  
 Tüflobbrönn-Flopfambinnen  
 überaus netterweise.  
 Das Aufwindfist für Tüflich.  
 Sam Blut  
 immer befriedigt.  
 Sie Qualität ist furoreorgon!

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr, Wählerbesammlg im Lützen-Zelt. In den Zelten Da. Wilhelm Däweil spricht über: Die Reichstagswahl.

Morgen Sonnabend: Flugblattverteilung von den bekannten Stellen.

2. Wahlkreis. Am Sonntag, den 7. Januar, mittags 12 Uhr, finden drei öffentliche Wählerversammlungen in folgenden Lokalen statt: Vordbrauerei, Tempelhofer Berg, Miems Festhalle, Osenheide 12/13, Viktoriabrauerei, Hühovstr. 111/112. Referenten: Kurt Waack, Stadt, Hugo Heimann, Rechtsanwalt Hugo Heinemann, Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Heute Freitag, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr, finden im Märkischen Hof, Admiralstr. 18a, und im Fürstenthof, Köpenicker Str. 137/138, öffentliche Wählerversammlungen statt. Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl.“ Referenten sind die Genossen Redakteur Däumig und R. Barth.

Sonntag früh 8 Uhr findet für den ganzen Kreis eine Flugblattverteilung von den bekannten Stellen aus statt. Es ist die Genossen ist es, sich daran zu beteiligen. Die Genossen von Nordost und vom 4. Kreis (Südosten), welche dem 3. Kreis zugeordnet sind und sich bis jetzt noch nicht gemeldet haben, werden ersucht, sich Sonntag früh 8 Uhr bei Feldmann, Ritterstr. 1, einzufinden.

Vierter Wahlkreis. Heute abend 7 Uhr findet im Stadtteil Südost eine Handzettelverteilung statt. Wir ersuchen die Genossen sich daran zahlreich zu beteiligen. Der Vorstand.

Fünfter Kreis. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Wählerversammlung in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18. Rechtsanwält Dr. H. Heinemann spricht über: Das Koalitionsrecht und die Reichstagswahl. Zahlreichen Besuch erwartet Das Wahlkomitee.

Sechster Wahlkreis. Sonntag, den 7. Januar, früh 8 Uhr, findet Flugblattverteilung statt. Die Genossen werden ersucht, sich vollständig und pünktlich in ihren Bezirkslokale einzufinden.

Montag, den 8. Januar, abends 8 Uhr, findet eine Versammlung der polnischen Reichstagswähler im Roabitzer Gesellschaftshaus, Wielefstraße 24, statt. Referent ist Genosse Podemski-Deuthen D./S.

Ein Aufsatz in polnischer Sprache kann am Sonntag vormittag bei Stagerowicz, Rabenstraße 6, von den Interessenten in Empfang genommen werden. Der Vorstand.

Groß-Pichterfelde. Heute Freitag, abends 8 Uhr, spricht im Saal von E. Richter, Chausseestraße 104, Genosse Jubel vor seinen Wählern. Ihn zahlreicher Besuch wird gebeten. Der Enderber.

Pichterberg. Heute Freitag, abends 1/2 8 Uhr: Flugblattverteilung von den Bezirkslokalen aus.

Sonntag, den 6. Januar, abends 1/2 8 Uhr: Öffentliche Wählerversammlung bei Mieshan, Herzbergstr. 78. Referent: Genosse Birna.

Sonntag, den 7. Januar, mittags 12 Uhr: Zwei öffentliche Wählerversammlungen in den Lokalen von Arnold, Frankfurter Chaussee 5, Schwarg, Möllendorffstr. 25. Referenten: Genossen Unger und Kubig.

Köpenick. Morgen, Sonnabend, in den bekannten Lokalen Extrazahlabend. Das Erscheinen aller Genossen ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Conrad, Friedrichstraße 137: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: „Wen wählen wir am 12. Januar?“ Referent: Dr. Jul. Rosas-Berlin. Freie Aussprache, Zahlreichen Besuch erwartet Die Bezirksleitung.

Britz-Budow. Sonntag, den 7. Januar, früh 8 Uhr, Handzettelverteilung von bekannten Stellen aus. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Sonntag, den 7. Januar, von morgens acht Uhr ab: Flugblattverteilung von den bekannten Stellen aus. Der Zahlabend für unseren Ort findet wegen der öffentlichen Wählerversammlung erst am Mittwoch, den 17. Januar, statt. Die Bezirksleitung.

Königs-Wusterhausen, Wildau und Deutsch-Wusterhausen. Am Montag, den 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Witwe Bedhorn eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Genosse Fritz Jubel referieren wird. Hierzu Sonntag früh 8 1/2 Uhr von den Bezirkslokalen aus: Flugblattverteilung.

Desgleichen wollen die Genossen am Sonnabend, den 6. d. M., abends 6 Uhr, in den Bezirkslokalen von Königs-Wusterhausen und Wildau zum Flugblattsalen erscheinen. Der Vorstand.

Friedrichsfelde und Umgegend. Sonntagvormittag wichtige Flugblattverteilung und Wahlarbeiten. Landagitation 7 Uhr von Brink aus. Montagabend 8 1/2 Uhr Extrazahlabend bei Haberland.

Herndorf. Am Sonnabend, den 6. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal von J. Anorr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Pankow. Am Sonntag, den 7. Januar, 8 Uhr: Flugblattverteilung von den bekannten Stellen aus. Das Wahlkomitee.

Wittenau. Heute abend: Handzettelverteilung. Morgen Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Volksversammlung in den Germania-Prachtal, Lärbersstraße. Tagesordnung: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen.“ Referent: Arbeiterssekretär Franz Splindt.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 8 Uhr findet in den Hubertus-Sälen, Pötvinsstr. 77-79, eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Stadthagen über „Auf zur Reichstagswahl!“ sprechen wird. Die Bezirksleitung.

Mühlende (Bezirk Nieder-Schönhausen). Für die Ortskosten Mühlende, 7. und 8. Mühlende, Mühlende und Schönfließ findet am Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 4 Uhr, in Mühlende im Gasthof zur Sonne (Zah. A. Vörsch) eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. „Auf zum Volksgericht.“ Referent: Gen. G. Steindrenner, Arbeiterssekretär, Berlin. 2. Diskussion. Die Mitglieder des Wahlvereins vorgenannter Orte treffen sich um 8 Uhr bei Vörsch, Mühlende, desgleichen die Mitglieder des Radfahrervereins „Solidarität“ zu einer Besprechung. Die Agitationskommission.

Oranienburg. Sonntag, den 7. Januar, früh 8 Uhr wichtige Flugblattverteilung und Austragung der Wahlkuberts. Kein Parteigenosse darf fehlen, wenn die Arbeiten gewissenhaft erledigt werden sollen. Treffpunkte: Bezirk I: Witwe Vorwerk, Berliner Str. 39; Bezirk II: A. Großmann, Mühlendstr. 31; Bezirk III: Adolf Ström, Schützenstr. 34. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Staken. Sonnabend, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Extrazahlabend.

Sonntag, den 7. Januar, morgens 8 Uhr: Flugblattverteilung, und nachmittags 2 1/2 Uhr: Große öffentliche Wählerversammlung. Genosse Sillier spricht über: „Wen wählen wir am 12. Januar?“ Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Im Banne der Wahl.

Morgens, wenn die ersten Frühnebel ihren Kampf mit der weichenden Nacht ringen und die gelben Lichter der elektrischen Bahnen noch nicht ausgeschaltet sind, fahre ich fast stets mit den gleichen Leuten zusammen. Arbeiter sind es, Handlungsgehilfen und ein halbes Duzend Beamte. Jeder ist mit seiner Zeitung bewaffnet, auch an Flugblättern fehlt es nicht; da erkennt sich der Vogel nach natürlich leicht an den Federn.

Je näher nun der Wahltermin ins Land rückt, desto sichtlicher und erhöhter wird das Interesse, das jeder seinem Leiborgan entgegenbringt. Bald geht ein Schmunzeln verfeilter Schadenfreude, bald das Runzeln verhaltenen Grimmes über die einzelnen Gesichter. Sihen ein paar Bekannte nebeneinander, so machen sie sich gegenseitig auf die markantesten Stellen ihrer Lektüre aufmerksam. Und nicht gar allzu selten lugen ein paar neugierige Beamtenaugen vorsichtig auf die Spalten des „Vorwärts“ hinüber, den ein Gegenüberstehender oder der Nachbar mit Ruhe und Gründlichkeit studiert. Man kann ordentlich seine Freude daran haben!

Ist der Hauptteil der Zeitung gelesen, dann beginnt die Diskussion. Erst vereinzelt, dann allgemeiner. Sie wird leise, mit gedämpfter Stimme geführt, aber immer doch so, daß man aus aufgehasteten Worten erfährt, daß sich das Gespräch fast ausschließlich um die voraussichtlichen Wahlchancen der Sozialdemokratie dreht.

Haben die Arbeiter ihre Zeitungen zusammengefaltet und an der Ringbahnstation die Elektrische verlassen, dann ist die Luft „rein“. Nun nehmen die Jungen der Zurückgebliebenen ungedehmter und ungenierter ihren Lauf. Was vorher nur gedämpft sich in das Rattern des jagenen Wagens wagte, gibt sich jetzt einen überlegenen, wichtigtuersischen Anstrich. Laufend Rittelchen hat man auf Lager, der drohenden roten Flut Einhalt gebieten zu können. Man weiß, was man der bestehenden Ordnung schuldig ist. Im Eifer des Gefechts wackeln ihnen ordentlich die Zylinderhüte auf den silbvol frisierten Köpfen.

Da aber knipst der Schaffner das elektrische Licht aus. Das bringt einige Ernüchterung. Es wird urplötzlich still im Wagen. Nur ein paar Zeitungen knistern in nervösen Händen. Draußen aber hat der Tag die Rebel der Morgendämmerung zerteilt. Und ihre verbläuten Augen glogten in die Helligkeit hinein, als wäre ein unsagbares Wunder geschehen, das sich gar nicht begreifen ließe. . . .

Der neue Tarif für Stellvertreter.

Wir teilten kürzlich mit, daß man im Polizeipräsidium mit der Absicht umgehe, die Gebühren für die gewerbsmäßigen Stellvertreter zu erhöhen. Trotz des energischen Protestes der Angestellten und Arbeiter, die besonders auf die Vermittlung durch gewerbsmäßige Vermittler angewiesen sind, hat die Behörde nunmehr ihre Absicht in die Tat umgesetzt. Bürgerliche Blätter bringen die Mitteilung, daß mit dem 10. Januar d. J. ein neuer Tarif für das städtische Haus- und Dienstpersonal in Kraft treten soll. Für dieses betrug die Höchstgebühr bisher 6 Mark. Der neue Tarif sieht die Einteilung in verschiedene Klassen vor, für welche Gebühren von 6, 8, 15 bis 20 Mark zu entrichten sind. Ammen kosten 25 Mark. Die vielen Abstufungen und Zeichnungen machen es dem Vermittler leicht möglich, die Tage zu umgehen. Darauf kommt es den Herrn Vermittlern vor allem an und deswegen haben sie seit Bestehen des Stellvertretergesetzes das Polizeipräsidium mit Eingaben bombardiert, bis dieses nachgegeben hat. Ob auch die Gebühren für die Vermittler der anderen Kategorien (Gastwirtsgerwerbe, Landwirtschaft, Aushilfsarbeiten aller Art usw.) geändert d. h. in die Höhe geschraubt werden sollen, scheint noch nicht ganz sicher zu sein.

Gegen spielende Kinder und Erwachsene wettet seit Jahren Herr Expatro Diestelkamp, der ehemals auf der Sineure von St. Nazareth residierte. Er hat, nachdem seine im Müllertrahnenviertel kontrahierten Spekulationsschulden von hoher Seite bezahlt worden waren, sich als Hausbesitzer rangiert und vor einigen Jahren in seinem großen Mietshaus Schönhauser Allee 141, neben dem Exerzierplatz zur Einsamen Pappel, das für Kriegsveteranen und Beamtenkinder bestimmte „Enal-Frommel-Heim“ gegründet, das sehr gut gehen soll. Da sind nun dem braven alten Pastor die zahlreichen Kinder und Sportleute, die namentlich am Sonntag auf dem Exerzierplatz ihre Spiele abhalten, ein Dorn im geistlichen Auge. Er erlieh sogar seinerzeit einen öffentlichen Aufruf, in dem mit unerhörter Uebertreibung von den „wilden Massen“ die Rede war. Es sollte wohl damit der Militarismus, der damals noch das an die Diestelkamp'sche Besitzung anstoßende Gelände besaß, gegen die Erholungsuchenden scharfgemacht und neben diesem edlen Streben um Geld, das bei Herrn Diestelkamp von jeher knapp war, gefochten werden. Man kann sich daher lebhaft vorstellen, in welche Wutlung das Pastoratengemüt versetzt wurde, als der östliche Teil des Exerzierplatzes mit der Bestimmung eines künftigen Volksparkes in den Besitz der Stadt Berlin überging. Geradezu aus dem Häuschen ist oder Herr Pastor Diestelkamp, seitdem neben seinem „Frommel-Heim“ der Circus Sarrasani errichtet wird. Da wird seit Wochen gehämmert und gebuddelt, und mit der Eröffnung der Vorstellungen, mit dem Brüllen der Klautiere wird der Spektakel erst recht losgehen. Und nun noch der „Spektakel“ der Spielenden! Schauderhaft für Herrn Diestelkamp, einfach schauerhaft. Er wird, da alle seine beschwerenden Eingaben nichts geruchigt haben, sich selbst und sein „Frommel-Heim“ ermittieren müssen. Nur einen Trost hat der fromme Menschenfreund. Neben seinem Gebäude wird auf dem von der Stadt erworbenen Gelände an der Straßenseite bereits angehöchelt zum Bau eines Heims für den „Katerländischen Frauenverein“, dem auch Herr Diestelkamp nahesteht.

Auch seitens des Kommunalvereins der nördlichen Schönhauser Vorstadt ist, vielleicht beeinflusst durch Herrn Diestelkamp, ein Feldzug gegen spielende Kinder begonnen worden. Der Verein hat an die Polizeireviere und an die Direktoren der Gemeindefachschuln Eingaben wegen „überhandnehmender Kinderlärmens“ gerichtet. Die Kinder im Schönhauser Viertel lärmen nicht mehr als die Kinder in allen anderen Vorstädten. Will man die Jugend mit aller Gewalt auch noch von der Straße vertreiben? Der Verein sollte sich energisch für schleunigste Schaffung des Volksparkes auf dem Exerzierplatz ins Zeug legen. Das ist eine dankbare Aufgabe.

Bei Baumanfällen werden immer noch vielfach die Bestimmungen unterschätzt, die zur Feststellung des Tatbestandes getroffen worden sind. Das hat sich wieder in eklatanter Weise gezeigt bei dem Baumfall am Karlsbad, Ede Plottwellsstraße, bei dem, wie wir schon berichtet haben, der Maurer Jabel tödlich verunglückte. Gegen

1/2 Uhr mittags verunglückte Jabel. Als gegen 8 Uhr die Frau Jabels an der Unfallstelle war, bemerkte sie, daß ruhig weiter gearbeitet wurde. Am anderen Tage erfuhr ein Verwandter der Frau auf der Polizei, daß der Unfall erst um 6 Uhr abends polizeilich gemeldet worden sei; eine Feststellung habe man nicht mehr treffen können, weil niemand mehr auf dem Bau gewesen sei. Es wurde vereinbart, am 2. Januar früh die näheren Einzelheiten des Unfalls an Ort und Stelle zu treffen. Der Verwandte des Getöteten war auch pünktlich an der Unfallstelle, nur die Polizei fehlte, sie kam später, hatte aber vorher keine Anordnungen getroffen, um die Feststellungen machen zu können. Es war alles so fortgeräumt, was auf die nähere Ursache des Unfalls hätte schließen lassen. Dieses Verfahren ist ein so lazes, daß es gar nicht scharf genug getadelt werden kann.

Zu den Massenvergiftungen.

Eine zweite Verhaftung hat die Kriminalpolizei im weiteren Verlaufe ihrer Untersuchung der Massenvergiftungen vorgenommen. Ein gewisser Jastrow aus der Galvanistr. 16, der früher in der Simon-Dach-Straße eine Großdestillation betrieb, wurde festgenommen, weil auch er aus Methyloalkohol und Zusätzen Schnaps hergestellt und verkauft hat. Jastrow lernte vor einiger Zeit Scharmach kennen und bezog von ihm „Sprit“ für 1,50 M., also weit unter dem richtigen Preise. Er behauptet zwar, daß er in gutem Glauben gekauft und die Ware weiter verarbeitet und an kleine Destillateure und Schankwirte verkauft habe. Aber schon der billige Preis hätte ihn stutzig machen müssen und er war auch sehr wohl in der Lage, in dem kleinen Laboratorium, das er in seiner Behausung betreibt, die Ware nachzusehen. Es wurde eine Reihe von Schankwirten in der Nähe des Nyls und in Charlottenburg ermittelt, die von Jastrow ihre Mischungen bezogen. Zwei größeren Abnehmern in der Helmholzstraße in Charlottenburg wurden die Lokale geschlossen. Die anderen haben nur geringe Mengen, 2-3 Liter, bezogen, und als 60prozentigen Spirit nach dem Marktpreise von 1,80-1,88 M. bezahlt. Sie haben also wohl in gutem Glauben gehandelt, weil sie ja für echten Spirit nicht mehr hätten zu bezahlen brauchen. Ihre von J. bezogenen Waren wurden beschlagnahmt und zu einer genauen Prüfung dem Untersuchungsamt des Polizeipräsidiums überwiesen. Regierungsrat Prof. Judenack begab sich gestern morgen gleich nach der Besahung Jastrows, um dort die gestern vom Kriminalkommissar Toussaint beschlagnahmten und versiegelten Bestände zu untersuchen. Jastrow wird von der Kriminalpolizei der Staatsanwaltschaft vorgeführt. Er behauptet, ebenso wie Scharmach, daß er seine Waren erst selbst gekostet und als gut erprobt habe.

Die Aufdeckung dieser Fälschungen wird ohne Zweifel bald eine Verschärfung des Nahrungsmittelgesetzes zur Folge haben.

Zu den Alkoholvergiftungen unter den Kfzisten schreibt und ein Kenner des Destillateurenwesens folgendes: „In den Kreisen der Berliner Gastwirte und Destillateure hatte sich seit dem Aufstehen der Radridt von den Massenvergiftungen im städtischen Odbach sofort die Meinung gebildet, daß den Erklärungen und Erwidern Fällen auch noch andere Ursachen, als nur die gemeldeten Fischvergiftungen zugrunde liegen müssen. Jeder Kenner der Destillationsverhältnisse in den Straßen, die den Zugang zum Nyl bilden, weiß, daß die niedrigen Brantweinsorten einer Anzahl der dort domizilierenden Destillateure schon längst nicht mehr mit reinem Spirit, sondern mit Ersatzstoffen angefeht werden. Die Herstellung des Produkts aus Chemikalien und Essenzen läßt sich bedeutend billiger bewerkstelligen, als auf regulärem und reinem Wege. Es erübrigt sich, hier alle Surrogate, die zur „Brantwein“-herstellung seit Jahren benutzt werden, aufzuzählen. Von ihnen ist eine Anzahl seit Jahren polizeilicherweise zum Gebrauch in der Destillation verboten. Trotzdem steht den Inhabern der im Berliner Gastwirtsjargon als „Pantischeken“ bezeichneten Destillationen noch eine genügende Menge Ersatzstoffe, zu denen „Feuergeist“, „Espirito“ und neben wenigen anderen auch eine gesundheitlich am wenigsten schädliche Cayennepefferlösung gehören, zur Verfügung. Für die Destillateure, die Kfzisten, und Gesundheitsinspektionschaft haben, kommt es vor allem darauf an, eine trinkbare Flüssigkeit herzustellen, die nach Alkohol riecht, brennend schmeckt und verursacht, deren Herstellungslokal so geringe sind, daß man für 5 oder 10 Pfennig immer „die Fulle voll“ geben kann. Ein Destillateur, der „gludern“ läßt, das heißt aus der Schenkflasche einfach in die „Finne“ ohne zu messen hineingießt, wird von der Anstaltschaft bevorzugt. Dadurch hat sich im Konfurrenzampf der Uebelstand herausgebildet, daß der ehrliche Gastwirt, der reinen Spirit verarbeitet und einen einwandfreien Brantwein herstellt, gewissermaßen hors concours gestellt wird.“

Den Destillateuren des Nylviertels wird allerdings zugemutet werden können, daß sie bei dem Massenunfall, den sie erzielten, durch große Abschlässe den Bezugspreis für Spirit um ein wesentliches herabzudrücken vermögen. Wenn die Inhaber der polizeilich geschlossenen Lokale nun aber behaupten, den lediglich zur Herstellung von „Schleisichen“ benutzten Methyloalkohol in gutem Glauben als reinen Spirit gekauft zu haben, so ist das ein Konfens. So leichtfertig ist selbst ein Großdestillateur nicht, daß er Spirit unbeschadet und ohne ihn nach Volumengehalt zu messen, in seinen Keller nimmt. Es kann vielmehr als unumstößlich feststehend angenommen werden, daß die Konfurrenzfurcht und die Angst der Warenfahnderei, ebenso die Absicht, trotz der „Pantischeken“ noch recht viel an der Ware zu verdienen, hier eine Produktionsblüte gezeitigt hat, an der eine Anzahl heruntergekommener Gesundheitsinspektoren zugrunde gegangen sind.

Daß die zu diesem traurigen Ergebnis führenden Produktionsmänder von der übergroßen Zahl der Berliner Gastwirte und Destillateure als gemeingefährlich und gewerbschädlich bezeichnet werden, erbelt der Umstand, daß sich auf Anregung des Verbandes der Gastwirte für Berlin und die Provinz Brandenburg eine starke Bewegung für den Graduerungszwang sämtlicher Brantweinforten bemerkbar macht. Durch die erstrebte Graduerung hofft man, den Inhabern der „Pantischeken“ ganz energisch zu Leibe zu räumen und die sogenannte „Schmuckkonfurrenz“ ausmerzen zu können.“

Eine neue Erkrankung im Odbach.

Im städtischen Odbach ist in der vergangenen Nacht ein Arbeiter Ehenert unter verdächtigen Vergiftungserscheinungen erkrankt und noch dem Virchow-Krankenhaus gebracht worden. Todesfälle infolge der Massenvergiftung sind nicht mehr zu verzeichnen.

Befreiung von Lehrern vom Unterricht am Wahltage.

Auf Verhinderung des Königlich-provinzial-Schulkollegiums hat die städtische Schuldeputation angeordnet, daß die an der Reichstagswahl am 12. Januar 1912 mit Ehrenämtern betrauten Gemeindefachlehrer von der Erteilung des Unterrichts befreit werden. Ebenso wird den Lehrern zur Ausübung des Wahlrechts an den Tagen d. Haupt-, Stich- und Nachwahl die nötige dienstfreie Zeit gewährt werden. Sofern Schulräume für Wahlzwecke besetzt sind und Störungen im Unterricht zu erwarten sind, können die Direktoren den Unterricht am Wahltage in der Schule oder in einzelnen Klassen ausfallen lassen.

Raubüberfall auf einen Kassenboten.

Ein schwerer Raubüberfall wurde gestern nachmittag auf einen Kassenboten der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter

**Bank**, der 40 000 M. von der Depositenkasse in der Schiffschifferei nach der Zentrale am Schiffsplatz bringen wollte, verübt. Als Täter kommt ein anderer Beamter der Bank in Frage, der bei der Ausführung des Heberfalls übertrug und von der Polizei verhaftet wurde. Der überfallene Kassenbote hat scheinbar nur leichte Verletzungen davongetragen, die ihm durch Umwerfen einer Schlinge beigelegt wurden. Im einzelnen gehen uns über den Heberfall noch folgende Mitteilungen zu: In der Depositenkasse E der Darmstädter Bank in der Schiffschifferei 7 ist seit längerer Zeit der Kassenbote Klein beschäftigt, der fast täglich Gelder von dieser Kasse nach der Zentrale schafft. Vor ihm war in derselben Filiale der Bankbeamte F r i e d e bedienstet, der mit Klein geschäftlich viel zu tun hatte und eng befreundet war. In letzter Zeit tat Friede auf einer anderen Depositenkasse Dienst. Gestern nachmittag hatte nun der Kassenbote Klein den Auftrag erhalten, 40 000 M. nach der Zentrale zu schaffen. Als er die Depositenkasse kaum verlassen hatte, traf er den Bankbeamten Friede, der angeblich gleichfalls nach der Zentrale wollte. Friede lud den Kassenboten nun ein, mit ihm zusammen in einem Automobil nach dem Schiffsplatz zu fahren. Klein willigte auch ein und bestieg mit Friede einen Wagen. Als das Auto durch die Tiergartenstraße fuhr, hörte der Chauffeur plötzlich einen Hilferuf aus dem Innern der Droschke. Er hielt an und sah zu seinem Erstaunen, daß sich die beiden Männer würgten. Er hielt Friede, der zu entfliehen suchte, fest und übergab ihn der Polizei. Der Kassenbote Klein war bewußtlos geworden, erholte sich aber bald wieder. Nach seinen Angaben hat Friede während der Fahrt Geld fallen lassen und ihn dann aufgefordert, die Geldstücke aufzuheben. Beim Niederbeugen habe ihm Friede plötzlich eine Kupferdrahtschlinge um den Hals geworfen und sie zugezogen. Nur mit Anstrengung aller Kräfte habe er noch einen Hilferuf ausstoßen können, der von dem Chauffeur glücklicherweise gehört wurde. Der Räuber wurde nach der Wache des 33. Polizeiviertels geschafft und dort sofort vernommen. Er gab die Tat zu und wird heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Bei Friede fand man eine Ledertasche und zwei Pökel. In der Ledertasche befand sich ein ziemlich schweres, scharfgeschliffenes Messer, das er eigens zu dem Heberfall angeschafft hatte, zwei Flaschen mit Benzol und eine Dose mit Schwefelsäure. Die beiden Flaschen Benzol hatte er bei sich, um damit Klüffeln, die er sich bei Gebrauch des Messers ungewisslich zugezogen hätte, zu entfernen. In den beiden anderen Pökeln fand man einen Lodenmantel und einen großen Schlapphut. Diese wollte er dazu benutzen, um sich bei der Flucht unkenntlich zu machen.

**Die Schuldeputation hat die Direktoren der Gemeindeschulen angewiesen, bei allen Kindern, bei denen der Verdacht vorliegt, daß sie an Scharlach oder Diphtherie erkrankt waren und die weniger als sechs Wochen seitdem, vor der Wiederaufnahme zur Schule ein ärztliches Attest (Arzt, Armenarzt oder Schularzt) darüber einzuholen, daß sie für die Mitschüler keine Ansteckungsgefahr mehr beinhalten.**

Mit der **Echtaussage** fangen hiesige Gauner noch immer vertrauenselige Leute, die zu ständigem Aufenthalt, aber auf der Durchreise nach Berlin kommen. So opferte jetzt wieder ein Hausdiener, der auf dem Lehrter Bahnhof auf die Abfahrt seines Juges wartete, einem solchen Schwindler einen erheblichen Teil seiner Vorkasse. Auf dem Bahnhof gestellte sich ein Mann zu ihm, der sich für den Monteur einer hiesigen Firma ausgab, erzählte, daß er nach Gelsenkirchen fahren müsse und daß den Hausdiener, ihm beim Abholen seines Koffers aus der Schiffschifferei ein Schiffbauerdamm zu helfen. Auf dem Wege dorthin erwähnte der „Monteur“, daß er noch einen Hundstunnenchein müsse wechseln lassen, um seiner Wirtin die rückständige Miete zahlen zu können. Er ging dann auch in mehrere Geschäfte hinein, kam dann aber immer wieder mit der Behauptung zurück, daß die Leute nicht hätten wechseln können. Endlich hat er dann seinen Begleiter, ihm die kleine Summe von ungefähr 30 M., die er brauche, auf einen Augenblick vorzusprechen. Der arglose Hausdiener entsprach dieser Bitte und war sein Geld los. Nach langem Warten erfuhr er, daß der „Monteur“ aus dem zweiten Ausgang des Schiffschifferei, in dem seine Wirtin wohnen sollte, hinaus und davongegangen war. Der Gauner wird ohne Zweifel noch weitere Opfer finden. Er ist etwa 35 Jahre alt, mittelgroß und unterseht, hat dunkelblondes Haar, einen kleinen ziemlich dicken Schnurrbart und ein rotes volles Gesicht und trägt einen grauen Ufiter, einen schwarzen, steifen Hut und auf dem linken Auge eine schwarze Schutzklappe. Seinen Namen wird er wohl öfter wechseln. In diesem Falle nannte er sich Neumann.

Ein **schwerer Hund** wurde gestern auf dem Stadtbahnhof zwischen der Andreestraße und dem Schleifischen Bahnhof gemacht. Neben dem Geleise lag ein Paket, das die Leiche eines neugeborenen Mädchens enthielt. Nach dem vorläufigen Gutachten ist das Kind mit einem Keimwandstreifen, der noch um den Hals gewickelt war, erdrosselt worden. Wahrscheinlich hat die noch unermittelte Mutter es bald nach der Geburt eingepackt, in den Stadtbahnhof mitgenommen und es zum Fenster hinausgeworfen, während sie allein im Abteil saß.

**Winterrglätte und Hausverwalter in Berlin.** Wir berichteten vor kurzem, daß das Kammergericht die Bestimmungen der Berliner Straßenpolizeiordnung für gültig erklärt habe, wonach die Hausbesitzer bei Schnee und Winterrglätte die Bürgersteige zu reinigen und zu streuen haben, sowie bei unterlassener Fürsorge strafbar seien! Keuerdings fand nun in letzter Anhang die Frage zur Entscheidung, wie es sich in bezug auf diese Rechtsmaterie mit der Verantwortung der Hausverwalter verhalte. Sie sollen nach der Verordnung verantwortlich sein, wenn sie der Polizei als Vertreter namhaft gemacht sind.

Nun war der Verwalter Müller auf Grund der betreffenden Bestimmungen der Straßenpolizeiordnung zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er als Vertreter des Wirts jenseits des Hauptbahnhofs bei Winterrglätte nicht erfüllt habe. (Es war vor dem fraglichen Hause jemand gestürzt.) Das Kammergericht hob aber das Urteil auf und verurteilte die Sache zu anderweitiger Entscheidung an das Landgericht zurück. Es wurde ausgeführt: Allerdings habe das Kammergericht (wie wir damals berichteten) eine Oberzahn zu Berlin der Hausbesitzer angenommen. Der Verwalter sei aber nicht der Hausbesitzer. Eine Polizeivorladung, die trotzdem den Verwalter haftbar machen wollte, wenn er als Vertreter namhaft gemacht sei, wäre demnach unannehmbar. Er könne somit nicht auf Grund der Polizeiverordnung verurteilt werden. Deswegen brauche er aber hier, wo jemand gestürzt sei, noch nicht straflos ausgehen, denn die betreffende Person könne infolge der „Versäumnung einer Berufspflicht“ des Angeklagten haftbar sein. Somit könnte dem Angeklagten eben-  
falls fahrlässige Körperverletzung zur Last fallen, für deren Abwehr im gedachten Falle es eines Strafantrags nicht bedürfte.

Som **Unterricht befreit.** Das Provinzial-Schulkollegium hat verfügt, daß am 12. d. Mts. die mit Ehrenämtern betrauten Schulleiter von der Erteilung des Unterrichts befreit werden. Allen Staats- und Kommunalbeamten wird die nötige freie Zeit zur Ausübung des Wahlrechts gewährt werden.

In einem Anfall seines Nervenleidens erschossen hat sich heute vormittag der 21 Jahre alte Antiker Fritz Ebert aus der Rammstraße 12. Ebert war als vor mehreren Tagen bei einem Handelsmann als Antiker beschäftigt. Früher schon hatte er oftmals über heftige Kopfschmerzen die Folgen seiner Nervenkrankheit empfunden. Als sich das Leiden verschlimmerte, mußte er seinen Dienst

aufgeben und zu Hause bleiben. Während die Mutter, eine Gastwirtin, heute vormittag vorn im Lokal beschäftigt war, hörte sie plötzlich einen Schuß fallen. Sie eilte darauf nach dem Hinterzimmer. Hier fand sie ihren Sohn mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe betäubt auf.

Der **Selbstmord eines Sechzehnjährigen** wird uns vom Grünen Weg gemeldet. Der 16 Jahre alte Handlungslehrling Albert Krudt, der bei seiner Mutter in der Kottbuser Straße wohnte, lernte dort im dritten Jahre in einer Holz- und Furnierhandlung. Als sein Arbeitgeber nun Mittagessen nach seiner Wohnung gegenüber dem Geschäft ging, beauftragte er den Lehrling, der allein zurückließ, den Fernsprecher nach der Wohnung umzustellen. Nach einer Weile wollte er das Bureau anrufen. Als sich niemand meldete, schickte er seinen 13jährigen Sohn hinüber. Dieser fand jetzt Krudt auf dem Lager als Leiche am Halszug hängen. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Ein Zusammenstoß zwischen einer Automobilmaschine und einem Straßenbahnwagen trat sich vorgestern abends gegen 11 Uhr an der Ecke der Magdeburger und Köpenicker Straße zu. Die Automobilmaschine LA 8947 fuhr dort unmittelbar vor einem aus entgegengesetzter Richtung herannahenden Straßenbahnwagen der Linie P (Richtung Rickdors) auf das Geleise und wurde angefahren. Bei dem Zusammenstoß wurden die Scheiben der Droschke zertrümmert. Der Insasse des Gefährtes, Professor Laban aus der Magdeburger Str. 32 erlitt durch Glas splitter leichte Verletzungen im Gesicht, sowie eine Verrenkung des linken Armes. Der Verunglückte konnte sich jedoch ohne fremde Hilfe nach seiner Wohnung begeben.

### Schöneberg.

#### Antwiederlegung von 7 Stadträten.

Folgende sieben unbesoldete Magistratsmitglieder, die Herren Stadträte K l o h, Geheimrat Rechnungsrat R o r d h a u s e n, Sanitätsrat Dr. W a g n e r, Rentier Kaufmann, Bankier E d e l b e r g, Geheimrat Dr. P e r w i n und Rentier S t a u f haben ihre Amt niedergelegt.

Zu diesem ungewöhnlichen Vorgang wird uns von einer Seite, die mit den Verhältnissen vertraut zu sein vorgibt, folgendes mitgeteilt:

Am 23. Dezember v. J. sollten fünf Mitglieder aus den städtischen Körperschaften für den Provinziallandtag gewählt werden, und zwar drei Stadtverordnete und zwei Magistratsmitglieder. Ueber diese Art der Verteilung der Mandate auf Magistrat und Stadtverordnetenversammlung bestand zwischen den beiden Körperschaften Einverständnis. Die Majorität der Stadtverordnetenversammlung jedoch war unter keinen Umständen dafür zu haben, den bisherigen Vertreter im Provinziallandtag, den Bürgermeister Blankenstein, wiederzuwählen. Am meisten zur Unbeliebtheit dieses Herrn soll sein Verhalten gegen den verstorbenen Oberbürgermeister Wilde und sein Vorgehen bei der Wahl des jetzigen Oberbürgermeisters Dominicus beigetragen haben. Die Wahl des Regierungsrates Dominicus erfolgte bekanntlich mit großer Majorität; auf den Bürgermeister Blankenstein fielen nur vier Stimmen. Die Majorität der Stadtverordnetenversammlung war auch jetzt entschlossen, Bürgermeister Blankenstein nicht wieder in den Provinziallandtag zu wählen; sie hoffte aber, daß in einer gemischten Deputation eine Einigung über zwei ihr genehme Magistratsmitglieder erfolgen würde. Die von Bürgermeister Blankenstein geführte Mehrheit im Magistrat lehnte jedoch einen dahingehenden Vorschlag ab. Der Oberbürgermeister wurde vielmehr beauftragt, mit den Führern der einzelnen Fraktionen zu verhandeln. Nunmehr wurden von den Stadtverordneten Oberbürgermeister Dominicus, Stadtrat Mag. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Graf v. M a t u s i a, dessen Stellvertreter Hermann M o l l e n b u r g und der Stadtverordnete Vester aufgestellt und in der gemeinsamen Sitzung der Stadtverordneten und des Magistrats fast einstimmig gewählt. Bürgermeister Blankenstein erhielt keine einzige Stimme. Die Anhänger Blankenstein im Magistrat waren allerdings dieser Sitzung fern geblieben. In diesem Vorgehen der Stadtverordneten erblickte nun die von Blankenstein geführte Mehrheit des Magistrats eine Verletzung dieser Körperschaft. Trotz der bekannten Erklärung seitens maßgebender Persönlichkeiten der Stadtverordnetenversammlung, daß eine Verletzung des Magistrats oder auch dessen Majorität in keiner Weise beabsichtigt war. Die Antwiederlegung von sieben unbesoldeten Stadträten ist nun eine Folge dieser Vorgänge. Da aber schon in kürzester Frist Ersatzwahlen für die Ausgeschiedenen stattfinden werden, so wird diese Massenamtwiederlegung für das Gelingen der Stadt Schöneberg keine weiteren schlimmen Folgen haben.

Ein **schwerer Automobilunfall** ereignete sich am Mittwoch in der Großgörlitzerstraße. Dort wurde der 54jährige Kaufmann Hans Wermuth aus der Kottbuser Str. 23 in Dahlen, als er den Fährdamm in der Nähe des Großgörlitzer-Bahnhofs überqueren wollte, von einem Automobilomnibus der Linie 14 der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft überfahren. Der Verunglückte, der schwere innere Verletzungen davongetragen hatte, erhielt auf der Unfallstation in der Vorbergestraße die erste Hilfe und wurde von dort mittels Krankenwagens nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt.

### Rigdorf.

Die **Wahlen zum Provinziallandtag** fanden am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung statt. Auf Antrag des Stadtv. Heinrich von der altbürgerlichen Fraktion wurde die Wahl der aus der Reihe der Stadtverordneten zu wählenden Delegierten zuerst vorgenommen, da die neubürgerliche Fraktion noch im letzten Augenblick Anspruch auf einen Delegierten erhob. Gewählt wurden der Stadtverordnetenvorsteher Sander, der Stadtverordnete Medizinalrat Dr. Dietrich und unser Genosse G r o g e r. Als Delegierte des Magistrats wurden gewählt Oberbürgermeister Kaiser, Stadtbaurat Weigand und Stadtrat Warggraf.

Ein **schwerer Straßenbahnunfall** hat sich am Mittwochabend gegen 8 Uhr in der Derrmannstraße ereignet. Der Arbeiter Emil Ruchel aus der Luisenstraße 17 in Ober-Schönebeide hatte einen Straßenbahnwagen der Linie 21 benutz und sprang von diesem während der Fahrt ab, trotzdem ihn der Schaffner gewarnt hatte. Er kam zu Fall und schlug so heftig mit dem Kopf auf das Straßenbahnsteig, daß er eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Der Verunglückte erhielt auf der nahen Unfallstation die erste Hilfe und wurde dann mittels Krankenwagen nach dem Krankenhaus in Ober-Schönebeide übergeführt.

### Mariendorf.

Der **Verkauf von Kartoffeln und Kohlräben** durch die Gemeinde findet am Sonnabend, den 6. d. Mts., in der Zeit von 2-6 Uhr, in der Gemeindschule in der Friedenstrasse und jeden folgenden Sonnabend statt. Der Verkauf geschieht in Quanten von 10 bis 50 Pfund zu 35 Pf. 10 Pfund. Zu ähnlich niedrigen Preisen sind die Kohlräben zu haben.

### Rehbrücke.

Von einem **unfährigen Baum erschlagen** wurde vorgestern der Arbeiter Gottfried Wredow aus Verholz bei Potsdam. Er war in der königlichen Forst mit Holzfällen beschäftigt. Sein Kollege hatte sich auf eine kurze Zeit entfernt, um Treibsteine heranzubringen, damit der bereits eingeschüttete Baum zum Stürzen gebracht werden konnte. Während der Abwesenheit seines Kollegen beschäftigte sich

Wredow in freier Stellung an einem anderen Baum; plötzlich stürzte der eingeschüttete Baum um und begrub Wredow unter sich. Dem Kermisler wurden beide Beine sowie das Rückgrat gebrochen. Auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb der Schwerverletzte.

## Aus der Frauenbewegung.

### Eine neue Dienstbotenordnung für Wien.

Am 1. Januar 1912 wurden die Wiener Dienstmädchen mit einer neuen reformierten oder, wie der Vizebürgermeister von Wien sagt, mit einer „modernen“ Dienstbotenordnung beglückt. Vergleichen sucht man aber in den 28 Paragraphen nach modernem Geiste. Die Form ist etwas neu, der Inhalt ist der alte. Eine Gefindeordnung, wie bisher, heißt es nun: Dienstordnung, und statt Dienstbote und Dienstherr Dienstmädchen und Dienstgeber. In Klammern ist, damit ja nicht mißverstanden wird, der „Dienstherr“ erhalten geblieben. Von allen Verbesserungsverschlüssen, die die Sozialdemokraten bei der Beratung im Landtag gemacht haben, ist nur der Antrag angenommen worden, daß vor vollendetem 14. Lebensjahr niemand in den Dienst genommen werden darf. Dieses Gesetz findet auch auf Ammen Anwendung, lautet der nächste Satz, als ob es Regel wäre, daß Mädchen unter 14 Jahren sich als Ammen verbinden. Diese unfreiwillige Komik zeigt aber nur, mit welcher Schänderbereitschaft unsere Christlichsozialen Gesetze machen. Es wurde einfach durchgepeitscht und fortwährend Schluß der Debatte beantragt, wenn unsere Genossen Änderungsanträge stellten. So heißt es in der „modernen“ Dienstordnung, genau wie in der alten aus dem Jahre 1810, daß der Dienstnehmer, der sich weigert, einen verbindlichen Dienst anzunehmen, zu a n g e w a n g e n e dazu anzuhalten ist.

Der Dienstnehmer wird als Hausgenosse des Dienstgebers definiert und ist verpflichtet, zu gehorchen, treu und fleißig zu sein und sich das Beste seines Dienstgebers angelegen sein zu lassen und nach Kräften Schonen von ihm abzuwenden. Den Angehörigen hat der Dienstnehmer anständig zu begegnen und sich aller Händereien, Kleiderereien und „Aber Reden“ zu enthalten. Für die „Gründigen“ ist eine öftliche Vorchrift nicht vorhanden, obwohl sie hier entschieden notwendiger wäre. Denn wer kennt nicht und weiß nicht, daß bei jedem Raffekränzchen der wohlhabenden Hausfrauen alsobald der Klatsch über die schlechten Dienstboten auf der Tagesordnung ist.

Die moderne Dienstbotenordnung für die Reichshauptstadt Wien enthält an „Dienstbotensache“ die Bestimmung, daß dem Dienstnehmer „nicht schwerere“ Arbeiten zugemutet werden dürfen, als er nach seinen Kräften zu leisten vermag, und daß die tägliche Arbeitszeit nicht zum Nachteil seiner Gesundheit über das seinem Lebensalter und seiner Arbeitskraft entsprechende Ausmaß verlängert werden darf. An Sonn- und Feiertagen müssen die gewöhnlichen Arbeiten geleistet werden, jedoch darf dem Besuch des Gottesdienstes kein Abbruch geschehen!

Ohne Ergebnis des Dienstgebers ist dem Dienstnehmer nicht gestattet, in anderen als in Angelegenheiten des Dienstherrn das Haus zu verlassen oder über die erlaubte Zeit auszugehen. Auch Besuche darf er gegen das Verbot des Dienstgebers nicht annehmen, ja selbst seine Habseligkeiten darf der Dienstnehmer ohne Bewilligung des Dienstgebers nicht außer Haus aufbewahren. Und doch weiß man, daß es nur allzuoft für das Dienstmädchen selbst verhängnisvoller Schaden gibt oder daß die „Herrschafft“ nicht will, daß das Mädchen seine Sachen verschließt und damit der Kontrolle entgeht. Das Mädchen soll zwar treu, eifrig und was sonst noch alles sein, aber durch fröhliches Witzrauen von vornherein bereitet man es nur allzu oft und erstickt die Gefühle, die man doch so gerne bei „Dienstboten“ haben möchte.

Was gegen die Dienstnehmer gerichtet ist, ist alles klar und unabweisbar ausgesprochen, was zu ihren Gunsten wäre, ist alles unbestimmt und unkontrollierbar. Denn wer soll bestimmen, daß die zugemutete Arbeitsleistung nicht über die Kräfte des Mädchens geht, wer soll kontrollieren, ob die Wohnung gesund und hygienisch ist? Wo sind Inspektionspersonen, die kontrollieren, ob die Schlafräume nicht ungesund sind, ob sie verschleißbar sind? „Der Dienstherr hat dem Dienstnehmer eine freie Zeit zu seiner Erholung und zur Beforgung seiner eigenen Angelegenheiten zu bewilligen.“ Er „hat“ sie, aber er muß sie nicht bewilligen. Die Sozialdemokraten wollen auch hier an die Stelle des unbestimmten Bestimmtes setzen. Sie verlangen — beschreiben genug — jeden zweiten Woche an einem Wochentag zwei freie Stunden und jeden zweiten Sonntag mindestens acht freie Stunden. Auch das war den Herren zuviel. Das Gesetz bestimmt nur: „Dem männlichen Dienstpersonal, dem vorzugsweise persönliche Dienstleistungen für den Dienstgeber obliegen, gebührt nach vollendetem 21. Lebensjahre jede Woche ein halber freier Tag. Alle übrigen Dienstnehmer haben Anspruch auf einen siebenstündigen Ausgange in jeder zweiten Woche, der „ausruht“ auf Sonn- und Feiertage zu verlegen ist.“

Die große Masse der weiblichen Dienstnehmer ist also schlechter gestellt als die geringe Zahl der Herrschaftsdienner usw. Die größte Miskundigkeit und Barbarei liegt aber darin, daß die kranken Dienstboten genau so dem Elend anheimgegeben werden wie bisher. Wenn ein Dienstnehmer über 14 Tage ohne Verschulden des Dienstgebers dienstunfähig ist, so kann er sofort entlassen werden. Was aber geschieht mit den kranken Dienstboten? § 19 der „modernen“ Dienstordnung sagt, daß jeder Dienstgeber verpflichtet ist, für den kranken Dienstnehmer, wenn dieser sich die Krankheit nicht selbstlich (1) oder durch großes Verschulden zugezogen hat, bis zu vier Wochen zu sorgen, und zwar hat er ihm nicht dem Lohn die erforderliche Verpflegung und ärztliche Behandlung und die notwendigen Heilmittel zu gewähren. Besteht jedoch das Dienstverhältnis noch nicht vier Wochen, so ist diese Verpflichtung auf 14 Tage beschränkt. Die Verpflegung und Behandlung kann auch durch Aufnahme in eine Krankenanstalt oder mit Zustimmung des Dienstgebers bei einer dritten Person gewährt werden. Sofern die Natur der Krankheit es notwendig macht, kann der Dienstnehmer Pflege in einer Heilanstalt fordern.“

Wie entsetzt sich nun der Dienstgeber der vierwöchigen Sorg um den kranken Dienstnehmer? Die Gemeinde Wien hat zu dieser Zweck eine Dienstbotenkrankenasse gegründet. In diese zahlen die Dienstgeber pro Jahr 3 Kronen, und sie sind alle Sorgen um ihre kranken Dienstnehmer los. Denn von dem Jahresbeitrag der Dienstgeber zahlt die Gemeinde Wien die Heilungskosten und Verpflegungskosten der im Krankenhaus befindlichen Dienstboten. Eine andere Fürsorge gibt es nicht. Krankengeld, Krankenrente und unentgeltliche Medikamente existieren für Dienstnehmer nicht. Sind sie nicht arbeitsfähig, oder auch nicht direkt betätigt, so sind sie einfach der Vergeßlichkeit preisgegeben. Bei der kranken Person in Wien passiert das auch ernstlich kranken Personen. In diesem Zustand aber die „moderne“ Dienstordnung der Stadt Wien gar nichts. Einen einzigen kleinen Lichtblick gibt es. Erreicht die Krankheit aus dem Dienstverhältnis und zwar auch in Zukunft von der Polizeibehörde zu verhandeln, jedoch werden nunmehr gegen deren Entscheidungen Rekurse zulässig sein. Bisher waren nur Gnade gesucht, wenn



**Schallplatten**  
Verleih-Institut.  
Auch nach ausw. Prsp. gratis.  
Karl Borbe, Berlin 69  
Neue Königstrasse 38.

**Monats-Garderoben**  
nur im Volks-Garderobehaus, Kottbuser Damm 92.  
**Angebot!** Anzüge Ulster Hosen  
von 7 M. an. von 8 M. an. von 1,75 M. an.  
Vorzeiger dieses Inserats erhält 5 Proz. Rabatt.

**Würzburger Hühneraugenmittel**  
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Umstellung frei.  
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indischen  
Ganztraft.)  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße, Greif-  
Wo nicht, zu haben: Rosen-Apotheke Würzburg.

**Zigarren- W. Herbst**  
Fabriken  
gegr. 1862. — Tel.: IV, 3673.  
BERLIN SW., Ritterstr. 83  
Erstklassige Ware. Zigarren-  
händler bestens empfohlen.  
— Tarifarbeit.

# Theater und Vergnügungen

Freitag, 5. Januar 1912:  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**R. Oprenhaus, Nibelu.**  
**R. Schauspielhaus, Wallenstein**  
Tod.  
Deutsches. Offiziere.  
Haverland. Spezialitäten.  
Jitrus Busch. Gala-Vorstellung.  
Jitrus Schumann. Gala-Vor-  
stellung.

Anfang 8 Uhr.

**Urania. Tantenstraße 48/49.**  
Aus dem Leben des Meeres.  
Neues Kgl. Opernhaus. Die  
Näbin von Toledo.  
Kammerstücke. Samurän.  
Kurfürstener. Der Schmutz der  
Madama.

Berliner. Große Koffinen.  
Leitung. Gudrun.  
Römische Oper. Der Troubadour.  
Neues Schauspielhaus. Agnes  
Bernauer.

Wochen. Wiener Blut.  
Neuburg. Ein Walzer von Chopin.  
Neues Operetten. Eva.  
Königsgräber Straße. Spielerelen  
einer Kaiserin.

Kleines. Votivtag Geburtstags.  
Geiz und Hanny. Hyster. Heden-  
jos.

Schiller O. Es lebe das Leben.  
Schiller. Charlottenburg. Die  
Silbente.

Friedr. W. Schauspielhaus.  
Sonaparte und seine Frauen.  
Rose. Heimat.

Metropol. Die Nacht von Berlin.  
Lustspielhaus. Das große Ge-  
heimnis.

Trianon. Das kleine Café.  
Thalia. Polnische Witze.  
Luisen. Berlin O.

Casino. Der Kampf ums Dasein.  
Apollo. Spezialitäten.  
Festung. Spezialitäten.

Herrnsfeld. Edmerts Behandlung.  
Das Kind der Firma.

Neues Volkstheater. Geographie  
und Liebe.  
Belle Alliance. Die schöne Kokotte.  
Intimes. Gefährliche Nachbarschaft.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Salmer-  
Theater.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Es lebe das Leben.  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
König Heinrich.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Madame Sans Gêne.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Der Kilometerfresser.

Schiller-Theater Charlotten-  
burg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Die Wildente.  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
Maskerade.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Maria Stuart.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Der Weg zur Hölle.

Berliner Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Große Koffinen.

Theater in der Königgrätzer Straße  
8 Uhr:  
Spielerelen einer Kaiserin.

Neues Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Die kleine Freundin.  
Position Fritz Massary.

Theater des Westens.  
Abends 8 Uhr:  
Wiener Blut.  
Sonab. u. Mittwoch 4 Uhr: Max  
und Moritz.

Residenz-Theater.  
Direktion Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
Ein Walzer von Chopin.  
Morgen und folgende Tage:  
Ein Walzer von Chopin.  
Sonntag, den 7. Januar, nachm.  
3 Uhr, zu ermäßigten Preisen: Die  
Tante von Maxin.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr 1. erstmalig:  
Heimat.  
Schauspiel in 4 Akte v. H. Sudermann.  
Sonabend 4 Uhr: Das ver-  
zauberte Schloß. 8 Uhr: Der  
Kampf gegen den Ruff.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
8 Uhr:  
Aus dem Leben des Meeres.  
Das Programm der Hörsaal-  
vorträge im 1. Quartal 1912 ist  
erschienen und kostenlos er-  
hältlich.

## Belle-Alliance-Theater

Heute 8 1/2 Uhr:  
Die schöne Kokotte.  
Gastspiel Ferdinand Bonn.  
Sonabend: Hamlet.  
Sonntag: Thierot Holmes.

## Luisen-Theater.

Freitag: Berlin-O.  
Sonabend nachm. 4 Uhr: Frau  
Polle. Abends 8 Uhr: Die Griffe.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die  
Nacht der Liebe. Abends 8 Uhr:  
Berlin-O.

## Metropol-Theater.

Die Nacht von Berlin!  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von  
Jul. Freund. Musik von B. Holländer.  
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.  
Sonabend, den 6. Januar 1912:  
1. Metropol-Theater-Ball.

## Apollo Theater

Ab 8 Uhr  
Das große neue Programm!  
9 Uhr:  
Harry  
Walden  
in  
Der Brettkönig.

## Herrnsfeld Theater

Noch nie dagewesener Lachertolg.  
Das Kind  
der Firma  
mit Anton u. Donat Herrnsfeld in den  
Hauptrollen. Vorher:  
Schmerzlose Behandlung.  
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf  
11-2 Uhr.

## Union-Theater

Alexanderplatz  
Unt. d. Linden

## Johnson-Jeffries

Heute, Freitag:  
Letzter Tag  
der sensationellen Vorführung:  
Welt-Champion-  
Boxkampf  
Johnson-  
Jeffries

## Sozialdemokratischer Wahlverein

im 4. Berliner Reichstagswahlkreis.  
Sonabend, den 6. Januar 1912:  
Zwei große  
Theater-Aufführungen  
in den  
„Andreas-Festsälen“, Andreasstr. 21:  
**Heimat**  
von Hermann Sudermann  
und in  
„Boekers Festsälen“, Weberstr. 17:  
**Kasernenluft**  
von Stein und Söhngen.  
Einlaß 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Entree 50 Pf.

## Nach der Vorstellung: Ball.

## Midgets Town

Hauptstadt von Liliput  
mit ihren 70 Bewohnern  
Friedrichstraße 105, in den Räumen von Castans Panoptikum.  
Geöffn. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.  
Entree inbegriffen Varieté- und heitere Unterhaltungs-Vorstellungen.  
**1 Mark.**  
Zirkus Extra-Entree. Zirkus Extra-Entree.



## Ober-Bayern im Sport-Palast

Potsdamerstr. 72.  
Heute: Anfang 8 Uhr. Schluß 3 Uhr.  
5 Kapellen. Jodler und Schuhplattler. Tanz. Rodelbahn,  
Teufelsrad usw. in vollem Betrieb!

## 3. großes Preistanzen.

Von 9 bis 12 Uhr:  
1. Preis: 1 Brillantring im Werte von 150 M.  
2. Preis: 1 goldene Uhr mit Diamanten im Werte von 100 M.  
3. Preis: 1 Kunsttasche im Werte von 50 M.  
Außerdem 17 wertvolle Trostpreise.  
Morgen Sonnabend, den 6. Januar:  
**1. großer Alpen-Kostümball.**  
Jubel, Trubel und Heiße-Juchel!  
Zwei Riesen-Tanzplätze.  
Eintritt für Herren an der Abendkasse 2 M., im Vorverkauf 1 M.  
Eintritt für Damen an der Abendkasse 1 M., im Vorverkauf 50 Pf.  
Der Besuch ist nur im Alpenkostüm, Touristenanzug oder Ge-  
sellschaftsanzug (Abzeichen an der Kasse) gestattet.  
Vorverkauf bis Sonnabend 2 Uhr an der Tageskasse (12-2),  
an der Abendkasse (ab 7 1/2) und bei A. Wertheim.  
Das schönste Kostüm erhält einen Ehrenpreis i. W. von 100 M.  
Tische bestellen!

## Albert Moerner, Koppenstr. 29.

Von Sonnabend, den 6. Januar, ab  
täglich in allen Sälen täglich

## Gr. Bayrisch. Boekbierfest

Oberländer-Kapelle Gebhardt.  
× Tanz × Boekbier-Trubel × Tanz  
Traumland  
Richtig aufgemacht.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

## Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Berlin N., Brunnenstraße 16.  
Kolossaler Feiertagsfestspiel:  
**Reutier Mordische**  
als Verlobungsfeier.  
Schwank in 3 Akten.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonst ab 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

## Voigt-Theater.

Schuldrücken Sadstraße 58.  
Freitag, den 5. Januar 1912:  
**Von Stufe zu Stufe.**  
Lebensbild mit Gesang in 6 Bildern  
von Dr. Hugo Müller.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonst ab 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

## SARRASANI

Schönhauser Allee  
Premiere 9. Januar  
7 1/2 Uhr  
Vorverkauf:  
A. Wertheim.  
Mittwoch, den 10. Januar:  
2 Vorstellungen 2  
Nachm 3 Uhr Abds. 7 1/2 Uhr

## Zirkus Busch

Heute, abends 7 1/2 Uhr:  
Humoristischer Gala-Abend.  
Neu! Neu!  
Tast! Illusions-Akt.  
Verschwinden lebender Men-  
schen in freier Manöge vor  
den Augen des Publikums!  
(Bisher nie gezeigt!)  
Neu! Neu!  
Die berühmte japanische Sandi-  
Siwel-Truppe.  
Um 9 1/2 Uhr zum 91. Male:  
Origin-  
Aus-  
stattung des  
Zirkus  
Busch  
in  
5 Bildern.

## Zirkus A. Schumann

Heute Freitag wegen Vorbereitung  
des neuesten Ausstattungstückes  
bleibt der Zirkus  
geschlossen.  
Morgen Sonnabend, den 6. Januar,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Premiere des  
neuesten u. größten Ausstattungs-  
stückes der Gogenwart:  
**Das Motorpferd**  
in 5 Akten.

1. Akt: In einem Berliner  
Schlächterladen. 2. Akt: Das  
Leben u. Treiben vor einem  
Berliner Warenhaus. 3. Akt:  
Im Innern des Warenhauses.  
4. Akt: Auf d. Trabrennbahn  
in Weißensee. 5. Akt: Im  
Lunapark: Groß-Huldigung-  
fest der in- u. ausländischen  
Professoren.  
Große Schlussapothose  
mit noch nie dagewesenen Effekten.  
Sonntag, den 7. Januar:  
In beiden Vorstellungen  
**Das Motorpferd.**

## Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße  
**Eis-Arena.**  
Nachmittags  
Letzte Vorstellungen  
d. Weihnachtsmärchens  
**Schneewittchen.**  
Abends:  
Das prachttolle Eisballott  
**Alpenzauber.**  
Die kleine Charlotte.  
Debut des norwegischen Meister  
Häufers  
**Harry Paulsen.**  
Bis 6 Uhr u. von 10 1/2 Uhr ab.  
halbe Kassenpreise.  
Erstklassiges Restaurant.  
Soupers à la carte.  
1. Admirals-Redoute  
Sonabend, den 13. Januar.

## Passage-Theater.

Mirjam Horwitz  
in ihrem Sensations-Dramolet  
„Die Falle“  
The Boston-Girls  
Lina Loos  
Mlle. Maroussia  
und 10 neue Attraktionen!

## Passage-Panoptikum.

Während der Weihnachts-  
ferien vom 17. Dez. bis inkl.  
7. Januar:  
**Volkstage.**  
Jedermann ein Kind frei.  
Jedes Kind erhält ein Geschenk.  
Bei den Feuerfressern.  
Lebend! Lebend!  
Die wilden Essans  
Karawane sudanesischer  
Haut- und Feuer-Fakire in ihrem  
Originaldorf.  
Ohne Extra-Entree.

## Folies Caprice.

Täglich abends 8 Uhr:  
**Waffenübung.**  
Wandelbüchse Volterabend.  
Losgelassen.

## Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.  
Neu! Neu!  
Pantoffel-Heiden.  
Burlaste v.  
Reichardt.  
Anfang  
8 Uhr.  
Sonntag  
7 Uhr.

## Königstadt-Kasino.

Edle Holzmarkt- u. R. Ganderstraße  
vom 1. bis 16. Jan. 1912  
D. konkurrenzlose Spezialitäten-  
Programm und auf vielfältigen  
Sinnlich noch einige Tage:  
**Goldene Träume.**  
Vollständ. mit Ges. in 2 Bildern.

## Humor-Quartett

Ant M. Berliner No. 2229  
Gg. Treuer Kantonienallee 40  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.